

Preußische Allgemeine

Nr. 26 · 26. Juni 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

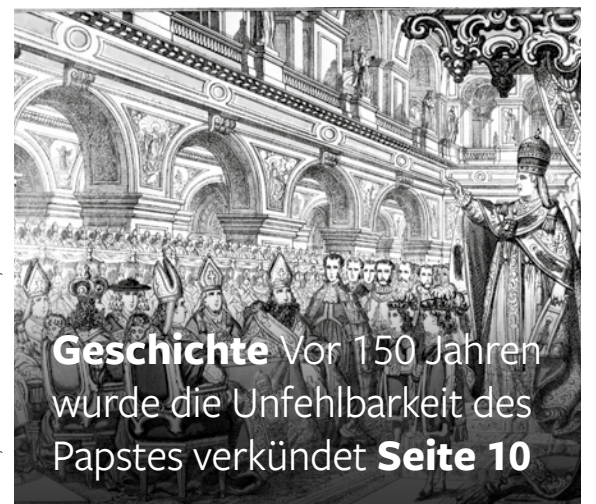


Erzähltes Preußen

Nach Wochen des Lockdowns stehen auch die Museen wieder offen. Ein guter Anlass, in einigen Häusern, die der preußischen Geschichte gewidmet sind, wieder einmal vorbeizuschauen **Beilage**



Interview Im Gespräch mit der japanischen Violinistin Midori **Seite 9**



Geschichte Vor 150 Jahren wurde die Unfehlbarkeit des Papstes verkündet **Seite 10**

INNERE SICHERHEIT

Von Politik und Zeitgeist zerrieben

Nach den Gewaltausbrüchen in Stuttgart ist das Entsetzen groß. Dabei hatten die Randalierer einflussreiche Stichwortgeber in Politik und Medien

VON HANS HECKEL

Gerade zwei Wochen war es her, dass SPD-Chefin Saskia Esken mit dem Vorwurf von „latentem Rassismus“ gegen die Polizei gehetzt hatte. Seit Tagen erst durfte jeder, dem es gefällt, Berliner Polizisten mittels Vorwurf der „Diskriminierung“ in Schwierigkeiten bringen (siehe Seite 4), und nur Tage zuvor bezeichnete eine Autorin der linken „taz“ Polizisten als „Müll“, ohne einen auch nur halbwegs angemessenen Empörungsturm auszulösen.

Dann kam Stuttgart: Eine Gewaltorgie gegen Sicherheitskräfte, Ladengeschäfte und den öffentlichen Raum, welche die Polizei der baden-württembergischen Landeshauptstadt nach Aussage älterer, erfahrener Beamter „noch nie“ erlebt hat.

Zufall? Sicher nicht. Unabhängig davon, wer die 500 „jungen Menschen“ waren, die Stuttgarts Zentrum in ein Bürgerkriegsgebiet verwandelt haben (dazu mehr auf S. 24): Sie hatten Stichwortgeber, die sie mindestens ermutigt haben, auf die Polizei – und damit stellvertretend gegen das deutsche Gemeinwesen – in dieser brutalen wie dreisten Weise loszugehen.

In dieser Republik hat sich eine sehr breite Koalition gebildet, die bis ins bürgerliche genannte Lager hineinreicht und deren Ausläufer selbst die linksextreme,

zunehmend terroristisch agierende Antifa umfassen. Besagte Esken äußerte erst Anfang Juni: „Heute sind wir alle Antifa“, und sogar der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz stimmte ihr zu.

Nicht umsonst genießen Antifa-Gruppen eine umfangreiche staatliche Förderung, die als „Kampf gegen Rechts“ getarnt wird. In Wahrheit geht es um den Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik.

Das drängt Polizeibeamte in die Lage, dass sie unter einer politischen Führung arbeiten, von der immer größere Teile immer aktiver an der Zersetzung eben jener Ordnung arbeiten, welche die Beamten eigentlich schützen sollen und wollen. In diesem kafkaesken Strudel kommt es dann sogar zu Polizeizübergreifen wie jenen gegen die DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe (die PAZ berichtete). Oder man bestaunt ein Video, auf dem ein Berliner Polizist einer jungen Frau verbieten will, mit dem Grundgesetz vor der Brust herumzulaufen, weil das Zeigen der Verfassung eine „politische Meinungsäußerung“ sei, die sie „hier nicht tätigen“ dürfe.

Der skandalöse Umgang mit der Polizei und die Anzeichen von Verwirrung, die bei einzelnen Beamten aufscheinen, sind Symptome eines Großangriffs auf die Grundfesten unserer gesamten demokratischen Ordnung.

EUROPA

Jetzt kommt es auf Deutschland an

Warum die Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft vor allem auf die Einhaltung europäischer Rechtsnormen dringen muss

VON RENÉ NEHRING

Am 1. Juli übernimmt Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Damit erhält die Bundesrepublik im zweiten Halbjahr 2020 die Möglichkeit, wichtige Impulse für den künftigen Weg der EU zu geben.

Standen ursprünglich die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der Gemeinschaft – quasi der Haushalt der Union – sowie das künftige Verhältnis der EU zum Vereinigten Königreich auf der Agenda der deutschen Präsidentschaft, so sind im Zuge des Covid-19-Ausbruchs die Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie sowie Strategien für eine künftige Verbesserung des EU-Krisenmanagements in den Vordergrund gerückt.

Sowohl bei der kurzfristigen Krisenbewältigung als auch bei der mittelfristigen Finanzplanung ist Deutschland gefordert, den unter dem Schlagwort „Solidarität“ erhobenen Forderungen aus dem Mittelmeerraum nach mehr Geld zu widerstehen. Dass Kanzlerin Merkel unlängst mit dem französischen Präsidenten Macron eine „Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas“ verkündete und dabei vorschlug, die EU möge an den Finanzmärkten 500 Milliarden Euro aufnehmen, um

damit einen Hilfsfonds einzurichten, obwohl die EU-Verträge der Union eine Verschuldung untersagen, lässt in dieser Hinsicht nichts Gutes erahnen.

Schon seit Jahren wurden zur „Rettung des Euro“ oder einzelner Staaten immer wieder Vorschriften – vorsichtig formuliert – zurechtgebogen, damit die Europäische Zentralbank (EZB) den Betroffenen aus der Patsche helfen konnte. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis Anfang Mai untersagt; wohlgeachtet nicht, weil das Handeln der EZB gegen deutsches Recht verstieß, sondern gegen EU-Recht. Insofern wird es spannend sein zu beobachten, ob sich die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft an die Grundsätze der Europäischen Union hält – dann müsste sie dem von ihr selbst vorgeschlagenen EU-Fonds widersprechen – oder ob sie tatsächlich bereit ist, zur „Rettung“ krisengeschüttelter Staaten weitere Rechtsbrüche in Kauf zu nehmen.

Wer für diese Rechtsbrüche plädiert, muss freilich wissen, was er damit anrichtet. Anders als klassische Nationalstaaten ist die EU auf kein tradiertes Gemeinschaftsgefühl gegründet, sondern auf der Basis wirtschaftlicher Interessen – und dazu vereinbarter rechtlicher Vereinbarungen. Wer diese Normen bricht, legt die Axt an die Wurzeln der Union.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Immer öfter geht die Hauptstadt auf Konfrontationskurs gegenüber dem Bund **Seite 4**

Kultur

Zum Tode des französischen Schriftstellers Jean Raspail **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

Die Woiwodschaft Ermland und Masuren kämpft mit den Folgen der Pandemie **Seite 13**

Leben

Keine Angst vor der Seuche: In katholischen Kirchen gibt es jetzt Weihwasserspender **Seite 21**



Anlauf für spannende digitale Inhalte auf preussische-allgemeine.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Rassenproteste Nach den Black Lives Matter-Unruhen in den USA schotten sich immer mehr linke Aktivisten in autonomen Zonen ab. Paradebeispiel ist Seattle im Bundesstaat Washington

Chaostage in Seattle

Nach den Rassenunruhen etablierte sich ein rechtsfreier Raum in einem ganzen Stadtviertel

VON FRIEDRICH LIST

Nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd protestieren überall in den USA Menschen gegen Polizeigewalt und rassistische Übergriffe. In Seattle an der US-Westküste wurde der Stadtteil Capitol Hill zum Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Capitol Hill ist von der alternativen Szene geprägt. Hier leben rund 32.000 Menschen.

Die Demonstrationen waren zunächst friedlich. Aber dann eskalierte die Gewalt. Antifa-Gruppen und Black-Lives-Matter-Aktivisten lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Die Polizeiwache am Capitol Hill wurde immer mehr zum Fokus der Proteste. Am Montag, dem 9. Juni, wurde sie geräumt. Bürgermeisterin Durkan rechtfertigte das als nötige Deeskalation. Die Protestler errichteten Barrikaden und okkupierten mehrere Straßenzüge samt Park. Dann riefen sie die „Capitol Hill Autonomous Zone“ (CHAZ) aus.

An den Barrikaden zogen Bewaffnete auf. Raz Simone, ein in der Stadt bekannter und populärer Rap-Musiker, rief dazu auf, die „CHAZ“ zu verteidigen und organisierte einen Schichtdienst. Auch der linke „John Brown Gun Club“ verkündete, die besetzte Zone schützen zu wollen. Weitere schlossen sich an. Im Bundesstaat Washington ist das offene Tragen von Waffen erlaubt, ebenso sind Milizen wie der „John Brown Gun Club“ legal. Also laufen nun Freischärler Streife.

Die Besetzer erheben zum Teil sinnvolle Forderungen. Sie wollen, dass die Stadt Seattle mehr gegen hohe Mieten, Obdachlosigkeit, Kriminalität und Drogenmissbrauch unternimmt. Aber sie fordern auch die Auflösung von Polizei und Justiz sowie die Abschaffung der Gefängnisse.

Sozialismus mitten in den USA

Die Stadt verhandelt inzwischen mit den Besetzern. Aber eine wirksame Strategie scheinen die Verantwortlichen nicht zu haben. Ein anonym hoher Polizeibeamter sprach gegenüber der Presse von chaotischen Verhältnissen in der städtischen Führungsetage.

Berichte über die Situation im Viertel sind widersprüchlich. Neben mehreren



Willkommen in der besetzten Zone: Eingang zum Capitol Hill Occupation Project (CHOP) in Seattle

Foto: pa

hundert Besetzern wohnen dort rund 5000 Menschen. Die Besetzer haben freies Essen, medizinische Versorgung und Unterkunft, Kunstprojekte, Filmnächte und Gemeinschaftsgärten organisiert. Allerdings häufen sich Klagen über Diebstähle unter den Besetzern, über Woh-

nungseinbrüche und Überfälle. Die Polizei ist in der neuerdings „CHOP“ oder „Capitol Hill Occupation Project“ genannten Zone machtlos.

Die Besetzer wollen keine formale Führungsstruktur. Entscheidungen werden in öffentlichen Debatten getroffen.

Also kristallisieren sich einzelne Wortführer heraus. Neben Raz Simone sind das die sozialistische Stadträtin Kshama Savant und die frühere Bürgermeisterkandidatin Nikkita Oliver. Anarchisten, Sozialisten und Black-Lives-Matter-Vertreter ringen miteinander.

Jüngst hat es eine tödliche Schießerei gegeben. Am 20. Juni fuhr ein Mann mit seinem SUV in die Zone und schoss auf Passanten. Es gab einen Toten und einen Verletzten. Aktivisten brachten den Verletzten ins Krankenhaus, hinderten aber die Polizei an Ermittlungen vor Ort.

Die Situation in Seattle lässt sich nur schwer auf deutsche Verhältnisse übertragen. Auch hierzulande gibt es gewaltbereite Extremisten. Aber Deutschland ist politisch nicht so polarisiert wie die USA. Die Waffengesetze sind strenger, und Bürgermilizen gibt es nicht. Trotzdem ist der ethnisch motivierte Protest mit der Entladung sinnloser Gewalt gegen die Polizei über den Atlantik bis hierher übergeschwappt, wie zuletzt die nächtlichen Krawalle in Stuttgart zeigten.

Seattles Frontkämpfer:



FOTO: PA

Raz Simone. Als „Warlord“ geschmäht, organisiert der Rap-Musiker den bewaffneten Selbstschutz der „CHOP“ und tritt für eine lokal finanzierte Bürgerpolizei ein.



FOTO: JOE MABEL

Seattles Bürgermeisterin **Jenny Durkan**, die der Demokratischen Partei angehört, hat inzwischen angekündigt, die „autonome Zone“ am Capitol Hill auflösen zu wollen.



FOTO: FACEBOOK

Michael Solan ist Präsident der Polizeigewerkschaft von Seattle. Nach dem Tod eines Menschen ist für ihn die Situation in der „CHOP“ durch Gewalt geprägt.

PARAMILITÄRISCHE GEWALT

Lizenz zum Töten

Im Nordwesten der USA stehen sich linke und rechte Bürgermilizen unversöhnlich gegenüber – Die Schusswaffe ist immer griffbereit

Man mag verständnislos auf die Präsenz bewaffneter Freischärler in der besetzten Zone von Seattle blicken. Oder man sieht eine gewisse Ironie darin, wenn Radikale, die den modernen Staat und seine Institutionen ablehnen, ein eigenes Gemeinwesen aufbauen und dann selbst genau diese Funktionen abbilden.

Für die Menschen in der „CHOP“ sind die Bewaffneten primär Schutz vor bewaffneten Angriffen durch rechte und rechtsradikale Gruppierungen, die es auch im traditionell liberalen Seattle und im pazifischen Nordwesten der USA gibt. Und das gewaltbereite rechte Milieu hat bereits damit gedroht, am 4. Juli in die „CHOP“ zu marschieren.

Hinzu kommt, dass der pazifische Nordwesten besonders seit Donald Trumps Amtsantritt Schauplatz von Zusammenstößen zwischen linker Protestszene einerseits und konservativen Trump-Anhängern, rechtspopulistischen Gruppierungen und echten Rechtsradikalen auf der anderen Seite ist. In Seattle, aber auch in Portland und anderen Städten im Landesinneren treffen diese Fraktionen immer wieder aufeinander.

Bekannteste linke Gruppierungen sind die Emerald Antifa aus Seattle und die Rose City Antifa aus Portland, eine der ältesten aktiven Antifa-Gruppen in den USA. Hinzu kommt ein breites Spektrum von linksalternativen Gruppierungen und

Bürgerrechtsinitiativen, sowie die in den gesamten USA agierende Black Lives Matter-Bewegung. Der „John Brown Gun Club“ beruft sich auf das Recht auf Waffenbesitz und verhält sich ähnlich wie viele der paramilitärischen Milizen im rechten Spektrum. Sie schult ihre Mitglieder im taktischen Schusswaffengebrauch oder tritt auf politischen Veranstaltungen als Sicherheitsdienst auf.

Rechts von der Mitte finden sich Gruppen wie „Patriot Prayer“ aus Portland, oder die in den gesamten USA aktiven „Proud Boys“ oder die „Three Percenters“, „Patriot Prayer“ beansprucht, gewaltfrei und antirassistisch zu sein, ist aber häufig in gewalttätige Auseinander-

Seit Donald Trumps
Amtsantritt ist
der pazifische
Nordwesten
Schauplatz von
Zusammenstößen

setzungen mit der Antifa verwickelt. Wer wen angegriffen hat, ist meist unklar, weil beide Seiten etwas gegen vor Ort arbeitende Journalisten haben. Aber Linke wie Rechte werden immer wieder von Gerichten ins Gefängnis geschickt.

Für die „Proud Boys“ ist der Kampf gegen die Antifa Teil der Vereinsregeln. Die „Three Percenters“ sehen sich als verfassungstreue Patrioten und sind Teil der USA-weiten Milizbewegung, die paramilitärisch organisiert ist und sich auf einen kommenden Bürgerkrieg vorbereitet. Vorläufer der Bewegung traten erstmals in den 70er Jahren auf. Unter den Präsidenten Clinton und Obama erlebten diese Freischärler Phasen hohen Zulaufs. F.L.

RADIKALISIERUNG

Reichlich Erfahrungen mit Besetzern

Seattle hat eine lange Geschichte linker Proteste und Besetzungen. Vielfach haben es die Verantwortlichen geschafft, die Konfrontation zu entschärfen und Konflikte friedlich beizulegen. So besetzten im März 1970 etwa 100 Vertreter indianischer Stämme das Kasernengelände Fort Lawton, um sich ihr Land zurückzuholen. Nach drei Wochen erhielten sie tatsächlich ein größeres Grundstück und errichteten dort ein Kulturzentrum. Etwa zwei Quadratkilometer des Geländes gab das Militär 1972 an die Stadt Seattle, die dort den Discovery Park baute.

Im Oktober 1972 besetzten Latino-Aktivisten die geschlossene Beacon Hill Elementary School und erreichten nach mehreren Monaten, dass das Gebäude renoviert und in ein Kulturzentrum umgewandelt wurde. Und im November 1985 nahmen Aktivisten eine unverschlossene Schule in Seattles zentralem Bezirk ein und hielten über Jahre aus, bis aus der Schule das Northwest African American Museum wurde. Jedoch gingen andere Besetzungen weniger gut aus und endeten in Ausschreitungen und Gerichtsverfahren.

Ob die heutige Bürgermeisterin Jenny Durkan ähnliche Auseinandersetzungen abwehren kann, bleibt abzuwarten. Im Moment sind sie und die regierenden Demokraten für die ungelösten Probleme Seattles mit verantwortlich. Außerdem hat Durkan einen städtebaulichen Wandel initiiert, der bestehende Quartiere stark verändert und die weniger Verdienenden vertreibt. Denn die Stadt hat zwei Gesichter: Sie ist Sitz zahlreicher finanzkräftiger Unternehmen wie Boeing, Microsoft oder Amazon mit gut verdienenden Angestellten. Aber die öffentliche Hand muss knausern.

Zwar bietet die Stadt einen relativ hohen Mindestlohn. Doch es gibt kaum sozialen Wohnungsbau und nur den für die USA typisch rudimentären Sozialstaat. Korrekturen erschöpfen sich in Quotenregelungen für die öffentliche Verwaltung oder in Umbenennungen von öffentlichen Parkanlagen nach politischen Aktivisten. F.L.

Wenn die Erinnerung gesäubert wird

Die Geschichte lehrt, dass der Weg von der Verdammung einer unbequemen Vergangenheit zu Tugendterror im Namen des Fortschritts kurz ist. Auf die Attacken gegen Denkmäler folgten nicht selten Angriffe gegen Menschen. Selbst schöpferisch tätig waren die Denkmalstürzer selten

VON EBERHARD STRAUB

S eit Wochen nun arbeiten sich die Bilderstürmer unserer Tage an den vermeintlich bösen Geistern der Vergangenheit ab. In Nordamerika und Europa werden Denkmäler von Kolonialherren und Sklavenhaltern von den Sockeln geholt; und mit Immanuel Kant steht inzwischen selbst ein Vater der europäischen Aufklärung im Verdacht, ein Rassist gewesen zu sein. Schon erscheinen Artikel mit Empfehlungen, welche Bücher noch gelesen und welche Filme noch geschaut werden dürfen. Für den Hollywood-Klassiker „Vom Winde verweht“ zum Beispiel – mit acht Oscars und zwei Ehren-Oscars einer der höchst dekorierten Streifen der Filmgeschichte – sieht es gar nicht gut aus.

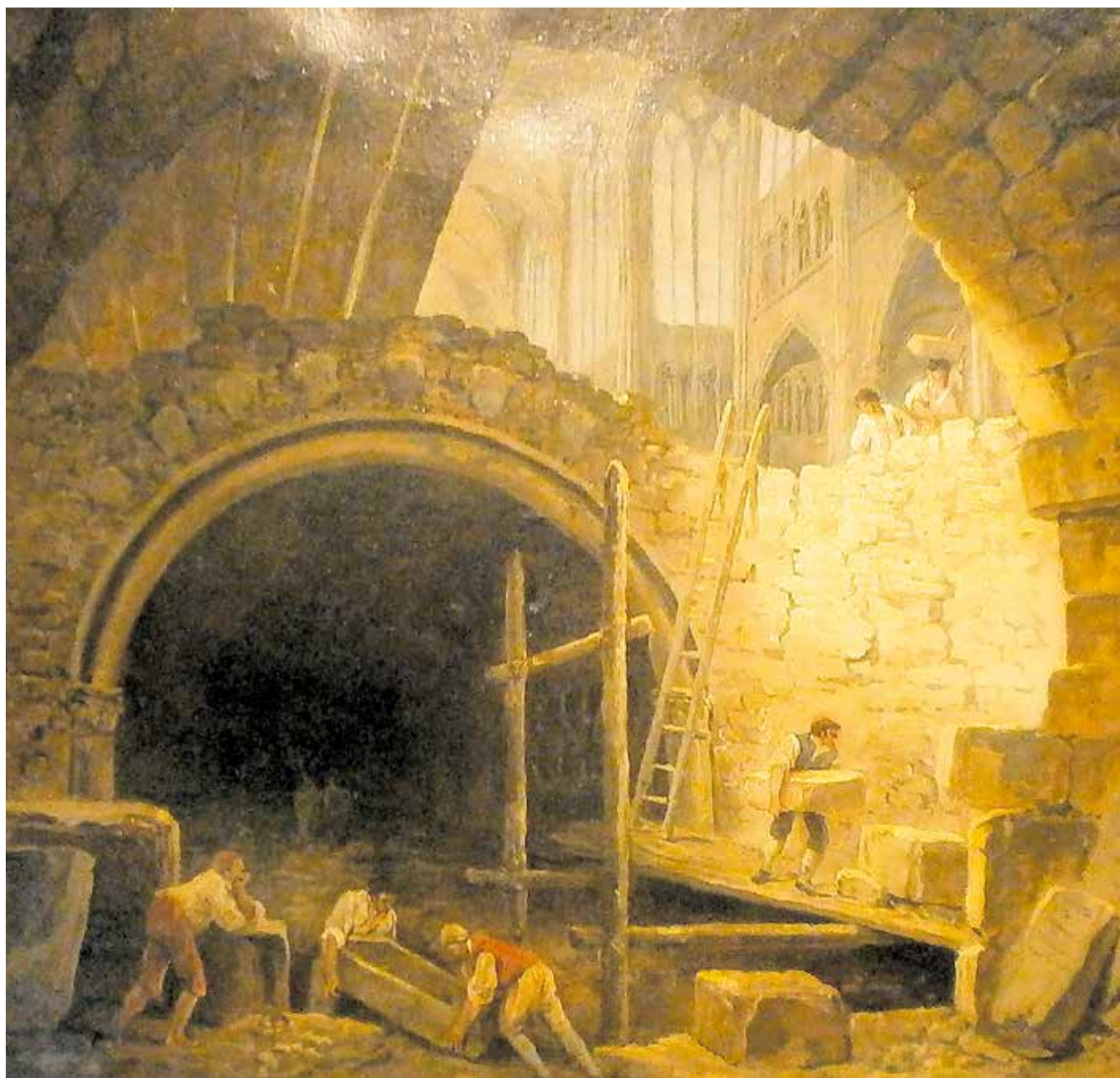
Neu ist dieses Phänomen keinesfalls. Im Gegenteil. Wer in die Geschichte schaut, wird dort schnell an Beispielen fündig werden, bei denen die „gute alte Zeit“ nicht nur in einem ungünstigen Licht erschien, sondern geradezu bekämpft wurde. Dann wurden die Namen historischer Persönlichkeiten aus dem alltäglichen Sprachgebrauch getilgt und Denkmäler geschändet oder ganz zerstört. Derlei Säuberungen fielen zumeist umso größer aus, je ambitionierter die Herrscher der jeweiligen Gegenwart waren.

Auslöschung versus „Umtaufung“

Schon im kaiserlichen Rom konnte der Senat offiziell die „damnatio memoriae“ eines Herrschers nach dessen gewaltsamem Tod verkünden; was bedeutete, sämtliche Spuren, die in der Öffentlichkeit an ihn erinnerten, auszulöschen. Das berühmteste Beispiel ist Kaiser Nero, der bis heute als Inbegriff wüster Tyrannenlaunen gilt. Seine Statuen wurden ebenso beseitigt wie Inschriften, die ihn feierten. Freilich wurde der sehr populäre und hochbegabte Kaiser alsbald von zwei seiner Nachfolger rehabilitiert, was bestätigt, dass es sich mit der dramatischen Absicht, Nero gleichsam aus der Geschichte Roms zu entfernen, vornehmlich um eine politische Intrige handelte.

Römische Senatoren kamen deshalb auch gar nicht erst auf den Gedanken, ganze Perioden ihrer Geschichte als fragwürdig oder gar verdammenswert zu erachten. Auch die Christen, die im bewussten Gegensatz zur heidnischen Kultur standen, von der sie doch selbst geprägt worden waren, schlossen deshalb viele Kompromisse mit den Zeugnissen der vor ihnen dagewesenen Religionen. Sie demolierten nicht im radikalen Eifer die Tempel, sondern „taufte“ sie, indem sie diese zu Kirchen umbauten. So ließ sich viel eindringlicher der Triumph der Wahrheit über Aberglauben und Lüge veranschaulichen als durch Verwüstung. Mit den Dichtern verfahren sie ähnlich. In christlicher Interpretation konnten etwa Vergil und Ovid dem Heidentum entwunden und Traditionen den veränderten Zeiten angepasst werden, ohne dass es zu einem Kulturbruch kommen musste. Die Geschichte bestand aus Übergängen, weil jeder Untergang neue, kräftige Welten vorbereitete.

Nicht viel anders verhielten sich die orientalischen Muslime. Die Hagia Sophia in Konstantinopel, einst die erhabenste und schönste Kirche der Christenheit, wurde zur Moschee, später unter Kemal Atatürk zum Museum, und wahrscheinlich demnächst wieder eine Moschee. Ähnlich verfahren die Spanier mit der prachtvollsten Moschee in Europa, der Mezquita in Córdoba, die geringfügig verändert als christlicher Dom heute davon Zeugnis ablegt, das alles in der Welt dem geschichtlichen Wandel unterworfen ist, dass auch die großen Wandler der Men-



Erst die Monumente, dann die Menschen: Das Gemälde „Die Beschädigung der Gewölbe der Könige in der Basilika von Saint-Denis“ von Hubert Robert (zwischen 1793 und 1808) zeigt die Plünderung der französischen Königsgräber im revolutionären Frankreich im Jahre 1793. Unmittelbar darauf begann der große Terror (La Terreur) des „Wohlfahrtsausschusses“ unter Danton und Robespierre gegen all jene, die an den Segnungen der Revolution zweifelten

Foto: HaguardDuNord

schen und Zeiten, die Religionen, zur Geschichte gehören, in der sie sich entwickeln und ihre Kraft entfalten.

Wer vergangene Epochen auch nur annäherungsweise verstehen möchte, sollte sich deshalb vor pauschalen Urteilen hüten. Geschichte, auch als scheinbar bloße Nationalgeschichte, ist zunächst einmal etwas Fremdes und gar nichts unmittelbar Vertrautes. Daran erinnerte Goethe, selbst ein ungemeiner Historiker, in seiner Farbenlehre: „Wenn wir uns von vergangenen Dingen eine rechte Vorstellung machen wollen, so haben wir die Zeit zu bedenken, in welcher etwas geschehen, und nicht etwa die unsrige, in der wir die Sache erfahren, an jene Stelle zu setzen.“

Mit Terror in eine neue Zeit

Zu dieser anspruchsvollen Forderung gelangten Goethe und seine Zeitgenossen unter dem Eindruck der Französischen Revolution und deren Ausschreitungen. Die Revolution war der radikale Bruch mit der Geschichte Europas und seiner Kultur. Erst vor wenigen Tagen verwahrte sich der französische Präsident Emmanuel Macron angesichts der Bilderstürmereien unserer Tage gegen die Verrohung und bekannte sich sowohl zu der in Monumenten sichtbaren Geschichte als auch zu den Werten der französischen Republik. Dabei vergaß er freilich die barbarischen Rasereien der Revolutionäre am Anfang der republikanischen Geschichte Frankreichs, die immerhin aus dem gebildetsten Volk des alten Europa kamen.

Die Revolutionäre des späten 18. Jahrhunderts stürzten zunächst die Denkmale der Könige und köpften die Statuen der Könige in den Fassaden der Königskirchen, den Kathedralen; sie schändeten Heiligenbilder und plünderten Schlösser wie Versailles – und ir-

gendwann schlugen sie anstelle der Denkmäler den Menschen die Köpfe ab.

Die damaligen Gewalttaten bestätigten einem klaren Feind der Revolution, dem Grafen Antoine de Rivarol, dass „die zivilisertesten Reiche der Barbarei ebenso nahe (sind) wie das am sorgfältigsten polierte Eisen dem Rost. Nationen wie Metalle glänzen nur an der Oberfläche.“ Ihre Rohheiten hielten sie freilich für eine reinigende Energie, die Frankreich und die Franzosen radikal von den widerwärtigen Erinnerungen an ihre finsternen Jahrhunderte unter der sie entwürdigenden Macht von tyrannischen Monarchen und Priestern befreien würde.

Den Kulturbruch gaben die Anführer des totalen Umsturzes – Georges Danton, Maximilien de Robespierre, Camille Desmoulins oder Louis Antoine de Saint-Just – für den Aufbruch in eine helle, wahrhaft neue Zeit aus, in der alle Menschen Brüder sind, zu denen sie von den Franzosen erzogen würden, die ihnen mit ihrem „Élan“ um mindestens zwei Jahrhunderte voraus seien. Die Revolution wollte ja nicht Missbräuche abschaffen, sondern die Bräuche überhaupt. Sie beseitigte ja nicht nur die Monarchie, sondern – im Namen der nationalen Einheit – die Selbstständigkeiten in den Provinzen; sie verdrängte die regionalen Sprachen und Kleider, weil die eine Vernunft ihre wohltätige Macht in der Vereinheitlichung bewahren müsse.

Gleichschaltung des Denkens

In der Vielfalt fürchteten die Revolutionäre den Parteigeist und den Egoismus, die sich gegen die homogene Volksgemeinschaft verschwören würden. Die Freiheit konnten sie sich nur als beherzte Despotin denken, die jeden Einzelnen erzieht und den Massen angleicht, damit alle nur noch unterschiedslos Mensch sind.

Den Kulturbruch gaben die Anführer des totalen Umsturzes für den Aufbruch in eine helle, wahrhaft neue Zeit aus, in der alle Menschen Brüder sind

Die abstrakten Theorien bedurften allerdings anschaulicher Vergegenwärtigung, um die Bürger mit Leidenschaften zu erfüllen und zum lebhaften Ausdruck nationalen Willens zu machen. An die Stelle der überkommenen Riten, Zeremonien und Sitten sollte ein neuer Stil treten, der die gesamte Gesellschaft erfasste. Deshalb war die Zerstörungswut der Revolutionäre durchaus mit der Absicht verbunden, neue Lebensformen zu finden für einen neuen Menschen in einer wirklichen neuen Zeit.

Eine Nation als Erziehungsanstalt

Es gab damals Architekten, die die Bauformen auf die elementaren geometrischen Urformen beschränken wollten. Anstelle der Könige mahnten nun Freiheitsstatuen an die nationalen Tugenden; Plätze und Straßen erhielten ebenso neue Namen wie die Monate. Die gesamte Umwelt wandelte sich in ein Erziehungslager, dem keiner zu entrinnen vermochte. In den Domen wurden Feste der Vernunft gefeiert, Freiheitsbäume sowie Massenvereinigungen zum Lob der Vernunft und der durch sie vernünftig gewordenen Nation verliehen der berechnenden und planenden Rationalität sakrale Würde.

Der Vernunftstaat feierte sich als Erlösungsanstalt. Das ging nicht ohne Widersprüche und viele Verkrampfungen ab. Erst Napoleon sorgte als Konsul und Kaiser dafür, dass die meisten Neuerungen der Revolution als lächerlich beiseitegeschoben wurden und Frankreich nach und nach wieder mit seiner Vergangenheit in Verbindung gebracht wurde. Als wirklich nationaler Stil Frankreichs ist der kaiserliche in Erinnerung geblieben.

Die Schreckensherrschaft der radikalen Demokratie aber blieb unvergessen, weil sie veranschaulichte, dass die radikale Abkehr von Erfahrung und Geschichte zum Vorteil reiner Abstraktionen – die Freiheit, die Vernunft, der Mensch – die wirkliche Welt zum phantastischen Reich verwandelt für die Wünschbarkeiten ideologischer Projekteschmiede. Die amerikanische Revolution hingegen kämpfte im Namen des alten Rechts und des Herkommens gegen Neuerungen des britischen Parlaments und dessen absolutistische Neigungen. Deswegen gewann das Experiment an Dauer.

Geschichtslosigkeit der Demokratien

Allerdings führten die demokratischen Prinzipien unweigerlich zu einem gespannten Verhältnis der USA zur Geschichte. Jegliche Historie als undemokratische Vorgeschichte verdient dort eine geringere Wertschätzung als der befreiende und welterlösende „American Way of Life“, der mittlerweile zum Weg des „Westens“ schlechthin geworden ist.

Demokraten leben ganz in der Gegenwart, wie Alexis de Tocqueville 1825 in den USA beobachtete. Sie können nicht von sich absehen und werden leicht ungeduldig, sobald sie auf Lebensformen treffen, die ihren Idealen widersprechen. In problematischen Situationen wie der gegenwärtigen wird dann die gesamte Geschichte unter Verdacht gestellt. Die gewalttätige Wendung gegen die Vergangenheit erschöpft sich jedoch schnell in bloßer Gewalt. Die Versuche der revolutionären Franzosen Ende des 18. Jahrhunderts, das gesamte Leben total umzugestalten, waren letztlich vergeblich. Auch bei den heutigen Bilderstürmern zeigt sich außer der Wut bislang keine schöpferische Energie.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehört unter anderem „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). www.eberhard-straub.de

● MELDUNGEN

Strom wird immer teurer

Berlin – Der Stromversorger Vattenfall erhöht zum August seine Preise. Davon sind in Berlin rund 1,6 Millionen Kunden betroffen. Konkret steigt der Verbrauchspreis von 31,14 Cent je Kilowattstunde auf 33,25 Cent. Für die Tarife Easy12 und Easy24 bezifferte Vattenfall die Preissteigerung auf rund 5,4 Prozent. Der Stromanbieter weist darauf, dass inzwischen etwa 77 Prozent des Strompreises aus Steuern, Abgaben und Umlagen sowie den lokalen Netzentgelten besteht. Dazu kommt noch, dass die Stromnetz Berlin GmbH, eine Tochterfirma von Vattenfall, ihre Entgelte für die Netznutzung zum 1. Januar 2020 erhöht hat. Die Berliner Verbraucherzentrale fordert, dass „die EEG-Umlage weiter abgesenkt und die Stromsteuer nahezu abgeschafft werden.“ In Deutschland werden EU-weit inzwischen die höchsten Strompreise gezahlt. Mit dem von der Politik betriebenen „Kohleausstieg“ wird ein weiterer Preisanstieg befürchtet. *F.B.*

Maskenbedarf fünf Milliarden

Berlin – Nach Angaben der Bundesregierung liegt der Bedarf an Atemschutzmasken in Deutschland bei fünf Milliarden Stück, darunter zu einem Drittel Masken der Kategorien FFP2 und FFP3 sowie zu zwei Dritteln der Kategorie OP-Maske sowie Mund-Nasen-Schutz. Das Bundesgesundheitsministerium hat eigenen Angaben zufolge seit Ausbruch der Corona-Pandemie rund 1,5 Milliarden OP-Masken sowie mehr als 500 Millionen FFP2, FFP3 und KN95-Masken beschafft. Bei der Beschaffung habe es in rund 20 Prozent der Fälle Normabweichungen gegeben, die zur Zurückweisung der Ware führten. Die nach Deutschland eingeführten Masken werden regelmäßig auf Mängel überprüft. Die Feststellung von Mängeln an der Ware führe zur Sperrung der Lieferanten und zur Rücknahmeaufforderung. Aus einzelnen Betrugsversuchen sei kein Schaden entstanden. *MRK*

Schäuble warnt die USA

Berlin – Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hat sich besorgt über die aktuelle Entwicklung in den USA und über die Pläne geäußert, Truppen aus Deutschland abzuziehen, um sie in Polen zu stationieren. Er warnte die USA davor, dass Letzteres gegen Absprachen der NATO mit Russland verstoßen könnte. „Ich würde raten, sich an diese Absprachen zu halten“, sagte Schäuble, und: „Wir sind an einem guten Verhältnis zu Russland interessiert.“ Gleichzeitig gestand er aber auch ein, dass Europa und insbesondere Deutschland mehr für seine Verteidigung ausgeben müsse. Nur auf die amerikanische Sicherheitspolitik zu setzen, sei nicht richtig. Deutschland müsse sich an die mit der NATO getroffenen Vereinbarungen über höhere Zahlungen an das Verteidigungsbündnis von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) halten. Bislang leistet die Bundesrepublik einen Anteil am BIP von etwa 1,39 Prozent. *MRK*



Eckt mit eigenwilligen Vorstößen bei der Bundesregierung an: Der grüne Justizsenator von Berlin, Dirk Behrendt

Foto: imago images/Rainer Unkel

INNENPOLITIK

Berlins anmaßende Alleingänge

Auf Konfrontationskurs gegenüber dem Bund: Asylpolitik, Anti-Diskriminierungs- und Grundgesetz

VON NORMAN HANERT

Während Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) das bundesweit bislang einmalige Anti-Diskriminierungsgesetz als einen „Meilenstein“ lobt, sah sich sein Kabinettskollege Andreas Geisel (SPD) unlängst in einer sehr unangenehmen Lage:

Bei dem jüngsten Innenministertreffen in Erfurt war Berlins neues Anti-Diskriminierungsgesetz zwar formell nur einer von mehreren Tagesordnungspunkten, faktisch aber das Hauptthema. Insbesondere die Innenminister der Union erwarteten von dem Berliner eine verbindliche Erklärung, dass das neue Antidiskriminierungsgesetz nur für seine Beamten gilt. Hintergrund sind Befürchtungen, dass auswärtige Polizeikräfte bei Einsätzen in der Hauptstadt Nachteile erleiden.

Seehofer rügt das Land Berlin

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte kurz vor dem Innenministertreffen sogar angekündigt, „bis auf Weiteres“ überhaupt keine Bundespolizisten mehr in die Hauptstadt zu schicken: „Ich kann meine Beamten nicht dieser Diskriminie-

rung aussetzen, wo sie dann beweisen sollen, dass sie nicht diskriminiert haben.“ Mit Geisels Klarstellung auf dem Innenministertreffen kann Berlin nun weiter auf die Hilfe auswärtiger Polizisten rechnen. Allerdings befindet sich Berlin auch noch mit einem anderen Gesetzesprojekt auf Konfrontationskurs mit dem Bund. Insbesondere die Berliner Grünen machen sich innerhalb der Koalition für eine landeseigene Regelung stark, mit der „Flüchtlinge“ aus griechischen Aufnahmelagern nach Berlin geholt werden können.

Bislang hat Innenminister Seehofer einzelnen Bundesländern die Kompetenzen abgesprochen, auf diesem Gebiet quasi auf eigene Faust handeln zu können. Neben Berlin will auch die Thüringer Regierungskoalition mehrere hundert „Geflüchtete“ aus Griechenland aufnehmen. Einen kompletten bundesweiten Alleingang hat Rot-Rot-Grün mit dem Mieten-deckel beschritten. Auch mit einem kürzlich vorgelegten Entwurf für ein neues Berliner Polizeigesetz hebt sich Rot-Rot-Grün deutlich von anderen Bundesländern ab: Im Entwurf haben Linke und Grüne eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum blockiert.

Das Gesetz sieht für Polizisten auch keinen finalen Rettungsschuss etwa bei Geiselnahmen vor. Zudem soll auch der sogenannte Unterbindungsgewahrsam zur Verhinderung von Straftaten in Berlin auf zwei Tage verkürzt werden.

Das neue Polizeigesetz soll noch in diesem Jahr beschlossen werden und ab 2021 gelten. Die rot-rot-grüne Koalition hat für diese Legislatur auch noch ein Paritätsgesetz angekündigt, das per Zwangsregelung für mehr weibliche Abgeordnete sorgen soll.

Begriff „Rasse“ soll schwinden

Behrendt hat inzwischen schon das nächste Gebiet ausgemacht, auf dem er Reformbedarf sieht. Geht es nach Behrendt, dann soll der Begriff „Rasse“ aus der Berliner Landesverfassung gestrichen werden. Zur Begründung sagte der Grünen-Politiker: „Bereits der Gedanke, man könne Menschen in sogenannte Rassen einteilen, ist rassistisch.“ Behrendt und andere Grünen-Politiker können sich bei ihren Forderungen nach Streichung des Begriffs „Rasse“ unter anderem auf die „Jenaer Erklärung“ aus dem Jahr 2019 stützen. In der Erklärung hatten Wissenschaftler in Abrede gestellt, dass es für die

Existenz von Menschenrassen eine biologische Begründung gibt. Das Problem dabei: Akteure, die Positionen wie die der „Jenaer Erklärung“ vertreten, können gerade in der aktuellen Lage in Medien und Politik mit viel Wohlwollen rechnen. Wie schon in der Klimaforschung zu beobachten war, riskieren aber Wissenschaftler, die zu Einschätzungen kommen, die vom Mainstream abweichen, das schnelle Ende ihrer akademischen Karriere.

Wie groß dieser Druck ist, wird am Beispiel von Professor Stephen Hsu, dem Vizepräsidenten der Universität Michigan deutlich. Der asiatischstämmige Hsu hatte sich in der Vergangenheit unter anderem kritisch dazu geäußert, dass Eignungstests an US-Universitäten für Schwarze erleichtert wurden, während die Anforderungen für Asiaten hochgeschraubt wurden. In einer erst am 10. Juni gestarteten Petition warfen mehr hundert Unterzeichner Hsu Rassismus und Sexismus vor und forderten seine Abberufung. Der aufgebaute Druck war in kurzer Zeit erfolgreich. Bereits am 19. Juni gab der Präsident der Michigan State University den Rücktritt seines Vizes Stephen Hsu bekannt.

AFD UNTER BEOBACHTUNG

Der Verfassungsschutz verschärft die Gangart

Beamten, Soldaten und bürgerlichen Mitgliedern der Partei drohen berufliche Konsequenzen

Der Inlandsgeheimdienst hat die Gangart gegenüber der AfD verschärft, in Brandenburg glaubt man, dass der rechte „Flügel“ der Partei um Andreas Kalbitz die gesamte Landespartei übernommen habe. Brandenburg ist der erste Landesverband, der in seiner Gänze überwacht wird. Der Verfassungsschutz darf V-Leute einsetzen und die Kommunikation abhören.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie mit Beamten, Soldaten und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst umgegangen wird. „Für die gesamte AfD ist es eine Zäsur. Für einige ihrer Mitglieder könnte es zum Problem werden“, glaubt der Politikwissenschaftler Hajo Funke, der das Ende der

Fahnenstange nicht für erreicht hält: „Der Verfassungsschutz hat in den vergangenen Jahren auf die stetige Radikalisierung der Partei hingewiesen. Es waren ja nicht nur Leute wie Björn Höcke oder Kalbitz, die aufgefallen sind, sondern auch die Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und Alexander Gauland oder auch Parteichef Jörg Meuthen selbst.“

In Brandenburg und in Sachsen-Anhalt haben mittlerweile zwei Soldaten eine Vorladung vom Militärischen Abschirmdienst erhalten. Im schlimmsten Fall droht ihnen der Rauswurf aus der Armee. „Gerade bürgerliche Mitglieder werden sich überlegen, ob sie in dieser Partei bleiben können, oh-

ne berufliche Probleme zu bekommen“, glaubt der Verfassungsrechtler Michael Brenner aus Jena und Funke ergänzt: „Die Radikalen, die wenig zu verlieren haben, werden bleiben.“

Auch in Sachsen-Anhalt und in Sachsen stehen härtere Maßnahmen durch den Geheimdienst bevor. In den neuen Bundesländern gilt aus Sicht der Behörde lediglich der Verband in Mecklenburg-Vorpommern noch als vergleichsweise gemäßigt.

Im Westen werden derzeit nur ehemalige Flügelleute sowie Teile der Jugendorganisation Junge Alternative unter die Lupe genommen. Aber die Schraube wird immer enger angezogen. Selbst in Ham-

burg und Niedersachsen, wo liberale Kräfte am Ruder sind, wollen Verfassungsschützer eine Radikalisierung ausgemacht haben. Immerhin: Für den zerstrittenen Landesverband Baden-Württemberg, in dem sich „Fundis“ und „Realos“ besonders eifrig bekriegen, sind erstmal keine schärferen Maßnahmen zu befürchten. Man habe die Junge Alternative und den rechtsextremistischen „Flügel“ frühzeitig unter nachrichtendienstliche Beobachtung genommen, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU). Die AfD als Ganzes beobachte man derzeit nicht – aber das werde fortlaufend durch das Landesamt für Verfassungsschutz untersucht. *Peter Entinger*

LANDWIRTSCHAFT

Folienanbau breitet sich rapide aus

Brandenburg: Spargelfelder verschwinden zunehmend unter Plastik – mit massiven Folgen für die Natur

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nach Nordrhein-Westfalen mit 3600 Hektar ist Brandenburg mit 3400 Hektar das Bundesland mit der zweitgrößten Spargelanbaufläche Deutschlands. Bezogen auf die Landesfläche steht Brandenburg bei der Spargelerzeugung sogar an der Spitze. Seit mehr als zehn Jahren hat der Spargelanbau unter Plastikfolien immer mehr zugenommen. Lag dieser 2007 noch bei 643,5 Hektar, so waren es 2018 bereits 3130 Hektar. Somit wird auf einem Drittel der Landesfläche „geschützter“ Spargelanbau unter Folie betrieben.

Um den natürlichen Erntebeginn vorzuverlegen, werden einige Wochen davor kilometerlange Antitau- und Thermofolien über die langen Spargeldämme gespannt. Auf diese Weise wird die gewöhnlich am 24. Juni endende Erntezeit vorverlegt und von zwei auf drei Monate verlängert. Die Erzeuger betonen, dass ihnen dadurch unverzichtbare Vorteile im Marktwettbewerb entstehen.

Außerdem werde durch den Folienenschutz eine Verfärbung der Spargelspitzen durch die Sonneneinstrahlung verhindert. Marktkonform seien lange, rein weiße Spargelstangen. Bei Blindverkostungen schmeckte den Probanden zwar der Freilandspargel besser als Spargel, der unter Folien gezüchtet wurde. Das stört die Produzenten allerdings wenig, solange die Kunden ihre Wahl vor allem aufgrund von niedrigen Preisen treffen.

Umweltschützer sind spät erwacht

Seit Jahren ist der Spargelanbau unter Folie auch im Europäischen Vogelschutzgebiet „Mittlere Havelniederung“ rund um den Beetzsee nördlich von Brandenburg an der Havel immer weiter ausgedehnt worden. Betroffen sind rund 500 Hektar in dem 1000 Hektar großen Gebiet. Die Ländereien sind Eigentum des Domstifts Brandenburg und seit 2001 an einen niedersächsischen Landwirt verpachtet. Nach und nach wurde in dem Vogelschutzgebiet die vorherige extensive Nutzung der Landschaft vor allem durch Schafhaltung durch die industrielle Landwirtschaft verdrängt. Nach Angaben des NABU sind in dem Vogelschutzgebiet in-



Immer mehr „geschützter“ Anbau: Spargelfeld beim märkischen Beelitz

Foto: imago images/photothek

zwischen 21 Vogelarten lokal ausgestorben, darunter besonders streng geschützte Arten wie der Rotmilan und die Sperbergrasmücke. Die Entwicklung konterkariert die FFH-Richtlinie der Europäischen Union (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) vollkommen, die erlassen wurde, um durch die ausgewiesenen Natura-2000-Gebiete „die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ zu sichern. Demnach hätte jegliche intensive Nutzung des Vogelschutzgebietes „Mittlere Havelniederung“ durch behördliche Vorgaben verhindert werden müssen.

Es verwundert einigermaßen, dass NABU und Grüne Liga Brandenburg die brandenburgische Naturschutzbehörde erst im März dieses Jahres ultimativ aufgefordert haben, die Folienbespannung der Spargelbeete im Vogelschutzgebiet „Mittlere Havelniederung“ zu untersagen. Trotz des Verstoßes gegen das Verschlechterungsverbot der FFH-Richtlinie

kommt die Behörde ihrer Verpflichtung nicht nach, dagegen einzuschreiten. Bereits im April 2016 war ein Versuch der Grünen Liga gescheitert, einen Dialog zwischen Spargelbauern, Naturschützern, betroffenen Anwohnern und zuständigen Behörden anzuregen.

Kein Lebensraum mehr

Auf die jüngsten Nachfragen der Grünen-Fraktion im Brandenburger Landtag antwortete die Landesregierung ausweichend. Zur Frage nach der 2016 zugesagten Überarbeitung der Vorschrift zur Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung musste die Regierung zugeben: „Die Verwaltungsvorschrift wurde bisher nicht fertiggestellt.“ Jedoch hatte man bereits 2012 festgehalten, dass großflächiger Spargelanbau unter Folie negative Auswirkungen auf die Tierwelt hat, da diese Flächen keine Lebensraumfunktion haben. Weiterhin erklärte die Landesregierung auf Nachfrage, dass ihr keine Infor-

mationen dazu vorlägen, wie groß die Obst- und Gemüseanbauflächen unter Folientunneln landesweit sind.

Dieser Fall stellt keinesfalls eine Ausnahme dar. Im Februar hat die EU-Kommission ein bereits laufendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen mangelnder Erhaltungsmaßnahmen gemäß der FFH-Richtlinie verschärft.

Nachdrücklich forderte die EU-Kommission die Bundesrepublik auf, zu den Vorwürfen aus Brüssel innerhalb von zwei Monaten Stellung zu nehmen: „Die Kommission ist der Auffassung, dass bei allen 4606 Natura-2000-Gebieten, in allen Bundesländern und auf Bundesebene, eine fortbestehende Praxis zu beobachten ist, keine ausreichend detaillierten und quantifizierten Erhaltungsziele festzulegen.“ Außerdem wirft die EU-Kommission sechs Bundesländern vor, ihre Managementpläne zum Schutz der Tiere und Landschaft nicht „aktiv und systematisch an die Öffentlichkeit weiterzuleiten“.

ATTACKE GEGEN WOHNUNGSWIRTSCHAFT

SPD fürchtet um gemäßigte Wähler

Enteignungspläne als Bürgerschreck: Vermasseln Ultralinke den Sozialdemokraten die Tour?

Nach einem Jahr hat der Berliner Senat nun offenbar die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ abgeschlossen. Während einer Koalitionssitzung am 18. Juni verständigten sich SPD, Linkspartei und Grüne darauf, dass die Innenverwaltung ab jetzt das Gespräch mit den Initiatoren des Volksbegehrens aufnehmen solle. Anfang Juli soll das Prüfverfahren offiziell beendet und ein positives Ergebnis bekannt gegeben werden.

Ziel des Volksbegehrens ist es, in Berlin die Bestände großer Immobilienunternehmen mit insgesamt rund 250.000 Wohnungen zu verstaatlichen. Bereits im Juni 2019 hatten die Initiatoren mehr als 77.000 Unterstützungsunterschriften von Berlinern eingereicht. Dies waren mehr als dreimal so viele Unterschriften, wie sie

für die erste Stufe eines Volksbegehrens benötigt werden. Die auffällig lange Dauer der Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit hatte zuletzt dazu geführt, dass die Aktivisten hinter dem Volksbegehren dem Senat Untätigkeit und eine „unwürdige Hinhaltetaktik“ vorwarfen und sogar mit einer juristischen Klage drohten.

Parteitag war dagegen

Tatsächlich birgt gerade für die SPD, als größtem Partner in der rot-rot-grünen Berliner Landesregierung, die Enteignungsinitiative einige politische Brisanz. Linkspartei und Grüne hatten sich schon relativ früh aufgeschlossen gegenüber dem Volksbegehren gezeigt. Die Sozialdemokraten votierten auf ihrem Landesparteitag im Oktober 2019 stattdessen gegen die Enteignungspläne. Auf dem Parteitag schloss sich eine Mehrheit der Position

des SPD-Landeschefs Michael Müller an, der auf den Mietendeckel verwies und vor immensen Entschädigungskosten warnte, falls große Wohnungsbestände enteignet und verstaatlicht werden sollten. Mit Bezug auf den Sprecher des Volksbegehrens sagte Müller, der auch als Berlins Regierender Bürgermeister fungiert: „Wenn Herr Taheri sagt, er möchte den Klassenkampf, dann ist das nicht mein Weg.“ Rückendeckung für seinen Abgrenzungskurs erhielt Müller von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, die ebenfalls prominentes Mitglied der Berliner SPD ist.

Giffey Chancen in Gefahr

Giffey sagte auf dem Parteitag: „Für mich ist eine moderne Stadt eine, die nicht für Enteignung steht, sondern für Innovation.“ Giffeys Abgrenzung gegenüber ultra-

linken Positionen kann durchaus schon im Zusammenhang mit der nächsten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus gesehen werden. Müller kündigte am Anfang dieses Jahres seinen Rückzug vom SPD-Landesvorsitz an. Allgemein wird damit gerechnet, dass Giffey auf dem nächsten Parteitag den Landesvorsitz von Müller übernimmt.

Zudem gilt Giffey innerhalb der Berliner Sozialdemokraten auch als einzige realistische Option, bei der nächsten Berlin-Wahl in nennenswertem Umfang Wähler der bürgerlichen Mitte zu erreichen. Vor diesem Hintergrund kann sich für die heutige Bundesministerin eine deutliche Positionierung gegen die Enteignungspläne für die SPD als ein Faktor herausstellen, der über Erfolg oder Niederlage im Wahljahr 2021 entscheidet.

Norman Hanert

KOLUMNE

Der Dank der Antifa

VON VERA LENGSELD

In der letzten Zeit machen „antifaschistische“ Gruppen mit immer gewalttätigeren Aktionen auf sich aufmerksam. Politiker und ihre willigen Helfer in den Medien versuchen zwar, das Problem nicht wahrzunehmen, es gelingt aber immer seltener. Nachdem mehrfach im Zentralorgan der Antifa, „indymedia“, Anleitungen zum Gebrauch von Waffen erschienen sind, etwa dazu, wie man mit einer Gaspistole einen Menschen töten kann, wurde Mitte Mai in Stuttgart ein Gewerkschafter von Vermummten Antifanten so verprügelt und mit einer Gaspistole traktiert, dass er wochenlang im Koma lag und sich heute noch auf der Intensivstation befindet.

Auch Bomben werden schon eingesetzt, vorerst „nur“ gegen Lkw, die Ton-technik für eine der Antifa nicht genehme Bürgerkundgebung geladen haben. Inzwischen kann man sogar in der „Welt“ lesen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet, dass sich terroristische Strukturen im Linksextremismus herausbilden und „gezielte Tötungen“ nicht mehr undenkbar seien.

Ausgerechnet in dieser Situation hat die neue Einheitsfront von Union, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei im Bundestag einen Antrag auf Verbot der Antifa empört zurückgewiesen. Die Antifa bedankte sich umgehend. In der Nacht nach der Debatte im Reichstag rief ein Zeuge die Polizei in die Edisonstraße, nachdem er zwei Antifanten beobachtet hatte, wie sie Fahndungsplakate mit Bildern von Polizeikräften und Politikern an Stromkästen und Zäune klebten.

Auf zwei Plakaten stand die Frage nach den Wohnorten von Polizisten und Politikern. Darunter befanden sich Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler und Bundesfinanzminister, sowie Hartmut Dudde, Leitender Polizeidirektor bei der Polizei Hamburg. Auf einem anderen Plakat wurden Polizisten als Mörder bezeichnet.

Als die beiden Täter festgenommen wurden, verhöhnten sie die Polizisten. Sie wiesen die Beamten auf die Vergeblichkeit ihres Tuns hin, unter der jetzigen Regierung würde ihnen sowieso nichts passieren. Leider haben sie damit recht. Die Antifa kann ungestört immer aggressiver werden, weil die Politik ihre schützende Hand über sie hält. Wie lange noch?

MELDUNG

Erstes Opfer

Berlin – Nur kurz, nachdem Berlins Landesantidiskriminierungsgesetz beschlossen wurde, hat sich die Kritik an dem Gesetz offenbar bestätigt. Im Bezirk Neukölln hat ein Polizist vor einem Spätkauf eine Biertisch-Garnitur entdeckt. Offenbar konnte der Ladeninhaber keine Sondernutzungserlaubnis vorweisen, die nötig ist. Laut Gedächtnisprotokoll des Beamten erhob ein weiterer Anwesender den Vorwurf einer fremdenfeindlichen Beleidigung. Ein weiteres Familienmitglied führte demnach an, dass es sich durch das Einschreiten des Beamten diskriminiert fühle. Unter Hinweis auf das kurz zuvor verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz soll diese Person zudem geäußert haben, der Polizist sei nun der Erste, der dies zu spüren bekomme. N.H.

● MELDUNGEN

Zwischenfall in Mähren

Prag – Erst auf Druck des tschechischen Außenministeriums sind polnische Soldaten abgezogen, die sich mehrere Tage auf mährischem Gebiet aufgehalten haben. Aufgabe der Polen war es offenbar, während der Coronavirus-Pandemie illegale Einreisen zu verhindern. Die Soldaten waren dabei in der Nähe des früheren Dorfes Mährisch-Pilgersdorf [Pelhřimov] über einen Grenzbach bis auf tschechisch kontrolliertes Gebiet vorgedrungen. Auch nach einer ersten Intervention des Prager Außenministeriums hatten die polnischen Soldaten ihr ausgeschlagenes Quartier bei einer denkmalgeschützten Kapelle zunächst nicht geräumt. Laut tschechischen Medien wurde es zwar Touristen wieder gestattet, die an einem Radwanderweg gelegene Kapelle zu besuchen, der polnische Posten blieb aber noch einige Zeit auf mährischem Gebiet, bevor er abzog. Das polnische Verteidigungsministerium erklärte zu dem Zwischenfall, es habe sich um ein inzwischen korrigiertes Missverständnis gehandelt. *N.H.*

Schlag gegen Minderheiten

Ankara - In der Türkei setzt Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu einem massiven Schlag gegen die nationalen Minderheiten des Landes an. Im Mai verkündete er, dass der Staat „verbliebenen Terroristen“, die „dem Schwert entkommen“ seien, künftige Handlungen gegen das Land unmöglich machen werde. Hiermit sind die Armenier sowie die Angehörigen anderer christlicher Minderheiten gemeint, die den Genozid vor 100 Jahren im Lande überlebt hatten. Später erklärte er, dass man Gülenisten, „feindlich eingestellten“ Verbündeten der Golfstaaten sowie den „Lobbyisten der Armenier und Griechen“ keinen Raum lassen werde, die Türkei wirtschaftlich in die Enge zu treiben. Wenig später folgte ein 176 Seiten umfassendes Dossier in der Zeitschrift „Gerçek Hayat“. Das Werk bezeichnet den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios, den Istanbuler Oberrabbiner Ischak Halewa und führende Vertreter anderer Minderheiten als Verbündete des Predigers Fethullah Gülen und unterstellt ihnen, am „Juli-Putsch“ von 2016 teilgenommen zu haben. Der Islamist Gülen war lange ein Verbündeter Erdogans, bis sich beide entzweiten und Gülen vor 20 Jahren in die USA übersiedelte. Von dort hat er nach wie Einfluss auf große Teile der türkischen Gesellschaft und soll an zentraler Stelle im Netzwerk der CIA in der islamischen Welt aktiv sein. Auch der Patriarch und der Oberrabbiner sind als Gefolgsleute der Amerikaner bekannt. Ins Netz der Verdächtigen haben aber selbst Papst Johannes Paul II. und Patriarch Schnork I. Kalustjan von Konstantinopel Aufnahme gefunden, obwohl das inkriminierte Treffen des Papstes 1998 und damit vor dem Bruch Gülens mit Erdoğan stattfand und der Patriarch schon 1990 verstorben war. Gülen selbst wird in „Gerçek Hayat“ nun eine armenisch-jüdische Herkunft vorgehalten. Aufgrund der Formulierungen wird klar, dass Erdoğan eine neuerliche Enteignungswelle geistlichen Besitzes der Minderheiten vorbereitet, um so seine Herrschaft länger über die Runden zu bringen. *T.W.W.*

BLM IN GROSSBRITANNIEN

Die Statuen sollen fallen

Auf Druck linker Aktivisten: „Umstrittene“ Denkmäler werden im Eiltempo abgeräumt

VON CLAUDIA HANSEN

Die Liste ist lang, sehr lang. Sie wächst sogar beinahe täglich. Aktivisten der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) haben eine Großbritannien-Karte mit schon mehr als 100 Denkmälern oder Statuen berühmter Männer erstellt, die tatsächliche oder vermeintliche Rassisten, Kolonialisten oder Sklavenhändler waren.

Die Bronzestatue von Edward Colston, einem Kaufmann und Mäzen in Bristol aus dem 17. Jahrhundert, der mit der Royal African Company Sklavenhandel in großem Stil betrieb, aber auch Krankenhäuser und Schulen gründete, riss ein wütender Mob vom Sockel und warf sie dann in den Hafen – die Polizei schaute zu. Ein paar Tage später wurde im Londoner East End die Statue von Robert Milligan, einem schottischen Großhändler und Sklavenbesitzer, eilends von einem Kran abmontiert.

Auf der Liste „Topple the Racists“ (Stürzt die Rassisten) finden sich berühm-

te Namen: William Gladstone und Robert Peel etwa, ein liberaler und ein konservativer Premierminister des 19. Jahrhunderts, der Gründer der Pfadfinderbewegung Baden-Powell, auch Admiral Lord Nelson, der die Franzosen in der Seeschlacht von Trafalgar 1805 besiegte und dessen Säule im Zentrum von London steht. Sogar der berühmte Freibeuter Francis Drake im Auftrag von Königin Elisabeth I. sowie die Entdecker Captain Cook und Christopher Columbus sollen nach dem Willen der antirassistischen Aktivisten abgeräumt werden. Auch General Kitchener, der im Burenkrieg äußerst hart agierte, steht auf der Liste. 130 Stadträte in von der Labour-Partei regierten Kommunen haben angekündigt, dass sie umstrittene Statuen prüfen und eventuell abräumen wollen.

In der aufgeheizten Stimmung Mitte Juni kam es dann sogar zu Schmierereien auf dem Sockel der massigen Figur von Winston Churchill vor dem Parlament in London: „Was a racist“, kritzelte ein Protestler auf den Stein. Spätestens da hörte der Spaß für Premierminister Boris John-

son auf. „Schändlich“ nannte der bekennende Churchill-Fan die Farbattacke auf den Kriegspremier, der Britannien ja „vor einer faschistischen und rassistischen Tyrannei“ gerettet habe. Die Proteste der BLM-Bewegung seien von Extremisten und Gewalttätern gekidnappt worden, kritisierte Johnson.

Auch Churchill betroffen

Linke Aktivisten werfen Churchill vor, er habe eine Hungersnot in Indien während des Weltkriegs zugelassen sowie abfällige Sätze über Inder, Afrikaner und Araber geäußert. Und einige Geschichtsbewusste erinnern sich, dass Churchill in den 1950ern die Parole „Keep Britain White“ (Haltet Britannien weiß) gegen schwarze Masseneinwanderung unterstützte.

Mitte Juni wurden dann eine ganze Reihe Statuen im Londoner Zentrum mit Holzverschlägen umhüllt, an dem Wochenende kamen rechte Fußballhooligans zu einer Demonstration, die angeblich die Statuen verteidigen sollte. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein schwar-

zer Aktivist rettete einen weißen Gegen-demonstranten, der von einem Mob beinahe zu Tode getreten wurde.

Auffällig war, dass die Presse nun viel aggressiver über die rechten Demonstranten schrieb als zuvor über den BLM-Mob, der in Bristol die Statue vom Sockel riss. Nach dem Vandalismus von Bristol forderte zwar Innenministerin Priti Patel, dass die Täter strafrechtlich verfolgt würden, aber die lokale Polizeiführung rechtfertigte das Nichtstun. Der Streit um die Statuen wirft Großbritannien in eine hitzige geschichtspolitische Debatte, die zunehmend von den „Antirassisten“ und „Antikolonialisten“ dominiert wird. Während der Fall von Edward Colston noch recht eindeutig ist – er war mit der Royal African Company daran beteiligt, mehrere 10.000 Sklaven aus Afrika nach Amerika zu verkaufen –, sind doch andere Fälle weit weniger klar. Premierminister William Gladstone, eine Ikone des britischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts, etwa wird beschuldigt, indirekt vom Sklavenhandel profitiert zu haben, denn sein Vater war Besitzer von Sklaven. Das reichte der Universität Liverpool, auf Druck von Aktivisten in aller Schnelle ein Gladstone-Studentenwohnheim umzubenennen. An der Universität Oxford fordern nun schon länger Tausende Studenten und eine Reihe Professoren, dass eine Statue von Cecil Rhodes entfernt wird. Rhodes war einer der maßgeblichen Figuren des britischen Imperialismus und Kolonialismus im südlichen Afrika.

„Weißes Geschichtsbild“ revidieren

Was die britische „Black Lives Matter“-Bewegung erreichen will, ist eindeutig: Das traditionelle „weiße“ Großbritannien soll sein Geschichtsbild revidieren und aufgrund historischer Sünden ein Schuld-bewusstsein entwickeln, ähnlich jenem, das man in Deutschland kultiviert. BLM-Aktivisten fordern von Polizisten, dass sie bei Demonstrationen vor ihnen niederknien. „Take the knee!“, heißt das. Außenminister Dominic Raab wurde in einer Radiosendung gefragt, ob er vor einer BLM-Demo in die Knie gehen würde. Er verneinte. Das tue er nur vor der Königin und seiner Ehefrau beim Hochzeitsantrag, sagte Raab. Den Kniefall vor den linken „Black Lives Matter“-Aktivisten bezeichnete er als eine Geste der Unterwerfung und Demütigung, die er ablehne.



Londoner Parlamentsviertel: Aktivisten haben Churchills Denkmal mit der Aufschrift „War ein Rassist“ beschmiert

Foto: pa

BLM IN FRANKREICH

Diskrete Unterstützung seitens der Regierung

Bisher noch kein Denkmalsturz: Linke als Väter des ideologischen Rassismus

In Frankreich mobilisieren seit dem Tod von George Floyd linke bis linksextreme Parteien von den Sozialisten bis hin zur La France Insoumise (LFI), professionelle Antirassisten und die Antifa auf der einen und Afrozentristen, Indigenisten, Islamisten und Einwandererbanden auf der anderen Seite für den Kampf nicht nur gegen den alten, weißen Mann, sondern gegen die gesamte europäische Zivilisation. Eine zentrale Rolle spielt die hochkriminelle, polygame Traoré-Familie aus Mali, die aus 17 Kindern und vier Ehefrauen besteht.

Seit der damals 24-jährige Dealer Adama, der während seines einjährigen Gefängnisaufenthalts einen Mitgefangenen vergewaltigte, 2016 bei seiner Verhaftung infolge eines Herzfehlers starb, versucht die Familie, aus Adama ein Opfer von Polizeigewalt zu machen. Sie ließ mehrfach

den Leichnam auf Steuerzahlerkosten obduzieren, und insbesondere Assa, eine Angestellte der Rothschild-Stiftung, stachelte die Banlieue-Banden wiederholt zu Aufständen an. Wer es wagt, den Traoré-Clan zu kritisieren, wird juristisch wegen Diffamierung verfolgt.

Verfahren gegen Politiker

Gegenwärtig laufen Verfahren gegen Marine Le Pen und Marion Maréchal von der Nationalen Sammlungsbewegung (RN) sowie den Fraktionschef im Regionalparlament Bourgogne-Franche Comté, Julien Odoul, die Moderatoren Jean-Jacques Bourdin (BFM) und Nicolas Poincaré (RMC) sowie gegen den Pariser Polizeipräfekten Didier Lallemant. Hinter Assa stehen zahlreiche ethnische Bewegungen, die von den französischen Geheimdiensten

aufgrund ihrer Ideologien und zum Teil wegen ihrer Verbindungen zur organisierten Kriminalität beobachtet werden. Die Linksextremisten der LFI fischen in diesem Milieu nach Wählern, um den gesellschaftlichen Umsturz herbeizuführen.

Die französische Regierung unterstützt die BLM-Bewegung diskret: So erklärte Innenminister Castaner am 9. Juni, dass „die Demonstrationen gegen Polizeigewalt zwar wegen der sanitären Krise weiterhin verboten“ seien, dass jedoch „die Gefühle das Rechtliche übersteigen“. Bereits am Tag zuvor hatte Castaner angekündigt, dass Polizisten beim geringsten Rassismusverdacht suspendiert werden und der Würgegriff bei Verhaftungen verboten ist. Seither ist das Verhältnis zwischen dem Innenminister und seiner Polizei völlig zerrüttet. Seit dem 10. Juni demonstrieren

Polizisten landesweit durch die symbolische Niederlegung der Handschellen gegen diese Maßnahmen – bisher erfolglos.

Zu großen Denkmalstürzen kam es in Frankreich bisher nicht. Das hat einen triftigen Grund: Die ideologischen Väter des Rassismus sind allesamt Aufklärer. Doch die Aufklärung und ihre Ideale sind offiziell das Fundament aller französischen Republiken seit 1789. Es war die freimaurerisch-laizistische republikanische Linke, die im 19. Jahrhundert die Kolonialisierung gegen die Rechte vorantrieb, um „den Wilden“ die „Zivilisation“ zu bringen. Fallen ihre Sockelheiligen, fällt die Republik. Lediglich Colbert, der Finanzminister des Ancien Régime, läuft bisher Gefahr, aus dem nationalen Gedächtnis eliminiert zu werden. In Thionville wurde das Gymnasium mit seinem Namen in Lycée Rosa Parks umbenannt.

CORONA-FOLGEN

Furcht vor dem Inflationsmonster

Die Europäische Zentralbank lässt zur Bekämpfung der Pandemiefolgen Unmengen frisches Geld pressen. Droht eine Hyperinflation wie 1923, oder gibt es Unterschiede?

VON DIRK PELSTER

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Inflation. Allein in diesem Jahr wird die Europäische Zentralbank (EZB) über diverse Anleihekaufprogramme rund 1,1 Billionen Euro frisches Geld in den gemeinsamen Währungsraum pumpen. Zusätzlich legen die einzelnen Nationalstaaten riesige Rettungs- und Konjunkturpakete zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise auf. Vielen Bürgern stellt sich inzwischen die Frage, ob ihr Vermögen in einem Jahr noch denselben Wert hat wie heute.

Parallelen zu 1923

Die fatalen Folgen einer massiven Geldentwertung für das Leben der Menschen haben sich gerade hierzulande tief in das kollektive Bewusstsein hineingefressen. Noch heute wissen viele Deutsche zumindest vom Hörensagen Anekdoten aus der eigenen Familiengeschichte zu berichten, in denen die Urgroßmutter nach dem Ersten Weltkrieg selbst einfache Dinge des alltäglichen Bedarfs mit einer Schubkarre voller Geldscheine mit Milliardenbeträgen einkaufen musste.

Obwohl die historischen Hintergründe der Hyperinflation von 1923 den meisten Menschen heute unbekannt sind, weisen sie doch erstaunliche Parallelen zur aktuellen Situation auf. Damals war das Deutsche Reich nicht mehr imstande, die ihm auferlegten Reparationen an die Siegermächte zu zahlen. Kurzerhand marschierten deren Truppen in das Ruhrgebiet ein, um sich an den dort produzierten Gütern schadlos zu halten. Die Reichsregierung rief daraufhin in dem besetzten Gebiet zum Generalstreik auf.

Obwohl das Wirtschaftsleben dort damit praktisch zum Stillstand kam, zahlte Berlin weiterhin die Gehälter seiner Bediensteten und ließ auch der restlichen Bevölkerung großzügige Hilfen zukommen, die allein durch das Anwerfen der Notenpresse finanziert wurden. Dies führte schließlich zur größten Geldentwertung in der deutschen Geschichte.

Preise werden wahrscheinlich fallen

Auch in der aktuellen Corona-Krise wurden große Teile der Wirtschaft auf Null heruntergebrems, und der Staat ist für



Als die Reichsbank wertloses Geld druckte: Zwei-Millionen-Mark-Banknote von 1923

Foto: Mauritius

die Verdienstauffälle von Betrieben und Arbeitnehmern eingesprungen. Das Geld für diese Hilfen wird über neu aufgenommene Schulden bereitgestellt. Mittels groß angelegter Programme kauft die EZB Staatspapiere der emittierenden Länder an den Kapitalmärkten auf. Erstmals will zudem die EU eigene Schulden für Konjunkturpakete aufnehmen, obwohl ihr dies eigentlich verboten ist.

Die Frage, ob diese jetzt in Gang gesetzte Geldschwemme zu einer neuen Hyperinflation führen kann, ist daher durchaus naheliegend. Doch auch wenn sich die historische Parallele zur Lage im Deutschland von 1923 geradezu aufdrängt, wird die derzeitige Situation durch eine Vielzahl weiterer Faktoren mitbestimmt.

Zunächst haben die durch die Regierungen in Europa verordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu einem Einbruch der Realwirtschaft geführt. Angesichts der damit verbundenen Unsicherheiten, ist davon auszugehen, dass sich die meisten Verbrau-

cher in den kommenden Monaten bei ihrem Kaufverhalten in Zurückhaltung üben werden. Die derzeitigen staatlichen Hilfen liegen zudem weit unterhalb ihrer bisherigen Einkünfte und bieten somit keinen zusätzlichen Anreiz zum Konsum. Zunächst werden die Preise vieler Güter daher fallen.

Bankenkrise als Folge

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die EZB mit ihrer Politik des billigen Geldes schon in der Vergangenheit nur begrenzten Erfolg hatte. Das postulierte Ziel einer jährlichen Inflationsrate von rund zwei Prozent wurde zuletzt regelmäßig unterschritten. Zwar werden die Verbraucherpreisindizes mit recht dubiosen Methoden berechnet, sodass tatsächlich eine sehr viel höhere Geldentwertung unterstellt werden kann, aber dennoch war diese nie so hoch wie man sie sich in Frankfurt gerne gewünscht hätte.

Der Grund hierfür ist, dass das frisch gedruckte Geld vor allem in Vermögens-

werte wie Immobilien und Wertpapiere floss und dort zu immensen Preissteigerungen geführt hat.

Auch jetzt zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. So ist der DAX seit dem Beginn des Lockdowns im März um fast 50 Prozent gestiegen, obgleich die in diesem Index notierten Unternehmen dauerhaft mit erheblichen Gewinneinbrüchen zu kämpfen haben. Derzeit sieht es so aus, als wenn erneut der Großteil des frischen Geldes vor allem bei dem Teil der Bevölkerung ankommt, der bereits über beachtliche Vermögenswerte verfügt, wohingegen die Mehrheit der Deutschen mittelfristig nur mit einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreise rechnen muss.

Allerdings ist stark anzunehmen, dass der ausklingenden Corona-Krise noch innerhalb des nächsten Jahres eine massive Krise des bereits angezählten Bankensystems in Europa folgen wird. Abhängig von der Reaktion der EZB und der einzelnen Staaten hierauf wird sich die Frage nach einer Inflation dann erneut stellen.

VERKAUFSPOLITIK

Pekings Stiefellecker-Liste

Kotau der Wirtschaft vor China – Hollywood wie auch deutsche Firmen kapitulieren aus falscher Rücksicht

Erste Ausschnitte des Spielfilms „Top Gun 2“ haben in den USA eine Debatte befeuert, ob westliche Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen allzu oft den Kniefall vor der kommunistischen Führung in China üben. In der von Paramount Pictures produzierten Fortsetzung des 1986 entstandenen Filmklassikers „Top Gun“ um einen US-Navy-Piloten spielt abermals Tom Cruise die Hauptrolle.

Wie ein aufmerksamer Filmfan in einem der vorab veröffentlichten Ausschnitte entdeckt hat, haben die Filmemacher an der Kleidung des Hauptdarstellers im Vergleich zum ersten „Top Gun“-Film eine Veränderung vorgenommen. Im Jahr 1986 war auf der Jacke von Tom Cruise noch ein Aufnäher mit der Flagge Taiwans zu sehen. In der Fortsetzung ist zwar die Jacke wiederzuerken-

nen, aber die kleine Taiwan-Flagge ist verschwunden. Branchenexperten vermuten hinter der Änderung das Bemühen der Filmfirma, den Film auch in der Volksrepublik China zeigen zu können.

Auch unterwürfige deutsche Firmen

Ein derartiges Vorgehen wäre kein Einzelfall. Einige Beobachter bemängeln schon länger, dass sich US-Firmen den Propaganda-Vorgaben der Pekinger Führung beugen, um in China Geschäfte machen zu können. Dabei gelten drei Themen als besonders heikel: Taiwan, Tibet und Tiananmen.

Mittlerweile kursiert im Internet sogar eine „Chinas bootlickers list“, eine Liste von Firmen, denen vorgeworfen wird „Chinas Stiefellecker“ zu sein. Aufgeführt sind reihenweise US-Konzerne,

aber auch zwei deutsche Autobauer: Daimler hatte im Jahr 2018 auf Instagram ein Zitat des geistlichen Oberhauptes der Tibeter verwendet. Das Stuttgarter Unternehmen löschte das Dalai-Lama-Zitat aber wieder sehr schnell und entschuldigte sich obendrein, die Gefühle der Chinesen verletzt zu haben.

Im Jahr zuvor hatte Audi bei einer Jahrespressekonferenz eine Karte der Volksrepublik gezeigt, auf der Taiwan und Tibet fehlten. Als Folge entlud sich über Audi im Reich der Mitte ein Proteststurm. Das Ingolstädter Unternehmen löschte daraufhin die Landkarten und die entsprechenden Medien-Inhalte.

Keine patriotische Hilfeleistung

Zumindest in den USA wird diese Form der Unterordnung gegenüber der chinesi-

schen Führung zunehmend in Frage gestellt. Der US-Senator Ted Cruz hat im Mai einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Der republikanische Senator will damit Hilfeleistungen der US-Regierung für Filmproduktionen einschränken, wenn in den Filmen Anpassungen vorgenommen werden, die einen Zutritt zum Markt in China sichern sollen.

Treffen würde dieses Gesetz Filme wie etwa „Top Gun 2“. Paramount Pictures konnte sich bei den Dreharbeiten für die rund 140 Millionen Euro teure Produktion auf eine umfangreiche Unterstützung durch das US-Verteidigungsministerium stützen. Die Filmemacher konnten auf Marineeinrichtungen in Kalifornien und Nevada drehen und sogar F/A-18 Kampjets und Marinehubschrauber für Aufnahmen nutzen.

Norman Hanert

● MELDUNGEN

Wackelige Basis für Tesla-Bau

Palo Alto/Potsdam – Der E-Autobauer Tesla macht beim Bau seiner europäischen Gigafactory bei Berlin rapide Fortschritte. Nach Ansicht der Brandenburger Landesregierung kommt das Projekt so schnell voran, dass schon im September „deutlich etwas vom Rohbau“ zu sehen sein könnte. Demnach überholt die Gigafabrik im märkischen Grünheide beim Bautempo sogar die Tesla-Fabrik im chinesischen Shanghai. Weil die komplette umweltrechtliche Genehmigung für das Projekt bei Berlin noch aussteht, hat Tesla die Bauarbeiten bisher auf eigenes Risiko als sogenannte vorzeitige Maßnahmen vorangetrieben. Ohne Genehmigung hat das Unternehmen dabei auch in Grundwassernähe Pfähle in den Boden geschlagen. Das Landesumweltministerium stoppte daraufhin die Pfahlsetzungen. Vom Landkreis Oder-Spree wurde zudem gegen Tesla ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit eingeleitet. N.H.

Insolvenzwelle nur verschoben

Düsseldorf/Berlin – Mit 92 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen belegt Berlin im deutschlandweiten Pleite-ranking der Wirtschaftsauskunftei Creditreform in der ersten Jahreshälfte den zweiten Platz. Noch schlechter schnitt lediglich Bremen ab. Für den Stadtstaat ermittelte die Wirtschaftsauskunftei einen Wert von 116 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Der Bundesdurchschnitt lag in der ersten Jahreshälfte bei 54 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Creditreform rechnet damit, dass mit dem Auslaufen der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht Ende September die Zahl der Insolvenzanträge erheblich zunehmen wird, sodass es zu einer Insolvenzwelle kommt. Durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und staatliche Unterstützungsmaßnahmen habe sich das Insolvenzgeschehen in der ersten Jahreshälfte von der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation abgekoppelt. N.H.

US-Mietern droht Rauswurf

New York – Auf die USA rollt eine Welle von Zwangsräumungen zu, fürchtet das Wohnungsportal „Apartment List“. Nachdem zeitweise bis zu 40 Millionen US-Bürger infolge der Corona-Restriktionen ihre Arbeit verloren haben, könnten viele ihre Miete nicht mehr zahlen oder ihren Immobilienkredit bedienen; eine hohe Zahl von Zwangsräumungen droht. Im Juni blieb dem Bericht zufolge jeder dritte US-Bürger seine Miete oder seine Kreditkosten schuldig. Bis Ende Juli erhalten Arbeitslose noch 600 Dollar pro Woche von der Bundesregierung, zusätzlich zu regionalen Hilfen. Wenn diese Unterstützung ausläuft, könnten bis zu 28 Millionen Menschen ihre Wohnung verlieren, schreibt die „Welt“. Einziger Lichtblick: Die Krise bedeutet einen Dämpfer für die teils astronomisch gestiegenen Immobilienpreise. In San Francisco etwa gilt wegen hoher Wohnkosten eine Familie bereits als „bedürftig“, wenn sie weniger als 120.000 Dollar (rund 107.000 Euro) jährlich verdient. H.H.

KOMMENTAR

Listiger Servicebeitrag zum „Beitragsservice“

ERIK LOMMATZSCH

Man mag das öffentlich-rechtliche Angebot nicht mehr sehen, hören oder online lesen. Nicht die Nachrichtensendung mit London-Korrespondentin Annette Dittert, die seit Jahren erklärt, dass eigentlich alle Briten gegen den Brexit seien. Wenn sie dann doch falsch abstimmen und nicht einmal ein zweites Referendum ermöglichen, dann sagt sie ihnen, wie dumm das sei, weil sie die immensen wirtschaftlichen Folgen nicht sehen. Etwa so bedrohlich wie die zweite Corona-Welle, die in ARD, ZDF, Deutschlandlandradio und deren Ablegern noch vor wenigen Wochen penetrant und faktenfrei-angstschürend vorhergesagt wurde.

Man mag sich nicht täglich darüber wundern, warum Donald Trump noch im Amt ist, wenn er tatsächlich ein solch debiler Vollidiot sein sollte, als der er stets präsentiert wird. Man mag keinen Sonntagabendkrimi mehr sehen, bei dem man weiß, dass der zu Anfang Verdächtige mit Migrationshintergrund sich am Ende definitiv nicht als Täter herausstellen kann. Man mag keine Pfarrerin mehr sehen, die im März im „Wort zum Sonntag“ ausrief: „Wir müssen die Parlamente stürmen, in denen die Neofaschisten sitzen.“

Man mag nichts mehr über Hetzjagen in Chemnitz von 2018 hören, von denen es, im Unterschied zu den Angriffen auf die Polizei und die Verwüstungen in Stuttgart am letzten Wochenende, keine Bilder gibt. Die Vorgänge im Südwesten galten den öffentlich-rechtlichen Sendern verdächtig schnell als „nicht politisch motiviert“, die Täter wurden in die neu erfundene Rubrik „Party- und Eventszene“ einsortiert.

Nein, zum Konsum des Ganzen wird niemand gezwungen. Wohl aber dazu, diese Programme zu bezahlen. So um die acht Milliarden Euro kassiert der „Beitragsservice“ jährlich. Da schlägt das Gehalt des WDR-Intendanten und ARD-Vorsitzenden Tom Buhrow mit etwa 400.000 Euro nicht so sehr zu Buche. Der GEZ – die inzwischen veraltete Bezeichnung für den „Beitragsservice“ hat sich weitgehend erhalten – entkommt, abgesehen vom kleinen Kreis der Zahlungsbereiten, niemand.

An der Berechtigung der Abgabe zweifelten schon vor der Selbstumformung der Sender zu Regierungssprach-

rohren viele. Aber obwohl gelehrte Arbeiten die Verfassungswidrigkeit der „verdeckten Zwecksteuer“ darlegen – kassiert und vollstreckt wird trotzdem.

Jetzt wird die Abgabe auch noch hochgesetzt. Mitte Juni haben das sämtliche Ministerpräsidenten so beschlossen. Nicht mehr 17,50 Euro sind dann pro Haushalt im Monat fällig, sondern 18,36 Euro. Die Länderparlamente müssen noch ihren Segen geben; bereits eine widersprechende Abstimmung könnte die Erhöhung stoppen, aber das ist kaum zu erwarten.

Protest durch Barzahlung

Wehren kann man sich gegen die Zahlung nicht. Aber doch einiges unternehmen, um nicht völlig dem Gefühl zu erliegen, der seltsamen Institution „Beitragsservice“ ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Beispielsweise gibt der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel auf seiner Internetseite entsprechende Hinweise. So steht einem Auskunft über die eigenen gespeicherten Daten zu, welche der „Beitragsservice“ innerhalb eines Monats erteilen muss – was dort Aufwand bereitet und innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen muss.

Das kann meist nicht geleistet werden und gibt einem wiederum Grund für Beschwerden. Wirksamer ist das Ansinnen, Einzugsermächtigung und Überweisung zu verweigern und auf der Barzahlung des „Beitrags“ zu bestehen.

Laut Paragraph 14 Bundesbankgesetz besteht dazu die Berechtigung. Besonders tiefe Einblicke in die Verfasstheit des „Beitragsservices“ gibt die Tatsache, dass man auf das Ansinnen, bar zu bezahlen, ein Formschreiben mit einem Hinweis auf ein überholtes Urteil erhält – dem durch eine höhere Instanz schon vor einiger Zeit widersprochen wurde.

Momentan liegt die Barzahlungsan gelegenheit – nicht die Berechtigung der Zwangsgebühr an sich – beim Europäischen Gerichtshof. Derweil, so Steinhöfel, könne man, in Ermangelung von „Beitragsservice“-Kassen, das Geld ja auch einfach per Post an Tom Buhrow persönlich schicken.

Vor einigen Jahren hätte man so etwas als kindische Stichelei empfunden, die unterm Strich nichts bringt und eher, wenn auch überschaubar, Aufwand und Kosten verursacht. In Anbetracht der gegenwärtigen medialen Zumutungen ist der Blick darauf ein anderer.



Rückzug: Philipp Amthor nach seinem Verzicht auf die Kandidatur zum CDU-Landesvorsitz

Foto: pa

LEITARTIKEL

Amthor und die Folgen

RENÉ NEHRING

Philipp Amthor hat einen Fehler begangen. Wie der „Spiegel“ enthüllte, hat sich der junge CDU-Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern für eine Nebentätigkeit durch ein New Yorker Start-up-Unternehmen anwerben lassen. Amthor hat die Vorwürfe umgehend bestätigt und Konsequenzen gezogen. Die wichtigste war der Verzicht auf die Kandidatur für den vakanten Landesvorsitz seiner Partei in Mecklenburg-Vorpommern.

Obwohl Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble am vergangenen Sonntag erklärte, dass er aus den bisherigen Veröffentlichungen nicht erkennen könne, dass Amthor „sich an irgendeine der geltenden Regelungen nicht gehalten hat“ – nicht zuletzt, weil der Abgeordnete die Nebentätigkeit von sich aus bei der Bundestagsverwaltung angezeigt hatte – fielen die Kommentatoren über ihn her: „Ganz alte Schule“, „Gier ist geil“, „Hochfliegend, tieffliegend“ waren die – zum Teil sehr ins Persönliche gehenden – Kommentare überschrieben.

Die Intensität der Berichterstattung, die auch nach Amthors Rückzug von seiner Kandidatur weiterging, wirft Fragen auf: Sollte hier etwa ein Abgeordneter zu Fall gebracht werden, weil er zu denjenigen Politikern in der Union gehört, die als „konservativ“ gelten? Vor wenigen Monaten wurde enthüllt, dass die Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD), die für die Arbeiter-

wohlfahrt (AWO) eine Kindertagesstätte leitet, ein Gehalt bezogen hat, das rund 1000 Euro über ihren eigentlichen Bezügen liegt, sowie obendrein einen Dienstwagen gestellt bekam. Da die AWO mit dem Kindergarten eine Leistung für die Stadt Frankfurt erbringt, wird ihr Gehalt von der Kommune erstattet. Damals freilich blieb die mediale Empörung – abgesehen von ein paar lauen Berichten – aus. Genosse Feldmann ist bis heute im Amt.

Ein ganz eigenes Feld ist der Bereich der Grünen-nahen NGO

Wie immer, wenn die Nebenverdienste von Politikern aufgedeckt werden, kam nun wieder die Forderung nach einem Lobbyregister auf, in dem alle Nebentätigkeiten der Abgeordneten aufgelistet werden. Neben der Organisation LobbyControl äußerten sich insbesondere Politiker von Bündnis 90/Die Grünen in diesem Sinne. Natürlich ist gegen diese Forderung nichts einzuwenden. Schließlich haben die Bürger das Recht zu wissen, welchen ökonomischen Interessen sie ihre Stimme geben, wenn sie Herrn A oder Frau B wählen.

Doch sollten in dieses Register auch die wirtschaftlichen Verflechtungen der Grü-

nen aufgeführt werden. Noch immer gelten die Funktionäre der Ökopartei – nicht zuletzt dank wohlwollender medialer Begleitung – als Altruisten, die sich selbstlos der Rettung der Welt verschrieben haben.

Dabei sind – unter anderem dank großzügiger Protektion und Subventionierung durch die Politik – längst millionen- und milliardenschwere „Öko“- und „Bio“-Unternehmen entstanden, die sehr wohl wissen, wem sie ihren Aufstieg verdanken und wem sie entsprechend verpflichtet sind. Schloss Marienfels über dem Rhein, zum Beispiel, wurde 2012 vom Entertainer Thomas Gottschalk für 6,2 Millionen Euro zum Verkauf angeboten – und fand in Frank Asbeck, Chef des Solarunternehmens SolarWorld, einen glücklichen Käufer. Für das Grünen-Mitglied Asbeck war es bereits das zweite Schloss; was vermuten lässt, dass sich in der Solarbranche durchaus gutes Geld verdienen lässt.

Ein ganz eigenes Feld ist der Bereich der Grünen-nahen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NGO), die ebenfalls vorgeben, die Natur oder gar die Welt zu retten – und im Alltag doch nur undurchsichtige Lobbyarbeit betreiben. Erinnert sei hier an den Furor der Deutschen Umwelthilfe e.V. im vergangenen Jahr gegen den Diesel.

Wenn also, wie es derzeit aussieht, demnächst tatsächlich ein Lobbyregister eingeführt wird, dann sollten darin auch alle Verflechtungen von Politik, Wirtschaft, Verbänden und NGO enthalten sein. Ansonsten mögen auch die Ankläger im Fall Amthor bitte schweigen.

PORTRÄT

Plötzlich im Spiel

Beim wichtigsten politischen Amt in Mecklenburg-Vorpommern scheint es sich momentan um den Landesvorsitz der CDU zu handeln. Dabei war der bisherige Amtsträger Vincent Kokert, der aus familiären Gründen zurücktrat, kaum über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Dafür kannte im ganzen Land jeder den Jungspund Philipp Amthor, der als Nachfolger bereitstand, um aus dieser Position Manuela Schwesig bei der Ministerpräsidentenwahl herauszufordern.

Nachdem Amthors Karriereeifer jetzt aber von Lobbyismussvorwürfen gestoppt wurde (siehe oben), kommt wieder ein bundesweit eher unbeschriebenes Blatt ins Spiel um den CDU-Vorsitz. Der Kommunalpolitiker Michael Sack, früher Bürgermeister von Loitz und gegenwärtig

Landrat von Vorpommern-Greifswald, soll es werden. Ein Landesparteitag im August muss seine Wahl noch bestätigen.

Bei den Delegierten dürfte er einen Stein im Brett haben, nachdem er bei seinem Sieg als Landrat im Jahr 2018 nicht nur die Vorherrschaft der Linken brach,



FOTO: PA

Soll bald CDU-Chef in „Meck-Pomm“ werden: Michael Sack

sondern auch die AfD in Schach hielt. Die CDU feiert das bereits als Erfolg in einem Bundesland, in dem es für sie zuletzt wenig zu holen gab. Der 47-jährige Sack, aus der Hansestadt Demmin gebürtig und Vater dreier Kinder, ist praktisch das Gegenstück zu dem Berufspolitiker Amthor. Nach seiner mittleren Reife hat Sack in der Uckermark Bauzeichner gelernt, ehe er in Loitz das Abitur nachholte, in Weimar Bauingenieurswesen studierte, um dann als Berufsschullehrer zu arbeiten.

Und anders als der umtriebige Amthor kam Sack, abgesehen von Lehrjahren in Brandenburg und Thüringen, selten aus seiner Heimat heraus. Seit 2009 ist er in der CDU, schon ein Jahr später war er Bürgermeister. Und demnächst vielleicht Ministerpräsident seines Landes? H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Trostpreis für Midori

Japanische Stargeigerin erhält Brahmspreis, würde aber viel lieber vor einem deutschen Publikum spielen

VON ANDREAS GUBALLA

Jetzt im Sommer hätte die Musikfestivalsaison beginnen sollen, bei der Weltstars auch einmal außerhalb der gewohnten Konzertsäle zu erleben sind. Ende August sollte die japanische Stargeigerin Midori beim Schleswig-Holstein-Musikfestival (SHMF) im dänischen Sonderburg und in der Reithalle von Elmshorn das Violinkonzert von Jean Sibelius aufführen. Daraus wird nun nichts. Das Festival, das am 4. Juli eröffnet werden sollte, ist wegen Corona abgesagt. Dafür kann sich Midori mit dem mit 10.000 Euro dotierten Brahmspreis trösten, den ihr die vom SHMF-Initiator Justus Frantz und dem Geiger Sir Yehudi Menuhin 1987 gegründete Brahms-Gesellschaft für dieses Jahr zuerkannt hat. Bei der Gelegenheit erzählte die 48-Jährige der PAZ, wie stark sie von der Pandemie betroffen ist.

PAZ: Wie geht es Ihnen? Sind Sie sicher und gesund?

Midori: Mir geht es gut, vielen Dank. Ich wohne momentan im Haus meiner Mutter in New York und gehe nur vor die Tür, um die notwendigsten Dinge zu erledigen. In meinem eigenen Apartment bin ich seit sechs Wochen nicht gewesen.

Was tun Sie während der Ausgangsbeschränkungen?

Ich übe ziemlich konsequent und regelmäßig. Das ist meine heilige Zeit, in der mich niemand stören darf. Seit Oktober unterrichte ich am Curtis Institute of Music in Philadelphia. Wir sind seit vier Wochen verpflichtet, Online-Vorlesungen abzuhalten und nicht darauf zu warten, bis sich ein normaler Lehrbetrieb einstellt. Die meisten meiner Schüler sind zurzeit in Asien, weil sie ihre Länder nicht verlassen dürfen. Deshalb unterrichte ich wegen der Zeitverschiebung oft sehr spät in der Nacht oder am frühen Vormittag. Außerdem nutze ich die Ausgangssperre zum Üben, zum Lesen, zum Schreiben oder zum Telefonieren mit Freunden.

Viele Kollegen nutzen die Krise und streamen Wohnzimmerkonzerte im Internet. Ist das für Sie eine Option, um mit Fans und Freunden in Kontakt zu bleiben?

Mir fehlen im Haus meiner Mutter dafür leider die technischen und räumlichen



Brahmspreis statt Festivalauftritte: Die japanische Violinistin Midori mit ihrer Guarneri von 1734 Foto: Timothy Greenfield-Sanders

Möglichkeiten. Aber ich habe mit Hilfe von Freunden übers Internet kurze Animationsfilme für Kinder entwickelt, die über das Coronavirus und die wichtigsten Hygieneregeln informieren sowie Tipps geben, was man zu Hause machen kann. Diese sind auf YouTube zu sehen. Außerdem plane ich gerade mit ehemaligen, langjährigen Studenten ein Online-Klassentreffen, das wir in einigen Wochen abhalten wollen. Es gibt also mindestens eine positive Sache in der Krise, die Menschen via Internet zusammenbringt.

Wann glauben Sie, wieder auf der Bühne stehen zu können?

Das kann momentan niemand sagen. Die Zahl der Infizierten in den USA, insbesondere in New York, steigt täglich dramatisch. Wir müssen abwarten, wann die Behörden die Kontakt- und Ausgangssperre aufheben.

Was machen Sie als Erstes, wenn alles vorbei ist?

Der gesellschaftliche Erholungsprozess, der hoffentlich sehr bald eintreten wird,

wird für alle schmerzhaft und nicht reibungslos verlaufen – weder in psychischer, spiritueller, gesundheitlicher noch finanzieller Hinsicht. Es gibt viele Menschen, die ihren Job oder Angehörige verloren und großes Leid erlebt haben. Ich möchte den Menschen etwas zurückgeben, die während der Krise unermüdlich geholfen haben, dieses Leid zu lindern. Und zwar durch meine Musik, zum Beispiel durch Live-Auftritte. Dafür möchte ich mich fit halten und das ist meine Motivation, jeden Tag fleißig zu üben.

Anfang Mai hätten Sie in die schleswig-holsteinische Provinz nach Dithmarschen kommen sollen, um den Brahmspreis entgegenzunehmen. Was bedeutet die Auszeichnung für Sie?

Ich fühle mich geehrt, denn besonders das Violinkonzert von Brahms und sein Doppelkonzert für Violine und Cello sind für uns Streicher monumentale Werke. All seine Kompositionen sind bedeutend, alle einzigartig und verschieden, aber dennoch unbestreitbar typisch Brahms. Ich hoffe, den Preis so bald wie möglich persönlich entgegennehmen und vor deutschem Publikum auftreten zu können.

SHMF: „Sommer der Möglichkeiten“

Vom 4. Juli bis 30. August hätte das Schleswig-Holstein-Musikfestival stattfinden sollen, musste aber coronabedingt abgesagt werden. Dafür gibt es das im Fernsehen, Radio und Internet übertragene Ersatzprogramm „Sommer der Möglichkeiten“ ohne Konzertpublikum.

Am 5. Juli um 20.15 Uhr übertragen 3sat und NDR Kultur das Eröffnungsfest unter anderem mit der Cellistin Sol Gabetta und Werken von Bach bis Grieg.

Im Radio auf NDR Kultur zu hören sind am 26. Juli um 11 Uhr das Mahler Chamber Orchestra, am

9. August um 11 Uhr ein Harfenkonzert mit Xavier de Maistre, am 16. August und 13. September die „Carl Nielsen-WG“ mit Werken des dänischen Komponisten sowie auf NDR1 Welle Nord „Das SHMF singt“ (9.7., 16.7., 23.7., 30.7., 13.8., 20. und 27.8. jeweils um 19.20 Uhr).

LITERATUR

Eine wichtige „Überflüssige“

Vor 100 Jahren nahm sich die Schriftstellerin Lena Christ das Leben – Ein autobiografischer Roman machte sie bis heute bekannt

1985 erlangte die damals 66-jährige Anna Wimschneider mit ihren Lebenserinnerungen einer Bäuerin „Herbstmilch“ einen späten Ruhm. Ähnlich verhielt es sich bei einer bayerischen Landsmännin von ihr, die schon 1912 ihr hartes soziales Los in einem autobiografischen Roman festgehalten hatte und einen Bestseller schuf.

In ihren auch heute noch aufgelegten „Erinnerungen einer Überflüssigen“ schilderte die damals 31-jährige Lena Christ ihre in der elterlichen Familie und der Ehe erlittenen Misshandlungen. Diese nahmen sie so stark mit, dass sie sich nur acht Jahre später, am 30. Juni 1920, mit einer Dosis Zyankali das Leben nahm.

Die Autorin wurde am 30. Oktober 1881 als Magdalena Pichler im zum Landkreis Ebersberg gehörenden oberbayerischen Glonn geboren. Das unehelich geborene Mädchen ging als billige Arbeitskraft durch die irdische Hölle, überlebte körperliche Misshandlungen, Schwächeanfälle sowie Krankheiten und plante zahllose Fluchtversuche. Als sie 19-jährig heiratete, hoffte sie auf eine Erlösung von ihrer Pein bei der rücksichtslosen Mutter. Aber sie geriet vom Regen in die Traufe. Der Mann entpuppte sich als Säufer, der seine Frau als Gebärmaschine ansah. Binnen Kurzem gebar sie sechs Kinder. Die junge Frau flüchtete, überstand weitere



Ist den Bayern heilig: Lena-Christ-Büste in der Münchener Ruhmeshalle Foto: pa

Turbulenzen und traf 1911 auf den Schriftsteller Peter Benedix, der ein Verfasser von Lyrik, Prosa und Theaterstücken war.

Benedix erkannte ihr Erzähltalent und ermutigte die Freundin zur Niederschrift ihrer Erlebnisse. Der Erfolg ihres unter dem Pseudonym Lena Christ veröffentlichten Romanerstlings sollte sie für alles zuvor erlittene Leid entschädigen. Ihr in Schilderungen des ländlichen Lebens sowie des Münchner Kleinbürgertums eingebettetes Schicksal erreichte durch dialektgefärbte Dialoge eine bis dahin nicht erreichte ungewöhnliche Natürlichkeit.

Benedix und Christ heirateten. Alles schien gut. Nach dem Debüterfolg er-

schielen mit „Matthias Bichler“, womit sie ihrem Großvater ein literarisches Denkmal setzte, und der „Rumplhanni“ weitere Erfolgsgeschichten von ihr und sie übertraf in der Bekanntheit sogar ihren Mann. Bald kriselte die Ehe, und Christ wurde von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt. Sie versah unbedeutende Bilder von Benedix mit großen Namen. Die Fälschungen flogen auf. Die kurzzeitige Erfolgsautorin gedieh nun zum Spielball der Presse. Geldnot, Gesundheitsprobleme und die drohende Gefängnisstrafe bewogen sie schließlich dazu, Gift zu nehmen. So starb sie vor 100 Jahren im Alter von nur 38 Jahren. M. Stolzenau/H. Tews

MELDUNGEN

Schrittweise SPK-Öffnungen

Berlin – Seit diesem Wochenende sind die meisten Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) nach dem Corona-Lockdown wieder geöffnet. Dabei sind Sonderöffnungszeiten zu beachten. Das Charlottenburger Museum für Fotografie in der Lebensstraße 2, das jetzt mit „Wolfgang Schulz und die Fotoszene um 1980“ eine Ausstellung über den Herausgeber der in den 1970er und 80er Jahren einflussreichen Zeitschrift internationaler Fotokunst „Fotografie“ wiedereröffnet ist, kann nur von Donnerstag bis Sonntag von 11 bis 20 Uhr besucht werden. Das Museum Europäischer Kulturen, das am 27. Juni mit als letztes wiedereröffnet wird, ist nur von Sonnabend bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr zugänglich. Wie bei fast allen SPK-Institutionen ist der Museumsbesuch bis auf Weiteres ausschließlich mit einem Zeitfensterticket möglich, das man im Internet über www.smb.museum/tickets buchen kann. Das gilt auch für die Kleist-Ausstellung „O Du meine Allertheuerste ...“ im Geheimen Staatsarchiv und für die Beethoven-Sonderausstellung „Diesen Kuß der ganzen Welt!“ in der Staatsbibliothek Unter den Linden. Dort sind einen Monat lang von Dienstag bis Sonnabend, 14 bis 19 Uhr, bei freiem Eintritt zahlreiche Originalhandschriften des Komponisten zu sehen. Bereits seit Mai sind Medien aus den SPK-Bibliotheken wieder ausleihbar, und seit dem 22. Juni sind auch die Lesesäle wieder zugänglich. Dafür ist neuerdings jedoch eine vorherige Anmeldung erforderlich. tws

Lenz-Preis für Putin-Gegnerin

Hamburg – Der diesjährige Siegfried-Lenz-Preis geht an die russische Schriftstellerin Ljudmila Ulitzkaja. Zu den bekanntesten Prosawerken der 77-jährigen Autorin, die sich zuletzt bei Protesten gegen Putin politisch engagierte, zählen „Die Kehrseite des Himmels“ und „Jakobsleiter“. Der mit 50.000 Euro dotierte Siegfried-Lenz-Preis wird seit 2014 alle zwei Jahre in Hamburg vergeben. tws

WÄHRUNGSUNION

Als die D-Mark die Mark der DDR ablöste

Vor 30 Jahren, am 1. Juli 1990, traten mit dem DDR-Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) sowie der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wichtige Rechtsgrundlagen in Kraft, welche die sozialistische Planökonomie in Mitteldeutschland beseitigen und so den Weg für einen Beitritt zum Bundesgebiet ebnen sollten.

Trotz verfallender Infrastruktur und teilweisen Versorgungsgapsen waren die wirtschaftlichen Kennziffern der DDR keineswegs so schlecht, wie dies nach wie vor gerne behauptet wird. Im internationalen Vergleich lag die Volksdemokratie auch zu ihrem Ende hin immerhin auf Platz 10 der leistungsstärksten Volkswirtschaften der Erde. Und die vielbeschworene Pleite der DDR entpuppt sich im Wesentlichen als Mär. Während die Pro-Kopf-Staatsverschuldung der Mitteldeutschen 1989 bei umgerechnet rund 3650 D-Mark lag, standen die Bundesbürger im Westen bereits mit fast dem fünffachen Betrag in der Kreide. Allerdings war die Führung in Ost-Berlin weder Willens noch in der Lage, sich über Kredite bei der Weltbank oder auf westlichen Anleihemärkten zu refinanzieren.

Die DDR hatte in vielen Sparten zwar längst den Anschluss an den Weltmarkt verloren, allerdings war sie auf anderen Feldern, wie etwa dem Kalibergbau oder bei der Herstellung optischer Geräte, durchaus wettbewerbsfähig. Zudem ist die tiefe wirtschaftliche Integration der DDR in dem sozialistischen Staatenblock zu berücksichtigen. Als man zum 1. Juli 1990 ihre Währung per Gesetz künstlich zum 1:1-Kurs auf das Niveau



Mark der DDR (links) und D-Mark

der fünfmal so starken D-Mark konvertierte, waren damit ihre ostmittel- und osteuropäischen Handelspartner gezwungen, die exportierten Produkte zu einem Vielfachen des eigentlichen Wertes abzunehmen. Die Betriebe der DDR konnten ihre Produktionskosten nicht absenken, um konkurrenzfähig zu bleiben, denn insbesondere die Löhne der Arbeitnehmer waren ebenfalls 1:1 auf D-Mark umgestellt worden. Über Nacht brachen damit die Absatzmärkte in der östlichen Hälfte Europas weg.

Während die Währungsunion den intakten Teilen der DDR-Wirtschaft den Todesstoß versetzte, übernahm die Treuhand ihre Abwicklung. Die wenigen verbliebenen überlebensfähigen Betriebe wurden zumeist erheblich unter Wert an Konkurrenten aus dem Westen verkauft und nicht selten stillgelegt.

Dirk Pelster

KATHOLISCHE KIRCHE

Die Partei und der Papst haben immer recht

Am 18. Juli 1870 erklärte das Erste Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma. Auch 150 Jahre danach ist die Kritik an diesem Dekret nicht verstummt



Der Vertreter Gottes auf Erden kann nicht irren: Papst Pius IX. segnet die Teilnehmer des 1. Vatikanischen Konzils in Rom

Foto: imago images/Photo12

VON KLAUS J. GROTH

Bei der Bischofssynode im vergangenen Oktober in Rom stand Amazonien ganz oben auf der Agenda. Es ging nicht nur um die Folgen des Klimawandels und der Abholzung des Regenwalds für die Ureinwohner, es ging auch um das Zölibat. Am Amazonas herrscht eklatanter Priester-mangel. Absolventen der Päpstlichen Katholischen Universitäten wie etwa in Lima (Peru) und Quito (Ecuador) bilden zwar Indigene aus, die geeignet und bereit wären für dieses Amt, sich aber ein Leben ohne Frau und Kinder in den isolierten Orten am Rio Negro und Madre de Dios nicht vorstellen können.

Die Bischöfe sorgen sich nicht nur um das Seelenheil ihrer Schäflein, sie fürchten auch die Konkurrenz. Die katholische Kirche verliert in Amazonien immer mehr Gemeindemitglieder an die Evangelikalen und Sekten. Ob die von Papst Franziskus empfohlenen Gebete für sein „Querida Amazonia“ (geliebtes Amazonien) helfen können, wird bezweifelt. Der Papst ist nicht oder noch nicht bereit, dem Rat liberaler Kleriker zu folgen und das Zölibat in dieser Region zu lockern. Päpste haben seit dem Ersten Vatikanischen Konzil in allen Glaubens- und Moralfragen das letzte Wort, und sie können nicht irren.

Schon bei Galileo irrte sich ein Papst

1868 lud Papst Pius IX. zum Ersten Vatikanischen Konzil nach Rom. Rund 800 Bischöfe und Kloster-Äbte versammelten sich im rechten Kreuzarm des Petersdoms. Auf der Tagesordnung standen Diskurse über Rationalismus, Fideismus (Vorrang des Glaubens vor der Vernunft) und Inspiration des Geschriebenen.

Von den 93 Sitzungen in zwei Jahren nahm Pius IX. nur an vier teil. Aber er

zog im Hintergrund die Fäden. Zur Überraschung der meisten Teilnehmer stand plötzlich ein weiteres Thema zum Disput: Die Unfehlbarkeit der Päpste sollte zum Dogma erhoben werden. Wer es lanciert hatte, war klar. Pius plante schon seit Langem, seine Position zu stärken und Widersacher zum Schweigen zu bringen.

Vor allem das deutsche und österreichische Episkopat sowie ein Teil des französischen Bischofskollegiums stellten sich gegen den Papst. Als es schließlich zur Abstimmung kam, verließen 60 Bischöfe und Äbte aus Protest den Petersdom. Das Dekret „Pastor Aeternus“ wurde mit zwei Gegenstimmen angenommen. Darin heißt es: „Wenn der Römische Papst endgültig entscheidet, eine Lehre über Glauben oder Sitten sei von der ganzen Kirche festzuhalten, so besitzt er aufgrund des göttlichen Beistandes jene Unfehlbarkeit, mit der der Erlöser seine Kirche in Glaubens- und Sittenlehren ausgerüstet haben wollte.“

Das Konzil begründete seinen Entschluss damit, dass der Papst als Nachfolger des Heiligen Petrus den besonderen göttlichen Beistand besitzt. Pius hatte zwar gewonnen, musste aber eine schmerzhaft Niederlage einstecken. Es kam zu einem Schisma. Seine Gegner kündigten ihm den Gehorsam auf und gründeten die Kirche der Altkatholiken, die heute vor allem in der Schweiz und in osteuropäischen Ländern Anhänger hat.

Der Mann, der sich und seine Nachfolger für unfehlbar erklärte, wurde 1792 als Giovanni Maria Mastai-Ferretti geboren. Er entstammte einer italienischen Adelsfamilie. 1846 wurde er im vierten Wahlgang zum Papst gewählt, allerdings nur mit den Stimmen der italienischen Kardinäle. Die anderen waren aufgrund der längeren Anmarschwege noch gar nicht eingetroffen.

Pius IX. galt zunächst als Reform, wandelte sich aber immer mehr zum erzkonservativen Autokraten auf dem Stuhl Petri. 1854 verkündigte er die unbefleckte Empfängnis Mariens. Im Jahr 2000 wurde er von Johannes Paul II. seliggesprochen. Die Entscheidung stieß bei vielen Katholiken auf Empörung.

Können Päpste nicht irren? Die Kirchengeschichte beweist das Gegenteil. Der spektakulärste Fall ist die Auseinandersetzung Urbans III. mit Galileo Galilei. Die römisch-katholische Kirche hatte sich noch nicht vom Schock der Reformation erholt, da wurde sie durch Galileis Erkenntnisse erneut in ihren Grundfesten erschüttert. Der italienische Astronom stellte das geozentrische Weltbild, wonach sich die Sonne um die Erde dreht, auf den Kopf und widersprach damit der Lehre des Vatikans.

Der Papst forderte Galilei auf, seine ketzerische Behauptung zu widerrufen. Der Gelehrte entging dem Tod als Häretiker auf dem Scheiterhaufen, indem er tat, was die Kirche von ihm verlangte. Der Vatikan entschloss sich erst 100 Jahre nach Galileos Tod, die physikalische Realität und damit das heliozentrische Weltbild

anzuerkennen. Erst 1992 wurde Galileo offiziell rehabilitiert.

Diskussionen bis in die 1970er

Die katholische Kirche wird nicht müde zu betonen, dass sich die Unfehlbarkeit des Papstes nicht auf Ansichten bezieht, die er in Gesprächen, Schriften und in Predigten äußert. Der Papst könne unklug reden und sich irren wie jeder Mensch. Nur wenn er sich „ex cathedra“ äußert, das heißt, feierlich in seiner Funktion als Inhaber des Heiligen Stuhles des Apostels Petrus, wird sein Urteil als unfehlbar bezeichnet – und das auch nur ausdrücklich in Glaubens- oder Moralfragen. Bislang hat nur einer seiner Nachfolger von dem umstrittenen Recht Gebrauch gemacht. Im Jahr 1950 verkündete Papst Pius XII. das Dogma von der leiblichen Aufnahme der Gottesmutter Maria in den Himmel.

Zu den Moralfragen, in denen der Papst „unfehlbar“ entscheiden könnte, gehören das Verbot der künstlichen Empfängnisverhütung, die Unmöglichkeit der Frauenordination und die Verpflichtung zum Zölibat für Priester.

Das Unfehlbarkeits-Dogma wurde in den 1970er Jahren zum Thema in Medien und Talkshows. Als Rebell gegen den Heiligen Stuhl machte der Schweizer Theologieprofessor und römisch-katholische Priester Hans Küng (1928–2019) Schlagzeilen. Er sah im mangelnden Willen zu zeitgemäßen Reformen die Ursache des Glaubensverlusts und der Abkehr vieler Menschen von ihrer Kirche.

In seinen Büchern und Schriften kritisierte Küng das mittelalterliche Denken des Vatikans. 1979 entzog ihm Johannes Paul II. die Lehrerlaubnis. 25 Jahre später gewährte ihm Benedikt XVI. eine vierstündige Audienz. Das Dogma der Unfehlbarkeit und andere kontroverse Themen kamen nicht zur Sprache.

Päpste haben seit dem Ersten Vatikanischen Konzil in allen Glaubens- und Moralfragen das letzte Wort, und sie können nicht irren



Tag eins der UN: US-Präsident Harry S. Truman bei seiner Rede nach Unterzeichnung der Gründungscharta der Vereinten Nationen in San Francisco

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

VEREINTE NATIONEN

Bereits mit den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 sowie der Gründung des Völkerbundes im Jahre 1920 hatten die damaligen Großmächte versucht, Instrumente zur dauerhaften Bewahrung des Friedens zu etablieren. Allerdings scheiterte der Völkerbund aufgrund des Nichtbeitritts der USA beziehungsweise des Rückzuges von Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion.

Um seine außenpolitische Fernziele zu erreichen, unternahm der US-Präsident Franklin D. Roosevelt im August 1941 einen zweiten Anlauf zur Gründung einer Weltorganisation und unterzeichnete gemeinsam mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta, in der unter anderem von der „Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit“ die Rede war.

Hieraufhin verabschiedeten 26 Staaten der Anti-Hitler-Koalition am 1. Januar 1942 die „Deklaration der Vereinten Nationen“ zum Zwecke der konkreten Umsetzung der Atlantik-Charta. Dem folgten die Moskauer Deklaration der USA und Sowjetunion sowie Großbritanniens und Chinas vom 30. Oktober 1943 sowie die Konferenz von Dumbarton Oaks im Herbst 1944, welche beide darauf abzielten, die geplante neue internationale Organisation alsbald aus der Taufe zu heben. Auf der letztgenannten Tagung wurde zudem auch der erste Entwurf der Charta der Vereinten Nationen ausgearbeitet.

Um jeden Buchstaben gerungen

Die endgültige Einigung über die Modalitäten der Gründung der UN erbrachte dann die Konferenz von Jalta im Februar 1945. In deren Verlauf erging unter anderem der Beschluss, dass neben den vier Großmächten auch Frankreich zu den ständigen Mitgliedern im künftigen Sicherheitsrat mit Vetorecht in allen wichtigen Fragen gehören solle.

Die Unterzeichnung der Charta, die quasi die Verfassung beziehungsweise Gründungsurkunde der UN darstellt, erfolgte am 26. Juni 1945 während der Konferenz von San Francisco, an der 850 Delegierte aus 50 Staaten teilnahmen. Diese kamen auf zehn Vollversammlungen und rund 400 Ausschusssitzungen zusammen,

in deren Verlauf um jeden Buchstaben und jedes Komma der insgesamt 111 Artikel gerungen wurde.

Im Anschluss an den formellen Gründungsakt im Auditorium der Veterans’ Memorial Hall sagte der nunmehrige US-Präsident Harry S. Truman: Diese Charta „ist eine solide Grundlage, auf der wir eine bessere Welt errichten können“. Das Dokument trat am 24. Oktober 1945 mit der Ratifizierung durch die Mehrheit der Signatarstaaten in Kraft.

Etliche Krisen entschärft

Die erste UN-Generalversammlung fand am 10. Januar 1946 statt, und am 1. Februar des gleichen Jahres wurde der Norweger Trygve Lie erster Generalsekretär der Vereinten Nationen. In den Folgejahren bemühte sich die Weltorganisation tatsächlich um die Bewahrung des Friedens und die Durchsetzung der Menschenrechte.

Die erste große Bewährungsprobe war der Korea-Krieg, der 1950 ausbrach (siehe PAZ vom 19. Juni). Damals entsandte die UN keine Beobachtertruppe, sondern ermächtigte ihre Mitgliedsländer zum militärischen Eingreifen, wodurch Südkorea letztlich der Einverleibung durch den kommunistischen Norden entging.

Zu den weiteren Erfolgen der Vereinten Nationen zählten die Mitwirkung bei der Gründung des Staates Israel sowie der Entschärfung diverser weltpolitischer Krisen wie der Berlin-Krise (1948/49), der Kuba-Krise (1962) und der Nahost-Krise (1973). Bedeutsam sind zudem die UN-

Aktivitäten zur Durchsetzung der Menschenrechte und zur Eindämmung von Krankheiten sowie auf dem Gebiet des Flüchtlingsschutzes, der Entwicklungshilfe und des Kampfes gegen den Hunger.

Allerdings wurden die Vereinten Nationen ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend von den Entwicklungsländern „gekapert“. Deren wachsende Zahl führte zu einer Verschiebung der Stimmenmehrheit, worunter die Effektivität der UN litt. Den gleichen Effekt bewirkte die parallele Implementierung der Gender-Ideologie. Weitere Zäsuren erfolgten in den 1990er Jahren, als sich die Vereinten Nationen als unfähig erwiesen, in den Bürgerkriegen in Somalia sowie dem ehemaligen Jugoslawien für Mäßigung zu sorgen und den Völkermord in Ruanda zu verhindern.

Die sieben Gebrechen der UN

Dazu kommen hausgemachte Gebrechen, deren Wurzeln meist im Jahre 1945 liegen, und die noch heute erhebliche Wirkung entfalten. Da wäre zum Ersten das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, welches geradezu zum Missbrauch einlädt. Dazu kommt die Ungerechtigkeit, dass eine Handvoll Staaten permanent im Sicherheitsrat präsent sein kann, während alle anderen nur für jeweils zwei Jahre Vertreter in das Gremium entsenden dürfen.

Zum Zweiten fehlt der UN die demokratische Legitimation. Eine Abstimmung der Bürger zum Thema Beitritt gab es lediglich in der Schweiz, während viele Mitgliedstaaten immer noch diktatorisch ver-

fasst sind, womit deren Delegierte keineswegs das Mandat des Volkes besitzen.

Zum Dritten ist das Prinzip „Ein Land – eine Stimme“ geradezu hanebüchen. Dadurch wiegt beispielsweise das Votum des winzigen Inselstaates Nauru mit seinen 10.000 Einwohnern in der UN-Generalversammlung genauso schwer wie das der Volksrepublik China, in der über eine Milliarde Menschen leben.

Zum Vierten wäre da noch die zunehmend israelfeindliche Ausrichtung der Vereinten Nationen. Ständig initiieren die arabischen Länder Resolutionen gegen den jüdischen Staat, während ihre eigenen Menschenrechtsverletzungen nur ganz selten thematisiert werden.

Zum Fünften kommt auch die Praxis der UN-Sanktionen unfair daher, denn es gibt letztlich kein juristisches Prozedere zur Überprüfung derselben seitens unabhängiger Gerichte.

Zum Sechsten schockiert die fatale Kultur des Wegschauens angesichts des systematischen sexuellen Missbrauchs von Frauen und Kindern durch Angehörige der UN-Friedenstruppen.

Und zum Siebten stellt die Nichtabschaffung der anachronistischen Feindstaatenklausel in den Artikeln 53, 77 und 107 der UN-Charta gleichermaßen kein Ruhmesblatt für die Vereinten Nationen dar. Denn diese Regelung erlaubt den damaligen Unterzeichnern des Dokuments theoretisch noch heute militärische Interventionen in Deutschland, Japan und Italien ohne vorherige Zustimmung des Sicherheitsrates.

MELITTA BENTZ

Sie nahm dem Kaffee die Krümel

Wie viele andere Sachsen mochte auch die am 31. Januar 1873 in Dresden geborene Melitta Bentz Kaffee. Allerdings ärgerte auch sie sich über die bitteren Krümel gemahlenen Kaffees, die man bis zu ihrer wegweisenden Erfindung nach dem Kaffeegenuss zwischen den Zähnen hatte. Bis dahin war es nämlich üblich, das Kaffeepulver einfach mit heißem Wasser zu mischen und dann entweder darauf zu setzen, dass sich die Festkörper mit der Zeit absetzen, oder aber die Flüssigkeit durch ein Sieb zu gießen. Zum Sieben wurde entweder Stoff verwandt oder aber Siebe aus Keramik oder Metall. Bei der ersten Methode war es nur eine Frage der Zeit, bis der Stoff anfang, muffig zu riechen. Bei der zweiten Lösung bestand das Problem darin, dass die Löcher entweder zu groß waren, sodass doch Pulver durchrutschte, oder aber zu klein und deshalb mit der Zeit verstopften.

1908 kam Bentz auf ihre legendäre rettende Idee. Sie nahm eine Konservendose und durchlöchernte den Boden mittels Hammer und Nagel. In die Dose legte sie auf deren Boden ein Blatt Löschpapier aus einem Schulheft ihres Nachwuchses. Dann wurde die Dose auf eine offene Kanne gesetzt sowie mit Kaffeepulver und heißem Wasser gefüllt. Noch im selben Jahr ließ sich die Sächsin das Verfahren patentieren und gründete mit einem Eigenkapital von 73 Pfennigen das heute ihren Vornamen tragende Unternehmen zur Serienfertigung ihres Kaffeefilters. Die ersten Mitarbeiter waren Ehemann und Söhne.

Der daraus sprechende Geschäftssinn Melitta Bentz’ lag in ihrer Familie. Ihre Großeltern waren Brauereibesitzer, ihr Vater Verlagsbuchhändler und ihr Ehemann Abteilungsleiter in einem Dresdner Kaufhaus – bis er sich 1906 selbstständig machte und ein Haushaltswarengeschäft gründete, in dessen Sortiment dann auch der Kaffeefilter seiner Ehefrau aufgenommen wurde.

Das Produkt überzeugte und verkaufte sich gut. Das Unternehmen expandierte. Die Bentz’ ruhten sich auf dem mit der Erfindung von 1908 erworbenen Lorbeer nicht aus. Weitere praktische Produkte folgten, und der Kaffeefilter wurde weiterentwickelt. Seit 1938 wird er in der heutigen konischen Form mit Filtertüte als Einsatz vermarktet. Wie die Weiterentwicklung ließen sich die geschäftstüchtigen Bentz’ auch den Namen „Filtertüte“ patentieren.

Schon recht frühzeitig wurde der Generationenwechsel eingeleitet. 1919 trat der Sohn Willy, zehn Jahre später dessen jüngerer Bruder Horst in die Firma ein. Nach dem Rückzug aus dem operativen Geschäft konzentrierte sich Melitta Benz als „soziales Gewissen“ des Unternehmens auf das Wohlergehen der Mitarbeiter. Vier Jahre nach ihrem Ehemann starb sie. Der kommende Montag ist ihr 100. Todestag.

Manuel Ruoff



Melitta Bentz mit ihrem Ehemann

VON ERIK LOMMATZSCH

Der französische Schriftsteller Jean Raspail ist gestorben, am 13. Juni, wenige Wochen vor seinem 95. Geburtstag. Zwischen 1950 und 1970 leitete er Expeditionen in ferne Weltgegenden und publizierte zunächst über entsprechende Themen, etwa über die Feuerlandindianer. Mitglied der „Société des Explorateurs Français“ war er und Generalkonsul von Patagonien, jenes im 19. Jahrhundert in Südamerika konzipierten Königreichs, welches nie wirklich existent war. Sein deutscher Verleger Götz Kubitschek erklärte, zu diesem Königreich fühle sich hingezogen, „wer etwas für Kämpfe auf verlorenen Posten übrig hat“. Jean Raspail gehörte zweifelnsfrei dazu.

Das Katholische hielt er hoch und ebenso die Monarchie. Die Verwerfungen und Auflösungen der Moderne, der Übergang zu egalitären Schmelztiegeln, die Vernichtung des Angestammten und des Traditionellen, die Auflösung des Verbindenden, untergehende Zivilisationen und die Sorge um die Überflutung mit dem Fremden und das Verschwinden des Eigenen waren seine Themen. Seine Bücher bieten Nischen für den Geist, für das Denken in einer Welt mit sich verengenden „Gesinnungskorridoren“.

Raspails Figuren sind Typen und sollen es auch sein. Zu großen Hoffnungen gibt er selten Anlass. Das Stadium, in dem noch Umkehr möglich wäre, scheint in seinen Werken oft unwiderruflich überschritten. Pessimistische Linien sind vorherrschend, der Blick in die Zukunft ist der Blick in den Abgrund. Und doch ist da immer wieder das Verborgene, das Standhaltende, ein wenig das Phantastische und das beständige Heilige.

Bezüglich der Lage seines Landes, bezüglich der Frage eines „Neuanfangs“ in der Geschichte Frankreichs äußerte sich Raspail 2013 pessimistisch: „Es bräuchte das Aufflammen eines epischen Geistes, einen Sinn für ein höheres Schicksal, um einen solchen Neubeginn für Frankreich zu ermöglichen. Dazu bedarf es Menschen, die immer noch an ihr Vaterland glauben. Ich sehe davon nicht mehr viele.“ Die „Statue Frankreichs“ habe man rissig werden lassen und ihre „Gestalt entstellt“, bis hin „zu einem Punkt, an dem es nichts mehr gibt, das Ehrfurcht gebietet“. Raspails Selbstverständnis spiegeln Sätze wie: „Ich lebe seit 1500 Jahren in Frankreich, ich bin mit dem zufrieden, was mir gehört, und ich habe keinerlei Bedürfnis, irgendetwas daran zu ändern.“

Gedankenspiele, die sich aus historischen Konstellationen ergeben, sind bei ihm zu finden, seinen Rang begründen aber vor allem die großen Visionen, denen man nahezu prophetischen Charakter zubilligen darf. An erster Stelle steht hier



„Sinn für ein höheres Schicksal“: Jean Raspail (1925–2020)

Foto: imago/Leemage

ZUM TODE VON JEAN RASPAIL

Visionen von erschreckender Aktualität

Mit dem Buch „Heerlager der Heiligen“ legte der französische Schriftsteller schon vor Jahrzehnten ein Werk vor, in dem bereits wesentliche Handlungsmuster der „Flüchtlingskrise“ beschrieben sind

das bekannteste Werk, das 1973 in Frankreich erschienene „Heerlager der Heiligen“. Seit fünf Jahren liegt auch die vollständige, eine vorherige, unbefriedigende deutsche Ausgabe ersetzende Übertragung von Martin Lichtmesz vor.

„Wir werden suchen müssen“

Der Titel nimmt Bezug auf die Offenbarung des Johannes, das letzte Buch des Neuen Testaments. Die Handlung des „Heerlagers“, so der Autor selbst, lasse sich in wenigen Sätzen zusammenfassen. „Eines Nachts landen hundert Schiffe mit letzter Kraft an der Südküste unseres Landes, beladen mit einer Million Einwanderern. Von Elend gezeichnete Armutsgealten ... aus der südlichen Halbkugel, angelockt vom Versprechen eines gelobten Landes, in dem Milch und Honig fließen. Sie sind voller Hoffnung, sie sind extrem mitteleiderregend. Sie sind schwach. Sie sind unbewaffnet. Ihre Stärke liegt in

ihrer Zahl.“ Sie appellierten an „unser weichliches Gutmenschentum“, sie seien „der Andere ... die Vorhut der Massen“. Unausweichlich stelle sich die Frage: „Und nun, da sie hier sind, werden wir sie bei uns aufnehmen, in Frankreich, in unserem ‚Asyl- und Einwanderungsland‘?“

Im „Heerlager“ wurde weit vor der 2015 einsetzenden „Flüchtlingskrise“ ein Szenario entwickelt, in dem eine Vielzahl von Passagen gerade den deutschen Leser vermuten lassen könnte, Raspail habe Beobachtungen der jüngsten Entwicklungen in seinem Buch verarbeitet. Schlaglichtartig geschildert werden die hilflosen Reaktionen, die „Willkommenskultur“, die Preisgabe, die Inkriminierung und Bekämpfung der – wenigen – Warner und Kritiker, von Schuldcomplexen geleitetes Handeln, das Wegducken von Verantwortungsträgern, die sich der künftigen Problematik durchaus bewusst sind. Auf nahezu erschreckende Weise konfrontiert

Raspail mit Mustern, deren Zeuge man unlängst selbst geworden ist – auch wenn die Immigranten im „Heerlager“ Inder sind, der Islam keine Rolle spielt und das Einwanderungsziel Frankreich heißt. Lediglich die extremen Eskalationen, vor allem am Ende des Buches, gehören noch nicht zum Erfahrungsschatz des Lesers. Raspail weiß mit Sätzen zu konfrontieren, die unangenehm sind, aber möglicherweise sehr bedenkenswerte Wahrheiten beinhalten, etwa: „Feigheit vor den Schwachen ist die subtilste, aber virulenteste und tödlichste Form der Feigheit.“

Der Idee des Verborgenen, des „Überlebenden“, der Tradition, im direkten Sinn von Weitergabe, gibt Raspail in seinem Buch „Der Ring des Fischers“ Raum. Das Große Abendländische Schisma, die spätmittelalterliche Kirchenspaltung, stellt den Ausgangspunkt dar, der Autor nimmt an, das damalige Gegenpapsttum sei nicht erloschen, sondern mit dem An-

spruch, eigentlicher Amtswalter zu sein, im Geheimen bis in die heutige Zeit fortgeführt worden. In „Sire“ wird im Jahr 1999 mit Pharamond II. ein französischer König aus dem Hause Bourbon gesalbt und gekrönt, ebenfalls verborgen vor der großen Öffentlichkeit. Eine von Raspails Figuren sagt, das Königtum sei „die einzige annehmbare Form der Herrschaft über Menschen, weil es auf die Liebe gegründet ist.“ In einer der zahlreichen Rückblenden schildert der Autor die an der Grablege der Könige in der Basilika von Saint-Denis ausgelassene Zerstörungswut der französischen Revolutionäre – wie dieser Tage zu sehen: kein Phänomen vergangener Epochen.

Zerstörung und das Ungewisse der eigenen Lage grundieren den Roman „Sieben Reiter verließen die Stadt“. Raspail lässt hier verkünden: „Wir werden suchen müssen; jenseits dessen, was wir kennen und dessen, was wir nicht kennen.“

PSYCHOLOGIE UND GESINNUNG

Was sind die Wurzeln der Radikalisierung?

Experten rätseln darüber, was Menschen in extreme Positionen und gewalttätige Handlungen lockt

Nach Terroranschlägen egal welcher Art heißt es oft, der Täter habe sich quasi von ganz alleine „radikalisiert“. Dabei besteht noch reichlich Klärungsbedarf, wie so etwas eigentlich abläuft – sofern es sich bei der angeblichen „Radikalisierung“ um keine spontane Entscheidung zur Tat, sondern wirklich um das Ergebnis einer Entwicklung über mehrere Stufen hinweg handelt.

Soziologen, Sozialpsychologen und Kriminologen wie Arie Kruglanski von der US-Universität von Maryland und die Mitglieder der European Commission's Expert Group on Violent Radicalisation (Expertengruppe der Europäischen Kommission für gewaltsame Radikalisierung;

ECEGVR) haben hierzu verschiedene Modelle entwickelt, in denen sowohl Gruppendenken, Gruppendruck und gruppeninterne Konkurrenz als auch die individuelle Überbetonung von Normen und Werten bestimmter Ideologien oder Religionen sowie die konkrete persönliche Lebenssituation eine Rolle spielen.

Glaubenssysteme wirken mit

In diesen Erklärungsmustern wird die Radikalisierung oft als eine Art von „individueller Entgleisung“ hingestellt – oder als etwas im Grunde rein Pathologisches. Wenn die Experten nicht gar versuchen, strukturelle Querverbindungen zum Denken und Handeln von Vertretern der Or-

ganisierten Kriminalität herzustellen. Auf jeden Fall gilt die Radikalisierung im akademischen und auch politischen Diskurs heute in der Regel als „Betriebsunfall“, der sich zu jeder Zeit in nahezu jeder beliebigen gesellschaftlichen Gruppe ereignen könne. Desgleichen legen die Stufenmodelle der Radikalisierung nahe, dass das Ganze schrittweise verlaufe, weshalb die Möglichkeit bestehe, den entsprechenden Prozess durch rechtzeitige Eingriffe zu stoppen oder gar rückgängig zu machen.

Allerdings beginnt diese Sichtweise jetzt langsam auf Kritik zu stoßen – so beispielsweise von Seiten des früheren Mitarbeiters der Kriminologischen Zentral-

stelle des Bundes und der Länder in Wiesbaden, Werner Sohn. Und tatsächlich: Wenn Radikalisierung als etwas Normales und praktisch in jeder Umgebung Denkbares erscheint, dann wird damit ausgeblendet, dass es Weltanschauungen und Glaubenssysteme gibt, deren Wesenskern im Vergleich zu anderen deutlich gewalttätiger daherkommt, was die Haltung gegenüber Außenstehenden oder gar Gegnern betrifft.

Forscher absichtlich blind?

Das soll ganz offensichtlich „Stigmatisierungen“ vermeiden, verursacht aber eine absichtliche Blindheit gegenüber bestimmten Tätergruppen und deren ver-

fassungsfeindlichen oder terroristischen Bestrebungen. Und dies wiederum behindert natürlich jegliche Prävention. Ebenso ist es hochproblematisch, wenn ständig nur auf vermeintliche Risikofaktoren für die Radikalisierung wie Diskriminierung, Ausgrenzung und gesellschaftliche Missstände oder Sinnkrisen verwiesen wird. Denn das läuft im Grunde darauf hinaus, die Gesamtheit aller Menschen in einer Gesellschaft für die Radikalisierung von Einzelpersonen verantwortlich zu machen, obwohl doch letztlich jedem von uns in jeder Lebenssituation ganz unterschiedliche Wege offenstehen, Frustrationen zu kompensieren.

Wolfgang Kaufmann



FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE

Wirtschaft im südlichen Ostpreußen leidet Not

Landwirtschaft und Tourismusbranche sind besonders von Ausfällen betroffen – Staat stellt Hilfe in Aussicht

VON EDYTA GLADKOWSKA

Das Coronavirus hat nicht nur das Leben und die Gesundheit der Menschen bedroht, sondern auch die Wirtschaft, was sich auf die Finanzen der Bewohner sowie der Kommunalverwaltungen im südlichen Ostpreußen negativ ausgewirkt hat.

Auf einer Pressekonferenz sagte Gustaw Marek Brzezina, Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masurien: „Dank eines effizienten Gesundheitswesens, des Einsatzes aller Dienste, der Zusammenarbeit zwischen Regierung und örtlicher Verwaltung, aber vor allem der Disziplin der Bewohner, die die eingeführten Beschränkungen befolgen, haben wir neben der Woiwodschaft Lebus die wenigsten Fälle von Coronavirus-Infektionen.“ Brzezina meint, dass die bessere epidemiologische Situation im Vergleich zu anderen Regionen eine Grundlage für die schnellere Erholung der Wirtschaft im südlichen Ostpreußen sein könnte, sowie für eine Lockerung der Pandemie-Beschränkungen.

16 Millionen Euro für Unternehmer

Die Selbstverwaltung der Woiwodschaft hat umgerechnet 17 Millionen Euro aus dem Haushalt bereitgestellt, um Krankenhäusern bei der Bekämpfung des Coronavirus zu helfen. Es wird auch Unterstützung für Unternehmer geben. Die Woiwodschaftsverwaltung will rund 16 Millionen Euro für die Verbesserung der Liquidität von Unternehmen in Form von Betriebsmittelsubventionen ausgeben. Hier muss die Europäische Kommission noch zustimmen. „Wir wollen diejenigen Unternehmen unterstützen, die um ihren Lebensunterhalt kämpfen wollen. Wir müssen Unternehmen retten, die Arbeitsplätze schaffen“, betonte der Marschall. „Der Tourismus ist unser Vorteil, aber wir wissen immer noch nicht, wie die Saison in diesem Jahr aussehen wird, wie die organisierte Freizeit aussehen wird und welche Anforderungen die touristischen Einrichtungen erfüllen müssen.“



Bei Urlaubern sehr beliebt: Kajak-Ausflüge auf der Kruttinna, wie sie im vergangenen Sommer noch möglich waren

Und es braucht Zeit, um sich darauf vorzubereiten“, sagte Sylwia Jaskulska, Mitglied des Woiwodschaftsselbstverwaltungsvorstandes. „Die gesamte Hotel- und Gastronomiebranche wartet jedoch auf Touristen, einschließlich der Kommunalverwaltungen, die auf Tourismuseinnahmen zählen.“

Zbigniew Ziejewski, Abgeordneter der Bauernpartei, wies auf die schwierige Situation der Geflügelzüchter im südlichen Ostpreußen hin. „Wir züchten meistens Truthähne und Hühner“, zählte der Abgeordnete auf. „Es gibt heute keine Lösungen im Anti-Krisen-Schutzschild, die Landwirten, insbesondere Geflügelzüchtern, die enorme Verluste erleiden, helfen würden, da der Preis für Hühnchen bis vor Kurzem 50 Eurocent pro Kilo betrug, obwohl er jetzt langsam steigt. Wir müssen nach Lösungen suchen, um die Landwirte für Verluste zu entschädigen. Auch

die Holzindustrie braucht Unterstützung, denn Zahlungsstockungen, die heute in Möbelfabriken bestehen, betreffen viele

„Wir müssen Ermland und Masurien für Touristen freigeben, denn wenn der Tourismus startet, wird auch die Landwirtschaft wiederbelebt.“

Zbigniew Ziejewski
Abgeordneter der Bauernpartei

Unternehmer. Wir müssen Ermland und Masurien für Touristen freigeben, denn wenn der Tourismus startet, wird auch die Landwirtschaft wiederbelebt.“

Derzeit möchte die Woiwodschaftselbstverwaltung die vorhandenen Verwaltungseinheiten aufrechterhalten, was mit einer Reduzierung der Mittel verbunden ist, beispielsweise für Werbezwecke oder für geplante Veranstaltungen.

Aufgrund der Pandemie wurde der Flugverkehr eingestellt, die Inlandsverbindungen wurden ab dem 1. Juni wieder aufgenommen. Eventuell wird im Juni auch die Verbindung von Schiemanen nach Krakau von LOT Polish Airlines wiederhergestellt. „Die Kosten für die Instandhaltung des Flughafens betragen 500.000 Euro pro Monat. Natürlich wollen wir den Flughafen nicht schließen, aber wir wollen staatliche Unterstützung, weil es ein strategischer Flughafen ist.“

Wenn er einsatzbereit sein soll, wird Hilfe benötigt und wir haben um solche gebeten.“ Es geht um die Unterstützung von Flughäfen, die der Anti-Krisen-Schild bereitstellt. „Wir haben einen Verordnungsentwurf vorbereitet, der Flughäfen im Rahmen von Krisenschutzlösungen zusätzlich unterstützt. Demnach erhalten 14 Flughäfen einen Zuschuss. Insgesamt sind für dieses Jahr rund 32 Millionen Euro geplant“, sagte der stellvertretende Infrastrukturminister Marcin Horala. Zu diesen gehört auch der Flughafen in Schiemanen. Der Verordnungsentwurf muss noch vom Ministerrat angenommen werden.

Lockerungen in Sicht

Langsam werden die Corona-Beschränkungen im ganzen Land gelockert. Ab dem 30. Mai wurden Beschränkungen und die Begrenzung der Personenzahl im Handel, in der Gastronomie und bei Gottesdiensten unter Einhaltung der Abstandsregeln aufgehoben. Ausgenommen sind Betreuer Hilfsbedürftiger und kleiner Kinder. Ab Ende Mai wurden Versammlungen von bis zu 150 Personen unter Einhaltung der Abstandsregeln zugelassen. Unter Einhaltung von Hygienevorschriften und Abstandsregeln läuft der Betrieb in Restaurants, Bars, Cafés, Hotels und anderen Herbergen, aber es sind keine Menschenmengen dort zu sehen. Neuregelungen ab dem 6. Juni ermöglichen es Kinos, Theatern und Konzerthäusern, wiederzueröffnen, für das Publikum gilt Maskenpflicht. Es dürfen nur 50 Prozent der Plätze ausgelastet sein. Schwimmhallen, Fitnessstudios, Massagestudios und Solarien können ebenso wieder öffnen. Diskotheken und Klubs bleiben weiterhin geschlossen.

Die Einreise aus Deutschland nach Polen für Ausländer ist nur in Ausnahmefällen möglich. Direkt nach der Einreise muss man sich in eine 14-tägige Quarantäne begeben. Die Quarantäne-Regelungen gelten bis auf weiteres. Wer mit einer Person in Quarantäne lebt, unterliegt selbst den gleichen Maßnahmen.

DENKMALSCHUTZ

Villa in der Herzog-Albrecht-Allee verfällt

Wegen Corona: Behörden sehen sich nicht in der Lage, gegen den Eigentümer vorzugehen

In Königsberg ist eine deutsche Villa in der Herzog-Albrecht-Allee [Thälmannstraße 19], die zum regionalen Kulturerbe gehört, teilweise eingestürzt. Dabei ging der Giebel der Vorderfassade verloren. Der Fassadeneinsturz kam nicht unerwartet. Beamte der Stadtverwaltung hatten schon vor einiger Zeit bei der Staatsanwaltschaft Anträge mit der Bitte eingereicht, das Objekt einer besonderen Kontrolle zu unterziehen. Zu Beginn des Jahres ordnete das Gericht an, dass der Eigentümer der Villa innerhalb eines Monats Maßnahmen zum Schutz des Gebäudes ergreifen und den Zugang von Unbefugten zu beschränken habe. Dieser kam der Aufforderung jedoch nicht nach.

Der Verfall der historischen Villa hat schon vor langer Zeit begonnen. Sie steht seit über 20 Jahren leer. Vor dem Krieg war es eine Privatvilla in Maraunenhof, einem der angesehensten Stadtteile Königsbergs.



Ein trauriger Anblick: Eine deutsche Villa in der Herzog-Albrecht-Allee ist dem Verfall überlassen, weil der Eigentümer sich nicht darum kümmert

Foto: J.T.

Die Villa wurde Anfang des 20. Jahrhunderts am Bismarck-Platz, dem heutigen Schnittpunkt der Straßen Herzog-Albrecht-Allee und Ernst-Wichert-Straße [ul. Gogolja], erbaut.

Der Stadtteil Maraunenhof wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet, nachdem die alten Befestigungsanlagen 1906 ihre militärische Bedeutung verloren hatten und von den Militärbehörden an die

Stadt verkauft wurden. Anschließend wurden die Befestigungsanlagen teilweise abgetragen. Außerhalb der ehemaligen Stadtbefestigung entstanden neue Stadtgebiete. Eines davon war Maraunenhof, dessen Bebauung etwa um 1910 begann.

Der Stadtteil wurde mit privaten Villen wohlhabender Bürger im Jugend- oder im Landhausstil bebaut. Der Maraunenhof war mit dem Zentrum von Königsberg durch eine Straßenbahnlinie verbunden, die entlang seiner Hauptstraße, der Herzog-Albrecht-Allee, verlief. Nach dem Krieg blieben die meisten Gebäude erhalten. In der nachsowjetischen Zeit wie auch vor dem Krieg wurde Maraunenhof aufgrund seiner Ästhetik, der Nähe zum Obersee sowie zum Stadtzentrum für wohlhabende Bürger attraktiv. Viele Villen gingen in Privatbesitz über und wurden restauriert. Das Gebäude in der Herzog-Albrecht-

Straße wurde nach dem Krieg der Militärbehörde übergeben. Lange Zeit war hier das Gesangs- und Tanzensemble der Ostseeflotte ansässig. In den 90er Jahren wurde ein Teil des Gebäudes vermietet, doch danach leerte es sich und der allmähliche Verfall begann.

Aufgrund des fehlenden Dachs war im Inneren des Gebäudes praktisch alles verrottet. Das Haus hat keine Fenster- oder Türen mehr, das Grundstück ist mit Müll verwüstet, es gibt keine Zäune, und die Ziegelsteine fallen aus den Mauern.

Der regionale Denkmalschutzdienst berichtete, dass es zurzeit schwierig sei, verfahrensrechtliche Entscheidungen bezüglich des Zustands der Villa zu treffen, da es wegen der Corona-Beschränkungen keine Möglichkeit gebe, die Frage eines möglichen Eigentümerwechsels zu prüfen.

Jurij Tschernyschew



ZUM 103. GEBURTSTAG

Saager, Lore, geb. Drengwitz, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 102. Geburtstag

Cudnochowski, Anna, geb. Reiner, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 3. Juli

ZUM 100. Geburtstag

Groß, Irma, geb. Kramer, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kiesewalter, Frieda, geb. Borowski, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bittner, Hildegard, geb. Skrodzki, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. Juni
Gehrau, Edith, geb. Timm, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Habadank, Heinz, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Hähne, Brunhilde, geb. Ziehe, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Barnieck, Hildegard, geb. Schmidt, aus Lyck, Lycker Garten 61, am 30. Juni
Biskupek, Ingeborg, geb. Till, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Figur, Waltraud, geb. Sawitzki, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Gottuck, Liesbeth, geb. Jerosch, aus Lyck, am 29. Juni
Pohner, Evemarie, geb. Block, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. Magdowski, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Tomkowitz, Elfriede, geb. Samotia, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Eggert, Edith, geb. Schernack,

aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Feichtner, Waltraut, geb. Ostaschinski, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni
Gropp, Antonie, geb. Wilkat, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 30. Juni
Heinrichs, Hildegard, geb. Gerd, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Hildebrandt, Elfriede, geb. Reiner, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. Sczesny, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Kammler, Liesbeth, geb. Pedak, aus Lisken, Kreis Lyck, am 30. Juni
Krusche, Toni, geb. Frenkler, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Mikeleit, Ilse, geb. Engel, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schoen, Günter Oskar, aus Paßdorf, Kreis Angerburg, am 27. Juni
Schulz, Erna, geb. Baussus, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bohl, Elfriede, geb. Klein, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Juni
Brauer, Edeltraut, geb. Falk, aus Lyck, am 1. Juli
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Gogoll, Günter, aus Sonnnau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Grötzner, Hella, geb. Biallas, aus Abbau/Waldfrieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Kleinert, Hildegard, geb. Danowski, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. Korytkow-

ski, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Schwiering, Irmtraut, geb. Broszewski, aus Treuburg, am 27. Juni
Weiser, Herta-Johanna, geb. Rohmann, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni
Zekom, Annemarie, geb. Dieser, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eberhardt, Ruth, geb. Nass, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Fischer, Else, geb. Salusko, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Grünberg, Elisabeth, geb. Falk, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Richter, Ruth, geb. Fritzenwanker, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni
Stawström, Anneliese, geb. Kummertz, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Tullney, Ernst, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Juli
Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, am 26. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balsam, Gertraud, geb. Thomzik, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Bleck, Erika, geb. Kraft, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 27. Juni
Bruns, Gertrud, geb. Schlicker, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni
Danger, Herta, geb. Bundt, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 29. Juni
Dreßler, Gertrud, geb. Grünheit, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Jesgars, Klaus-Jürgen, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 2. Juli
Jung, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Laskowski, Walter, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. Juni
Lück, Gerda, geb. Treidel, aus Kö-

then, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Mairose, Elfriede, geb. Mantwill, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Mischel, Erwin, aus Bieskobnick, Kreis Fischhausen, am 29. Juni
Schlüter, Helga, geb. Oberpichler, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Schulte, Herta, geb. Wagner, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Siebeneicher, Hilda, geb. Hoinowski, aus Himmelpforth, Kreis Mohrungen, am 23. Juni
Tischler, Herbert-Otto, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Wegner, Irmgard, geb. Chrzanowski, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 29. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brauer, Herbert, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 29. Juni
Broszio, Hans-Werner, aus Reinental, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Buchholz, Gerda, geb. Becker, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Buttler, Anita, geb. Stemke, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Dietrich, Horst, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Dworak, Horst, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Eggert, Martha, geb. Dartsch, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Eremef, Kurt, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Gutzeit, Erich, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Kohnert, Erich, aus Kleinwarschen, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Kroese, Anneliese, geb. Littek, aus Ortelsburg, am 28. Juni
Krüger, Horst, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 1. Juli
Meyer, Günter, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Milewski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 2. Juli
Waldow, Irmgard, geb. Plewka, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni
Wiemer, Horst, aus Krebsfließ, Kreis Ebenrode, am 26. Juni

ANZEIGE

Das siebte Buch von
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“
ist 2019 im
„August von Goethe Literaturverlag“
erschienen.
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, €18,80
Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

Wulf, Adalbert, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 2. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrens, Peter, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Dzubiella, Eckard, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Gömer, Helga, geb. Powirski, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Görke, Klaus, aus Ranten und Seehof, Kreis Lötzen, am 23. Juni
Kaden, Erika, geb. Meyer, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Kretschmar, Luzie, geb. Genz, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Krüger, Dieter, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 29. Juni
Kruse, Erika, geb. Hermann, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. Juni
Maye, Gretel, geb. Schlisio, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Sawallich, Heide, geb. Schaubach, aus Ortelsburg, am 28. Juni
Schneider, Herbert, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schönwald, Helmut, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Schulz, Hubert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bayer, Anna, geb. Poloscheck, aus Ortelsburg, am 30. Juni
Grothe, Margot, geb. Wannagat, aus Ebenrode, am 26. Juni

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein und das Ostpreußische Sommerfest in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

schlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021

Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@paz.de
Bürozeiten: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Zusendungen für die Ausgabe 28/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2020 (Erstverkaufstag 10. Juli) bis spätestens Dienstag, den 30. Juni 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt, und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der Preußischen Allgemeinen Zeitung oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre Bestellung unter folgender E-Mail Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter (040) 414008-0.



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Hof – Nachdem seit März keine Vereinsarbeit mehr möglich war, traf sich der Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortsgruppe Hof, zu einer Vorstandssitzung in der Altdeutschen Bierstube. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Anwesenden, dankte für ihr Erscheinen und drückte seine Freude darüber aus, wenigstens die Vorstandsmitglieder wieder persönlich treffen zu können. Er berichtete von den Bemühungen des Vorstandes, in dieser schwierigen Zeit Kontakt zu halten. Die beiden Briefe, die zu Ostern und zu Muttertag an die Mitglieder versandt wurden, stießen auf positive Resonanz. Deshalb wird für den Sommer noch ein Rundbrief zusammengestellt, in dem die ost- oder westpreußischen Sehnsuchtsorte der Vorstandsmitglieder vorgestellt werden.

Danach wurden die Termine für den Herbst besprochen und ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Jeden zweiten Sonabend im Monat treffen sich die Hofer Ost- und Westpreußen. Los geht es am 12. September 2020 um 15.00 Uhr mit einer Erntedankfeier. Am 10. Oktober 2020 findet um 11.00 Uhr der Tag der Heimat mit einer Gedenkfeier am Mahnmal an der Blücherstraße statt. Für den 14. November 2020 ist bereits um 13 Uhr ein gemeinsames Mittagessen mit Königsberger Klopfen geplant. Ausklingen wird das

Jahr am 12. Dezember 2020 um 15.00 Uhr mit einer Adventsfeier. Christian Joachim beendete die produktive Sitzung mit dem Wunsch auf ein gesundes Wiedersehen im September.

Christl Starosta feierte am 20. Juni ihren 85. Geburtstag
Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof gratuliert Frau Christl Starosta zum 85. Geburtstag. Situationsbedingt wurde nur im kleinen Kreis gefeiert. So würdigte der Vorstand das jahrelange Engagement der Jubilarin für die Vertriebenenarbeit „mit Abstand“.

Mit acht Jahren musste Christl Starosta mit ihrer Mutter und den beiden jüngeren Brüdern aus ihrer Heimatstadt Marienburg fliehen. Ziel war Altenstein bei Maroldsweisach in Unterfranken, die Heimat des Vaters. Schon in der einklassigen Dorfschule übernahm sie Verantwortung für die jüngeren Schüler. Nach der mittleren Reife, die sie in einer Bamberger Internatsschule ablegte, führte sie mit ihrem Vater ein Gasthaus in Voccawind, bevor sie, nach kurzer Zwischenstation in Amberg, mit ihrem Mann 1955 nach Hof kam und in der Wörthstraße ein Kurzwarengeschäft übernahm. Nach der Geburt der ersten Tochter Jutta gab sie das Geschäft auf und widmete sich ganz der Familie. Acht Jahre später wurde die zweite Tochter Elke geboren. Als ihr Mann bei einer großen Spirituosenfirma für ganz Oberfranken zuständig wurde, erledigte sie die Büroarbeit im Verkaufsbüro bis zum Renteneintritt.

Seit vielen Jahrzehnten ist Christl Starosta in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen aktiv. Sowohl in der Ortsgruppe als auch im Bezirk ist sie stellvertre-

tende Schatzmeisterin. Beim Aufbau der Abteilung „Vertriebene in Hof“ im Museum Bayerisches Vogtland Hof gehörte sie mit ihrem Mann Helmut Starosta zusammen zu den treibenden Kräften. Außerdem vertrat sie bis Anfang des Jahres im Sozialausschuss der Stadt Hof die Belange der vertriebenen Senioren. Stets ist sie eine kompetente Ansprechpartnerin in allen Belangen der Vertriebenenarbeit. Ihr Wissen über Ost- und Westpreußen, sowohl kulturell als auch politisch, wird gern genutzt. Bei Reisen in die Heimat weiß sie viel zu erzählen und die Mitreisenden zu begeistern.

Die Ortsgruppe Hof wünscht Christl Starosta noch viele erfüllte Jahre bei bester Gesundheit.



Bremen

Die Zusammenkünfte der Frauengruppe, die eigentlich an jedem dritten Donnerstag im Monat im „Hotel zur Post“ stattfinden, müssen bis einschließlich Juli entfallen.

Unsere Geschäftsstelle ist bis zur Sommerpause nur telefonisch erreichbar. Wenn Sie ein Anliegen an uns haben, nutzen Sie dort bitte unter 0421 – 3469718 unseren Anrufbeantworter.

Wir bedauern sehr, dass wir bis auf Weiteres keine persönlichen Begegnungen haben können und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!

PAZ wirkt!



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Hamburg-Harburg – Ein neuer Termin für den am Sonntag, den 21. Juni 2020 geplanten, jedoch abgesagten Gottesdienst wird rechtzeitig bekannt gegeben.



Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ostpreußen, Pommern und Schlesier, NRW-Landestreffen am 5. Juli 2020
Landesgruppe – Liebe Heimatfreunde! Aus gegebenem Anlass und in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt sehen wir uns veranlasst, Ihnen diese Information zukommen zu lassen. Das diesjährige NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier am 5. Juli 2020 auf Schloss Burg fällt aus.

Da zur Zeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teil-

nehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Aktuell fehlen auch Richtlinien der Landesregierung für derartige Veranstaltungen.

Wir bitten um Verständnis. Allen wünschen wir beste Gesundheit und Wohlergehen, damit wir uns im nächsten Jahr auf der Höhe von Schloss Burg wiedersehen.

Landsmannschaft Ostpreußen NRW, Pommersche Landsmannschaft NRW, Landsmannschaft Schlesien NRW



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Ostpreußen-Stammtische des BJO
In Zeiten der Corona-Krise ist es für viele Vereine nicht einfach, ihre satzungsmäßigen Aktivitäten fortzuführen. Virtuelle Treffen wurden zwar bereits vor der derzeit andauernden Pandemie wahrgenommen, in den letzten Wochen erfreuten sich diese aber einer überdurchschnittlichen Popularität.

Der Bund Junges Ostpreußen musste ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen verschieben. Um das Vereinsleben trotzdem am Leben zu erhalten, finden alle zwei bis drei Wochen virtuelle Ostpreußenstammtische statt. Über Skype treffen sich sowohl Mitglieder als auch interessierte Personen. Der Ablauf ist sehr simpel und besteht aus zwei Punkten. Einer der Teilnehmer gibt einen Anstoß, indem er ein Thema vorschlägt und über dieses auch 10

bis 15 Minuten referiert. Danach findet eine freie Diskussion statt. Bis jetzt wurde über die schriftstellerische Tätigkeit Ernst Wicherts, und über das Zukunftskonzept des Schlosses Steinort in Ostpreußen gesprochen.

Über seinen E-Mail-Verteiler, via Facebook und Instagram sowie in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* informiert der BJO über demnächst stattfindende Stammtische. Wir würden uns auf ein gemeinsames Treffen und Gespräche mit weiteren Interessierten freuen!

#deutschlandläuftweiter
Am vergangenen Wochenende fand der virtuelle Lauf *#deutschlandläuftweiter* statt. Auch einige BJO-Mitglieder waren unter den über 2000 Teilnehmern. Insgesamt waren die Sportler mit ihren Ergebnissen zufrieden. Der BJO hofft, dass beim nächsten Mal sich noch mehr sportlich Aktive finden, die den Verein repräsentieren werden.

Briefmarkenprojekt
Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen kam Wilhelm Kreuer, ehemals Vorsitzender der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, der Gedanke, zur Erinnerung an diese historische Begebenheit eine Sonderbriefmarke zu gestalten. Diese Idee teilte er mit dem BJO, und dieser entschloss sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Daraufhin hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Gestaltung der Motive beschäftigt und gern weitere Vorschläge entgegennimmt sowie auch für Interessenten, die sich auch einbringen mögen, offen ist.

Bei Interesse bitte bei Peter Harder melden. E-Mail-Adresse: *harder@junge-ostpressen.de*

Gemeinsame Erklärung zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Wir erinnern an Flucht, Vertreibung und Deportation sowie an das Schicksal der deutschen Minderheiten in den Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten

„Wer die Geschichte kennt und in die Zukunft schaut, der kann nicht anders als ein überzeugter Europäer zu sein.“
(Zitat von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch)

Am 20. Juni 2020 begehen wir den bundesweiten „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zum sechsten Mal. Auf diesen bundesweiten Nationalen Gedenktag, der die Erinnerung an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg lebendig hält sowie zu Verantwortung und Versöhnung mahnt, mussten die Heimatvertriebenen jahrzehntelang warten. Seit dem entsprechenden Bundesratsbeschluss aus dem Jahr 2003 hatte es über zehn Jahre gedauert, diesen zu realisieren. Mit Beschluss vom 27. August 2014 hat die Bundesregierung den 20. Juni (UNO-Weltflüchtlingstag) als feststehendes Datum ausgewählt, und der Gedenktag konnte erstmals am 20. Juni 2015 in Berlin feierlich begangen werden. Er soll verdeutlichen, dass Flucht und Vertreibung nicht nur für die da-

von Betroffenen eine traurige Bedeutung haben, sondern Teil der Geschichte aller Deutschen und Teil der europäischen Geschichte sind.

Lag der inhaltliche Schwerpunkt im ersten Aufruf der Landesbeauftragten der Länder Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Hessen zu „75 Jahre Kriegsende – Wir erinnern an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“ vom 8. Mai 2020 auf dem Thema „Flucht und Vertreibung“, so möchten wir in diesem Aufruf in besonderer Weise den Blick auf das schwere Schicksal der nach dem Zweiten Weltkrieg in den Herkunftsgebieten verbliebenen Deutschen – der Heimatverbliebenen – richten sowie auf deren Bemühungen zur Aufrechterhaltung der deutschen Sprache und Kultur.

In diesem Sinne setzen wir ein Zeichen:

- Wir erinnern daran, dass der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Ideologie dazu geführt haben, dass deutsche Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion oftmals als innere Feinde betrachtet wurden und jahrzehntelang schwersten Repressionen ausgesetzt waren.
- Wir erinnern daran, dass nach Vertreibungen, Deportationen und

Zwangsarbeit es in vielen Herkunftsgebieten massive Schwierigkeiten gab, die eigene Kultur zu erhalten. Staatliche Zielsetzung war es oftmals, eine Assimilierung der Minderheiten zu erreichen. Dadurch wurden die Beziehungen zu Angehörigen der jeweiligen Mehrheitsgesellschaften, zu Nachbarn und vormaligen Freunden stark beeinträchtigt. In ihren nervenaufreibenden Ausreisebemühungen wurden viele Deutsche von den kommunistischen Regierungen jahrelang hingehalten. In vielen Staaten wurde durch ein gezieltes Vorgehen gegen die Nutzung und das Erlernen der deutschen Sprache den Gemeinschaften der wichtigste Faktor ihres Zusammenhalts genommen. Die Folgen davon wirken bis heute nach und Sprachkompetenz muss mühsam wiederaufgebaut werden.

- Wir erinnern daran, dass bis heute rund 1,2 Millionen Menschen als deutsche Minderheiten in Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Kroatien, Serbien, Slowenien, den baltischen Staaten und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben.
- Wir erinnern daran, dass sich die Lage der deutschen Minderheiten nach der politischen Wende 1989/90 in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt hat. Gründe dafür sind bilaterale

Verträge und Abkommen zu ihren Gunsten sowie die vom Europarat gezeichnete Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten, aber genauso die tragfähigen Minderheitenschutzgesetze in den betroffenen Staaten. Hinzu kommt eine inzwischen neue Aufgeschlossenheit der Heimatstaaten und auf deutscher Seite eine höhere Aufmerksamkeit zugunsten der deutschen Minderheiten.

- Wir erinnern an die im Geiste des § 96 Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) von der Bundesregierung formulierte Solidaritätsverpflichtung, die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Bewahrung ihrer Identität zu unterstützen sowie das Kulturgut der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes zu erhalten. In diesem Sinne unterstützt Deutschland beispielsweise den Aufbau gut organisierter und zukunftsfähiger Selbstverwaltungen, mit denen die jeweilige deutsche Minderheit die Gesellschaft ihres Landes aktiv in ihrem Sinne mitgestalten kann. Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt im Bereich Sprachförderung und Jugendarbeit. Die Bundesregierung strebt eine von Transparenz und Partnerschaft gekennzeichnete Zu-

sammenarbeit mit den Regierungen der Herkunftstaaten deutscher Minderheiten in Europa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion an. Dieses tragen wir tatkräftig mit.

- Wir erinnern daran, dass die deutschen Minderheiten sowie die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kulturen sind. Sie bieten die Chance auf einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung kultureller und zivilgesellschaftlicher Brücken und Netzwerke in die Länder Mittel- und Osteuropas sowie in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Hierin liegt ein wichtiger Teil europäischer Völkerverständigung.
- Wir erinnern daran, dass es ganz im Sinne der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950 das gemeinsame Ziel sein muss, immer wieder für ein geeintes Europa einzutreten, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Damit gehörten die Heimatvertriebenen zu den ersten in der deutschen Bevölkerung, die ein klares Bekenntnis zu einem einigen Europa abgelegt haben. Auch 70 Jahre nach Unterzeichnung der Charta muss es weiterhin unser gemeinsames Ansinnen bleiben, dieses große Friedensprojekt nicht zu gefährden.

Wenn wir am bundesweiten „Nationalen Gedenktag für die Op-

fer von Flucht und Vertreibung“ an die Nachkriegsopfer und ihr Schicksal erinnern, tun wir dies, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wohin Krieg, Hass und Gewalt führen und dass die Erinnerung an den Krieg sowie die Kriegsfolgen den Frieden und die Eintracht fördert.

Sylvia Stierstorfer, MdL
Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

Margarete Ziegler-Raschdorf
Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Heiko Hendriks
Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

Dr. Jens Baumann
Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen

München/Wiesbaden/Hannover/Düsseldorf/Dresden im Juni 2020

Heimatkreisgemeinschaften



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar,
An der Grubenbahn 21, 01662
Meißen, Telefon (03521) 4592901
Internet: www.kreisgemeinschaft-
johannsburg.de; E-Mail: kodo48@
aol.com; **Kassenverwalter:**
Günter Woyzechowski, Röntgen-
straße 14, 31157 Sarstedt,
Telefon (05066) 63438,
E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Das an dieser Stelle ursprünglich
beworbene 65. Hauptkreistreffen
der Kreisgemeinschaft am 6. Sep-
tember 2020 in Dortmund sowie
die geplante Betreuungsfahrt
Stadt- und Landkreis Johanns-
burg im Oktober mussten auf-
grund der Corona-Pandemie lei-
der abgesagt werden.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz,
Knicktwiete 2, 25436 Tornesch,
Telefon/Fax (04122) 55079.
Stellv. Kreisvertreterin: Luise-
Marlene Wölk, Schwalbenweg 12,
38820 Halberstadt, Telefon
(03941) 623305. **Schatzmeister:**
Frank Panke, Eschenweg 2, 92334
Berching, Telefon (08462) 2452.
Geschäftsstelle: Horst Sommer-
feld, Lübecker Straße 4, 50858
Köln, Telefon (02234) 498365

Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Un-
terstützung für ihre Examensarbeit.
Sie studiert Musik und Französisch
für das gymnasiale Lehramt in Ro-
stock. Mit ihrer Arbeit möchte sie
sich Musik und Brauchtum Ost-
preußens zuwenden. Ihr Interesse
an der Themenwahl rührt aus der
Flucht der Großmutter und deren
Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis
Mohrungen nach Oberfranken.

Gesucht werden (alte) Kon-
zert-/Festprogramme oder Unter-
lagen wie Zeitungsausschnitte, die
musikalische Aktivitäten, Tänze
oder Ähnliches im Ablauf stehen
haben. Danke für Ihre Hilfe!

*Kontakt: Josephina Strößner,
E-Mail: josephina.stroessner@
hmt-rostock.de*

Die feierliche Einweihung des „Im-
manuel Kant-Platzes“ zu Ehren des
großen Philosophen an der Pfarr-
kirche in Groß Arnsdorf/Jarnolto-
wo, die für den 13. Juni 2020 ge-
plant war, ist wegen der Maßnah-
men gegen die Corona-Pandemie
auf ungewisse Zeit verschoben!

Der weltberühmte Philosoph
Immanuel Kant lebte zwischen
1750 und 1754 in Groß Arnsdorf.
Zum Gedenken an seine hier ver-
brachten Lebens- und Lehrjahre
wurden zwei Informationstafeln
aus Granit am Glockenturm der
örtlichen Kirche angebracht.

Im Frühjahr 2020 wurde der
„Immanuel Kant-Platz“ mit einem
angelegten, befestigten Pfad mit
15 Lehrtafeln und mit geschnittzer
Holzskulptur fertiggestellt und
sollte eingeweiht werden.

Sobald der machbare Termin
feststeht, werden wir diesen im
Internet unter *www.mohrungen.eu*
und in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt*
bekanntgeben.

Ingrid Tkacz

Groß Arnsdorf im Leben von Immanuel Kant

Immanuel Kant verließ Königsberg
ohne Abschluss seines Studiums an
der dortigen Universität, um als
Hauslehrer auf dem Land zu arbei-
ten. Um das Jahr 1750 kam Kant
nach Groß Arnsdorf und wurde als
Privatlehrer auf dem Grundbesitz
des Gutsherren von Groß Arnsdorf,
Bernhard Friedrich von Hülsen, be-
schäftigt. Kant unterrichtete des-
sen drei Söhne zusammen mit ei-
nem weiteren Lehrer, der die Jun-
gen in Französisch unterrichtete.

Hauslehrer auf dem Lande

Immanuel Kant blieb bis Anfang
1754 in Groß Arnsdorf. Im Juni 1754
wird seine Rückkehr nach Königs-
berg in einem seiner Artikel in der
Lokalzeitung erwähnt. Auf dieses
Jahr weist auch ein Brief von Kant
an Christoph Ludwig von Hülsen
vom 10. August 1754 in Königsberg
hin, in dem Kant den Adressaten
über den Versand von Latein- und
Geschichtsbüchern sowie von zwei
Bildern für seinen jüngeren Bruder
und den Vater informiert. Aus dem
Kontext des Briefes geht hervor,
dass Kant Groß Arnsdorf kurz zu-
vor verlassen haben muss.

Die Jahre 1750–1754 als Periode
des Aufenthaltes Immanuel Kants
in Groß Arnsdorf wurden auch im
Bericht vom 16. Januar 1855 über



Ehrung Zwischen 1750 und 1754 lebte Immanuel Kant als Hauslehrer in Groß Arnsdorf. An die Lebensjahre
des Philosophen auf dem Lande erinnert nun das „Immanuel-Kant-Eck“
Foto: Zdjęcia

die Begutachtung der dortigen Kir-
che und Pfarrei erwähnt. Das Ori-
ginaldokument wird im Allenstei-
ner Archiv aufbewahrt.

Kants Aufenthalt in Groß Arns-
dorf zog sich über mehrere Jahre
hin; mit der Familie Hülsen baute
der spätere Philosoph langjährige
enge Beziehungen auf. Dies belegen
die äußerst dankbar und respekt-
voll verfassten Briefe des Vaters so-
wie der Söhne, in denen der ehema-
lige Lehrer und Mitbewohner noch
nach vielen Jahren über alle famili-
ären Ereignisse informiert wurde.

In Groß Arnsdorf unterrichtete
Kant nicht nur die Söhne des Guts-

besitzers, sondern beobachtete
auch das Landleben sowie die so-
zialen Verhältnisse und bereitete
hier mit großer Wahrscheinlichkeit
seine künftige Magisterarbeit (heu-
tige Entsprechung einer Disserta-
tion) „Über das Feuer“ (lateinisch:
„De Igne“) vor. Er musste die im
alltäglichen Leben auftretenden
Unterschiede zwischen den Fron-
bauern in Groß Arnsdorf und den
von Leibeigenschaft befreiten so-
wie Freiheitsprivilegien genießen-
den Bewohnern der Gegend um
Judtschen wahrgenommen haben,
in der er zuvor gearbeitet hatte.

Der genaue Standort des dama-
ligen Hülsen-Hauses in Groß Arns-
dorf, in dem Kant unterrichten und
leben durfte, ist unbekannt. Das
Hülsen-Palais, dessen Ruinen er-
halten sind, wurde deutlich später,
16 Jahre nach Kants Abreise, er-
baut. Die bis heute stehenden Mau-
ern der Groß Arnsdorfer Kirche
hingegen erinnern an mehr als nur
einen seiner Kirchenbesuche. Mit
großer Sicherheit las er ebenfalls
die bereits zu jener Zeit entstan-
denen Inschriften, die in die bis heute
in der Kirche ruhenden steinernen
Grabplatten eingemeißelt worden
waren. Ein stiller Zeuge seines Auf-
enthaltes ist auch eine alte Eiche,
die auf dem Gebiet des damaligen
Hülsen-Gutes steht.

Zweifellos beeinflusste sein
Aufenthalt in Groß Arnsdorf Kants
spätere Haltung und sein Denken.
In Vorlesungen über Pädagogik er-
innerte er sich gerne an die Erfah-
rungen und Erkenntnisse während
seiner Arbeit als Privatlehrer zu-
rück. Umgekehrt hat Kant wahr-
scheinlich dazu beigetragen und
vielleicht sogar dafür gesorgt, dass
sein Schüler Georg Friedrich von
Hülsen aus eigenem Willen heraus
die ihm unterworfenen Bauern aus
der Leibeigenschaft befreite.

Kindheit in Königsberg

Immanuel Kant wurde am 22. Ap-
ril 1724 um 5 Uhr morgens in
Kneiphof geboren. Einige Monate
später, am 13. Juni 1724, fusionier-
te König Friedrich Wilhelm I. mit-
hilfe seines Rathausreglements
die drei Städte Altstadt, Kneiphof
und Löbenicht zur Königlich Preu-

ßischen Haupt- und Residenzstadt
Königsberg.

Am 23. April 1724 wurde der
Nachkomme der Kants auf den Na-
men „Emmanuel“ getauft. Mit der
Zeit änderte der zukünftige Philo-
soph seinen Namen und verwende-
te ihn in der Form von „Immanuel“,
was auf Hebräisch „Gott sei mit
uns“ bedeutet. Er war das vierte von
neun Kindern, von denen nur fünf
das Erwachsenenalter erreichten.

Immannuels schulische Ausbil-
dung begann 1731 an der örtlichen
Schule des St. Georgenhospitals,
wo hauptsächlich Katechese ge-
lehrt wurde. 1732 wurde Immanuel
dank der Hilfe von Pfarrer Franz
Schultz, einem Bekannten seiner
Mutter, an das pietistische Collegi-
um Fridericianum für Jungen ver-
setzt, welches er bis 1740 besuchte.
1740 trat Immanuel Kant in die
Universität ein. Die Familie hatte
die von Pfarrer Schultz unterstütz-
te Hoffnung, dass Kant Theologe
werden und eine kirchliche Lauf-
bahn einschlagen würde. Der junge
Student entschied sich jedoch für
die Fächer Logik, Ethik, Metaphy-
sik, Naturrecht und Mathematik.

Während seines Studiums
nahm er häufig an Spielen und ge-
meinschaftlichen Zusammenkün-
ften teil, bei denen er seiner gesell-
igen Seele freien Lauf lassen konn-
te: immer modisch gekleidet, char-
mant, eloquent, gesegnet mit ei-
nem ausgeprägten Sinn für Humor
und einem unerschöpflichen Re-
pertoire an Anekdoten sowie origi-
nellen Antworten und Sprüchen.
Er war auch ein guter Kartenspie-
ler, selbst wenn um Geld gespielt
wurde. Der junge Kant war weder
ein verschlossener Snob noch ein
seltsamer Kauz, wie er an manchen
Stellen beschrieben wird.

Im Jahre 1747 verließ er ohne
Diplomabschluss die Stadt, um als
Dorflehrer zu arbeiten. Er wurde
zunächst Lehrer von dreien der
fünf Söhne des Pfarrers Daniel
Ernst Andersch in Judtschen, etwa
hundert Kilometer östlich von Kö-
nigsberg – heute Wesselowka im
Königsberger Gebiet. Um 1750 ver-
ließ er Judtschen und begab sich
nach Groß Arnsdorf, wo er bis 1754
arbeitete.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ ab-
gedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen
werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können
Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGEN

Rechtsanwalt

Joachim Mikoleit

*20. 3. 1935 † 26. 5. 2020
Ortelsburg Düsseldorf

Ein langes Leben ist still zu Ende gegangen.
Sein gesellschaftliches Engagement, die Mitarbeit
im Anwaltsgerichtshof und die Wahrung des Standesrechts
lagen ihm besonders am Herzen.

Die Sorge für seine Familie hat ihn sein ganzes Leben
begleitet. Seine Liebe und Herzenswärme
werden uns fehlen.

Friedericke Mikoleit geb. Bülte
Irmgard Mikoleit geb. Vogelgesang

Martin Mikoleit
Uwe Mikoleit
Knut Mikoleit

www.paz.de



*Und immer sind irgendwo Spuren Deines Lebens.
Gedanken, Bilder, Augenblicke und Gefühle.
Sie werden uns immer an Dich erinnern.*

Wir nehmen Abschied von

Dora Gerlach

geb. Berensdorff
* 2. 5. 1932 † 11. 6. 2020
Braunsberg/Ostp. Preußen Bochum

Christiane, Hamid und Human
Annette
Björn, Charlotte, Luise und Karl

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

*Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.*

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutti,
Schwiegermutter, Oma, Cousine, Schwägerin und Tante



Edith Endrullat

geb. Labrenz
* 6. März 1931 † 9. Juni 2020
Borkenwalde (Angerburg/Ostpr.) Abbendorf (Prignitz)
aufgewachsen in Groß Klingbeck (Heiligenbeil/Ostpr.)

In stiller Trauer:

Burkhard & Nina mit Alexander
Norbert & Birgit mit Sabrina
Volker & Daniela mit Carolin und Leonhard
Bernd & Dörte mit Frauke, Charlize und Artur
sowie alle Angehörigen und Heimatfreunde

Die Trauerfeier fand am 16. Juni 2020 auf dem Friedhof in Abbendorf statt.

Die Luft ging durch die Felder, die Ähren wogten sacht
es rauschten leis' die Wälder, so sternklar war die Nacht.
Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus
flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.
Josef von Eichendorff

Nach einem langen erfüllten Leben und kurzer schwerer Krank-
heit verstarb heute mein geliebter Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater, Opa, Uropa, Bruder, Schwager und Onkel

Willy Wysk

* 19. August 1927 † 21. Mai 2020
Willenberg, Kreis Ortelsburg Mettmann

In stiller Trauer, Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied

Ruth Wysk geb. Hartkopf
Joachim Wysk
Volker und Helga Wysk
Susanne Wysk

Enkel und Urenkel:

Fabienne
Deliah und Rene mit Luana und Ava
Nikolai
Annemarie Pell-Escofet
und Anverwandte

Traueranschrift: Ruth Wysk
Homburger Straße 35, 40822 Mettmann

AUTOBIOGRAFIEN

Die Abenteuer eines einfachen Schlesiens

Auf vielen Kontinenten zu Hause – Das aufregende Leben des Johann Friedrich Löffler nacherzählt

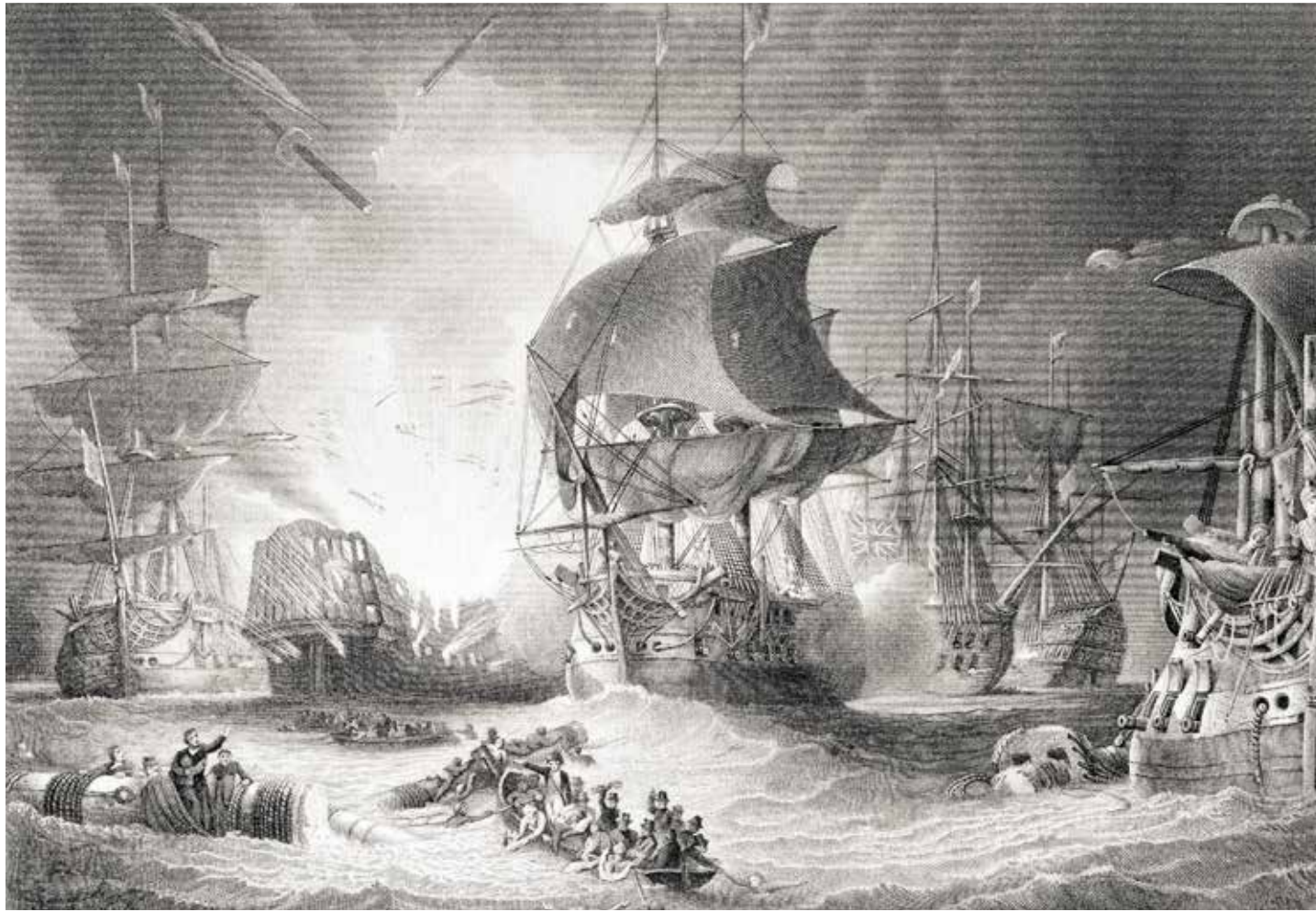
VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im 19. Jahrhundert waren autobiografische Werke von einfachen Menschen aus dem Volk, die Außerordentliches erlebt oder zuwege gebracht hatten, äußerst beliebt. Teilweise wurden sie noch im 20. Jahrhundert mehrfach neu aufgelegt. So auch die 1836 erschienene, von dem Breslauer Historiker Gustav Rieck als Erzählung abgefasste Lebensbeschreibung eines Schlesiens namens Johann Friedrich Löffler (von 1768 bis nach 1838), der während der sogenannten „Franzosenzeit“ 31 Jahre als Söldner in österreichischen, holländischen und englischen Diensten schicksalhaft in der Welt umhergetrieben wurde.

Der ersten Ausgabe des mit einem Portrait Löfflers und zeitgenössischen Kupferstichen ausgestatteten Buches mit dem Titel „Der alte Sergeant. Leben des Schlesiens Johann Friedrich. Ein Beitrag zur Geschichte der Zeitgenossen“ folgten weitere, teilweise stark gekürzte Bearbeitungen unter den Titeln „Auf Söldnerfahrt durch drei Erdteile“ und zuletzt 1971 „Der alte Sergeant: J. F. Löffler, Abenteuer in drei Erdteilen“ in der Reihe „Abenteuerliche Lebensläufe“.

Aus ärmlichen Verhältnissen

Löffler war in ärmlichsten Verhältnissen in Schweidnitz aufgewachsen, hatte in der Schule kaum lesen und schreiben gelernt. Während seiner fünfjährigen Lehrzeit bei einem Tuchmacher verließ sein Vater Frau und fünf Kinder ohne Abschied. Nach seiner Freisprechung durch den Meister zog es 1785 auch den 17-jährigen Handwerksgehilfen Löffler fort von daheim, „um in der weiten Welt das Glück zu suchen“. Umsonst warnte ihn seine Mutter: „Geh mit Gott, bald wirst du anderen Menschen gehorchen oder dem Kalbfell folgen müssen.“ Was bedeutete: als Soldat hinter der Trommel zu gehen. Und genauso kam es auch. Auf seiner Wanderschaft durch Schlesien,



Gemälde der Schlacht von Abukir: Als die Kämpfe tobten, befand Löffler sich im Bauch eines der englischen Schiffe

Polen, Wien und Ungarn erkrankte er in Budapest schwer. Zurück in Wien, war er Monate später noch zu schwach, um wieder zu arbeiten, und völlig mittellos. Da sprach ihn ein Soldatenwerber auf der Straße an, lud ihn in einer Herberge zum Essen und Trinken ein und drängte ihn, Soldat zu werden. Allzu verlockend war für den abgemagerten jungen Mann das Angebot von 45 Gulden Handgeld und extra guter Kost bei den Soldaten. Mit seiner Einwilligung, dem Kaiser Joseph im Regiment Deutschmeister für sechs Jahre zu dienen, begann sein hartes und gefährliches Söldnerleben.

In Österreich, Holland, Frankreich und England warben die Herrscher für ihre Re-

gimenter gerne Ausländer. Die eigene Bevölkerung wollte man schonen, da diese zum Arbeiten und Steuerzahlen gebraucht wurde. Schon im März 1788 musste Löffler mit seinem Regiment in den Krieg gegen die Türken ziehen, wurde verwundet und erneut eingesetzt. Anschließend etablierte er sich in Wien im Garnisonsdienst als Unteroffizier und Rekrutenausbilder. Gerade als er heiraten wollte, brach 1793 der Krieg gegen das revolutionäre Frankreich aus. Widerwillig marschierte er mit dem Heer in die österreichischen Niederlande. In Frankreich überlebte er schlimmste Notlagen, Seuchen, Spießrutenlaufen und schließlich ein Jahr in französischer Gefangenschaft,

bis man ihm nach dem Friedensschluss zwischen Preußen und Frankreich 1795 seinen „Laufpass“ gab. Auf dem Heimweg nach Schlesien aber fiel er während eines Abstechers nach Rotterdam erneut in die Hände eines „Seelenverkäufers“. Nun wurde Löffler ein Söldner der Meere.

Als Söldner in fremden Diensten

In holländischen Diensten fuhr er auf einem Kriegsschiff nach Grönland, um die Walfänger zu bewachen. Anschließend wurde er mit einer großen Truppe ans Kap der Guten Hoffnung verschifft, wo die Garnison gegen die englischen Angriffe verstärkt wurde. Jedoch ergaben sich die Hol-

länder den Engländern kampfflos. Löffler blieb keine andere Wahl, als einen Eid auf den englischen König Georg III. zu leisten. Im August 1798 steckte er im Zwischendeck eines Linienschiffs, als die Engländer unter Nelsons Kommando die französische Flotte vor der ägyptischen Küste bei Abukir angriffen und besiegten. Anschließend lebte er jahrelang ruhig in Kingston auf Jamaika. Seine Einheit war zur Sicherung der Kolonien abgestellt, und wie viele seiner Kameraden gründete er eine Familie. Dessen ungeachtet wurden sie 1809 nach Südafrika abkommandiert. Ein weiteres Ereignis der Weltgeschichte, dem er als Augenzeuge beizuhnte, war die Abschiebung des im Juni 1815 endgültig besiegten Napoleon Bonaparte auf die Insel St. Helena: Löffler befand sich auf einem der englischen Geleitschiffe, die Mitte Oktober diese einsame Insel im Atlantik erreichten.

Noch einige Jahre blieb er im Dienst der Engländer. In Hannover erhielt er 1818 sein Entlassungsdokument und eine Abfindung von 208 Talern. Nach Begleichung seiner Schulden machte er sich zu Fuß auf den Weg nach Schlesien, kam in Schweidnitz 1821 aber mit leeren Händen an, da ihm sein restliches Geld nachts in einer Herberge gestohlen worden war. Der Respekt, den man ihm, dem weit herum gekommenen Söldner der „Franzosenzeit“, in seiner Heimatstadt zollte, half ihm nicht im Hinblick auf seine existenziellen Nöte. Der vielfach verwundete und vorzeitig gealterte Mann war gesundheitlich angeschlagen und auf private Wohltäter angewiesen. Per Zeitungsanzeige suchte er nach Englischschülern. Auf diese Weise kam es zum Kontakt mit dem späteren Herausgeber seiner Memoiren. Dieser übernahm es, die in Bruchstücken mitgeteilte, außergewöhnliche Lebensgeschichte des „würdigen Alten“ mit historischen Tatsachen zu untermauern und in lebendiger Form nachzuerzählen. 1836 erhielt der 68jährige Veteran durch die Fürsprache seines Förderers endlich auch eine kleine Rente.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schlesische Bergbau-Museen konkurrieren um Besucher

Hindenburg und Königshütte feilen an ihrem Industrieerbe – Wegen der Corona-Pandemie findet die Industriada später statt

Pandemiebedingt wird das Sommerfest der Denkmäler industrieller Architektur – die Industriada – auf September verschoben. Auch wird die 11. Auflage nicht mehr vom Marschallamt der Woiwodschaft (Ober-)Schlesien verantwortet, sondern das Kohlebergbau-Museum in Hindenburg [Zabrze] ist Organisator. „Weil wir noch kein genaues Datum der Industriada 2020 kennen, kann jeder schon einmal auf eigene Faust die 41 teilnehmenden Einrichtungen besichtigen. Gleich zwei davon gehören zu unserem Museum: Der Königin-Luise-Stollen und die Guido-Grube in Hindenburg“, sagte Justyna Mroczkowska vom Kohlebergbau-Museum in Hindenburg gegenüber der Zeitung „Rzeczpospolita“.

Per Boot durch die Stollen

Im Bergwerk Königin Louise schindet das noch erhaltene Fördergerüst der Zwillingdampfmaschine von 1915 wohl den größten Eindruck. Unten im Bergwerk erwartet die Besucher ein in Europa einzigartiger Stollen, der sich der Länge nach durch ein Kohleflöz gräbt. Seit Kurzem kann man dort auch per Boot über einen Kilometer auf einem unterirdischen Kanal durch einen Stoll-

len von der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert fahren.

Das Kohlebergbau-Museum wird bald schon ein weiteres Objekt zu seinen Attraktionen zählen können – einen 1909 erbauten, 46 Meter hohen Wasserturm. Bartłomiej Szewczyk, Leiter des Kohlebergbau-Museums, plant darin ein Carbon-Museum, ein Erwachsenenbildungszentrum, ein Zentrum für Handwerk sowie ein Bergbau-Dokumentationszentrum einzurichten. „Ich hoffe, dass auch das in der Turmkuppel eingerichtete Café bald schon zu den Lieblingsorten der Hindenburger wird“, freut sich Malgorzata Manka-Szulik, die Hindenburger Stadtpräsidentin. Die Sanierung des Wasserturms soll etwa acht Millionen Euro kosten. Ob die Eröffnung wie geplant Ende 2020 stattfindet, steht wegen der Corona-Krise jedoch noch in den Sternen.

Bis zur Industriada wird wohl das entstehende Hüttenmuseum in Königshütte [Chorzow] ebenfalls nicht fertig sein. Aber vielleicht werden Besucher an diesem Fest die mehr als 100 Jahre alte Halle des einstigen Königshütter Elektrizitätswerkes besichtigen können. In dieser Halle soll 2021 ein Museum für Hüttenwesen von überregionaler Bedeutung entstehen.



An der Guidogrube: Jerzy Gorzelik (im orangefarbenen T-Shirt), Chef der oberschlesischen Autonomisten, ist Ideengeber der Industriada

Foto: Wagner

Königshütte entstand 1869 aus mehreren einst ländlichen Ortschaften und wurde zur Stadt erhoben. Es besaß das größte Hüttenwerk Schlesiens, die Vereinigte Königs- und Laurahütte mit sieben Hochöfen und Koks Brennerei, Ammoniak-, Teer- und Benzolfabrik, Kupferextraktion, Eisen- und Stahlgießerei sowie

Walzwerken. 1922 fiel Königshütte an Polen, das zunächst die wörtliche Ortsnamensübersetzung Krolewska Huta führte, ehe man den Ortsnamen in den des einst eingemeindeten Dorfes Chorzow änderte. Die Stadt grenzte an die bei Deutschland verbliebene Stadt Beuthen. 1935 entstand in Königshütte ein Museum, welches das

Erbe des Museums des Beuthener Landes antrat und sich seit 1961 in der Dokumentation der Industriegeschichte in der Kunst spezialisierte. Mit der Gründung des Hüttenmuseums bekäme die Einrichtung Konkurrenz. Die Dauerausstellung im entstehenden Hüttenmuseum wird die Geschichte der durch Friedrich Wilhelm von Reden initiierten und nach Plänen des schottischen Ingenieurs John Baildon entstandenen „Königshütte“ beinhalten und die Geschichte der 1873 gegründeten „Bismarckhütte“ beleuchten.

Verbindung ins Hier und Jetzt

Da es in unmittelbarer Nähe noch aktive Hütten gibt, bemüht sich Museumsleiter Kowalski, eine Verbindung ins Hier und Jetzt zu schaffen. Für die Umsetzung seiner Ideen müssen etwa fünf Millionen Euro ausgegeben werden, 3,5 Millionen kommen von der EU. „Es ist der höchste Zuschuss, den die Stadt für Kultur je ausgegeben hat“, so Kowalski. Die Königshütter Investition ist Teil des Programms zur „Belebung des industriellen Erbes Oberschlesiens“, das ein Gemeinschaftsunterfangen der Städte Königshütte und Hindenburg ist. Chris W. Wagner

GEGEN DAS VERGESSEN

Das Demminer Trauertuch

Heilsamer Beitrag zur Erinnerungskultur nicht nur für die Demminer

Vor nunmehr 75 Jahren ging auch im vorpommerschen Demmin der Zweite Weltkrieg zu Ende. Im April und Mai wurde des Kriegsendes 1945 in besonderer Weise gedacht. Im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in Demmin nahmen sich und ihren Kindern in Demmin sehr viele Menschen das Leben, die Zahlen schwanken zwischen „viele Hundert“ bis hin zu „weit über tausend“. Hunderte Namen wurden rasch im Wareneingangsbuch des Friedhofs notiert, viele Namen blieben unbekannt. Seit dem 8. Mai 2020 hängt das Demminer Trauertuch im Altarraum der Kirche St. Bartholomaei.

Über eintausend Kreuze sind vernäht worden im Andenken an die vielen Toten zu Kriegsende 1945 in Demmin, die durch eigenen oder fremden Entschluss ums Leben kamen: Männer, Frauen, Kinder. Jedes Kreuz ist unterschiedlich, so wie jedes dieser Leben unterschiedlich war.

Das Demminer Trauertuch ist ein Baustein der Erinnerungskultur in Demmin.

An diesem Tuch haben viele Hände mitgenäht: vor allem Hände aus dem Handarbeitskreis dieser Gemeinde, ohne den das Projekt nie begonnen hätte. Die Hände der Teilnehmenden an den monatlichen Nähworkshops. Viele Hände in der Domgemeinde im dänischen Ribe im Rahmen des deutsch-dänischen Freundschaftsjahres 2020. Hände aus den Kirchengemeinden Lindenberg, Hohenbölentin und Grimmen. Hände aus Schulklassen, der Nagelkreuzgemeinschaft Deutschland, von Zeitzeuginnen des Kriegsendes in Demmin, aus der Initiative „Russenkinder-Distelblüten“. Von künstlerisch Begabten aus dem Freundeskreis der Gemeinde, Hände Anteilnehmender von fern und nah, etliche Unbekannte. Ihnen allen gilt unser sehr herzlicher Dank!



St. Bartholomaei in Demmin – das Trauertuch soll dauerhaft in der Kirche verbleiben. Es ist ca. 11 m lang und wird noch ergänzt. Foto: „Wir sind Müritzer“ – das lokale Netzwerk an der Müritz

Das Demminer Trauertuch besteht aus einzelnen Feldern im Format 20 x 20 cm, die seit Sommer 2019 zu Meterstücken zusammen genäht wurden, und aus

einzelnen Meterstücken. Die handarbeitlichen Techniken reichen von Applikation bis Quilt. Die Felder zeigen jeweils eine unterschiedliche Zahl von Kreuzen im Kontrastprinzip.

Viele Hände fertigten das Erinnerungstuch

Zur Dokumentation ist ein kleiner Katalog geplant, in dem die Mitnähenden porträtiert werden, und die Hintergrundgeschichte des Projektes im Rahmen der vor der COVID19-Pandemie geplanten Reihe „überwunden 2020“ sowie der einzelnen Kreuze erzählt werden kann. Zu Wort kommen sollen auch Förderer des Projektes und Pressestimmen. Besonderer Dank gilt Claudia Noffke von der Galerie ACNoffke in Ratzeburg, die das Tuch mit arrangiert und vor allem zusammen-genäht hat. Dank gilt auch der Bugenhagenstiftung in Greifswald für die finanzielle Förderung.

Das Demminer Trauertuch ist ein dauerhafter und heilsamer Beitrag vieler zur Erinnerungskultur in Demmin – erarbeitete Auseinandersetzung mit dem Trauma. Und ein liebevoller Blick in die gebrochene Seele dieser geschundenen Stadt. Bitte unterstützen Sie die Arbeit, Präsentation und Erhaltung des Demminer Trauertuches!

Pastor Karsten Wolkenhauer,
Ev. KG Demmin, Kirchplatz 7,
D-17109 Demmin.
Mail: demmin1@pek.de,
Telefon: 03998-433 483.



Aufnahme: Wikswat

● ZUM NACHDENKEN

Heimat ist Vieles

Mir fällt da eine kleine Tiergeschichte ein, die ich kürzlich las: 1945 musste eine Familie Haus und Hof verlassen, und ein kleiner Dackel zog mit ihnen. Jedoch wie das bei kleinen Dackeln so ist, die von der Weltgeschichte und ihrer Tragik nichts verstehen, witterte er Wald und Wild und ging mal eben kurz seinen Trieben nach. So verpasste er den Anschluss an die Seinen und trotz allen Suchens fanden sie den kleinen Racker nicht wieder.

Nach 30 Jahren besuchte diese Familie ihre Heimat, ihr Haus, ihren Hof. Und sie erfuhren von den neuen Besitzern, dass da 1945 halb verhungert ein kleiner Dackel aufgetaucht war, der mit großer Selbstverständlichkeit von Haus und Hof Besitz ergriff und dem anzumerken war, dass er alles kannte. Man habe ihn oft beobachtet, wie er auf der Schwelle lag und sehnsüchtig nach draußen schaute, in die Gegend witterte, ob da nicht endlich jemand vertrautes käme! Nach 15 Jahren hat er sein Hundeleben dann eines Abends beendet, den Kopf auf der Schwelle. Man sollte einmal über diese kleine Geschichte nachdenken, und mancher Professor, der seitenlange Artikel über den Begriff „Heimat“ schreibt und diesen zu zerlegen und zu ergründen sucht, fände vielleicht in dieser Geschichte eine Antwort. Heimat ist eine Sache, die nicht von heute auf morgen wächst, sondern aus jahrhundertelanger Verbundenheit entsteht. Aus der Verbundenheit mit dem Boden, dem Haus, dem Wald, dem See, dem Fluss, den Menschen, den Tieren, den Gräbern auf den Friedhöfen der Vorfahren und den Spielplätzen der Jugend. Es sind unendlich viele Dinge, die zum Begriff „Heimat“ beitragen.

(E. Hoffmann)

Conrad von Seelhorst – Weltumsegler und Agrarpionier

Er erforschte bedeutsame Erkenntnisse in der Pflanzenkunde, die heutzutage große Bedeutung haben

Conrad von Seelhorst stammte aus Pommern, begann seine Laufbahn als Weltumsegler und erlangte dann als wegweisender Agrarwissenschaftler deutsche Bedeutung. Er hatte seine Hauptwirkungsstätten in Jena sowie Göttingen, leistete als Professor für Pflanzenbaulehre wissenschaftliche Pionierarbeit, prägte zahlreiche Studentengenerationen und sorgte mit der Veröffentlichung seiner Erkenntnisse für die wachsende Anwendung in der landwirtschaftlichen Praxis. Damit erreichte er auch über seinen Tod vor 90 Jahren hinaus bis in die Gegenwart eine erhebliche Nachwirkung. Besonders seine Untersuchungen zum Wasserverbrauch landwirtschaftlicher Kulturpflanzen und zum Tiefgang der Wurzeln sind angesichts der letzten Trockenjahre von aktueller Bedeutung.

Conrad von Seelhorst wurde am 5. April 1853 auf dem elterlichen Rittergut Alt-Stüdnitz geboren. Der Ort liegt etwa 10 Kilometer südöstlich von Bütow am Nordufer des Stüdnitz-Sees, wurde 1335 in einer Urkunde des Deutschen Ordens erstmals erwähnt und gelangte danach in den Besitz der Herzöge von Pommern. Das lange durch Gutswirtschaft geprägte Alt-Stüdnitz heißt heute Studzienice und gehört jetzt zum Powiat Bytowski in der polnischen Woiwodschaft Pommern.

Die Mutter war eine geborene Maria von Hövell. Der Vater entstammte einer Offiziersfamilie, bewirtschaftete nach eigener Offizierslaufbahn bis zum Rang eines Generalleutnants das Familiengut und orientierte seinen Sohn schon früh an der Militärdienst. Der junge Seelhorst entschied sich deshalb vor dem Schulabschluss 1869 zum Eintritt in die Marine des Norddeutschen Bundes. Er war zunächst Kadett, wirkte in der aufstrebenden kaiserlichen Marine als Seeoffizier und nahm 1874 für zwei Jahre an der Weltumsegelung des Forschungsschiffes SMS Gazelle teil. Dabei spezialisierte er sich auf astronomische sowie meteorologische Messungen. Das wurde sein Einstieg in die Welt des wissenschaftlichen Arbeitens.

Dann aber ereilte ihn ein schweres Lungenleiden, das alle Zukunftsplanungen über den Haufen warf. Nach der krankheitsbedingten Quittierung des Dienstes in der Marine und mehreren Aufenthalten in Sanatorien entschied sich der Ex-Offizier mit Bezug zum elterlichen Gut für ein Studium der Landwirtschaftswissenschaften, die durch einige herausragende Agrarpioniere gerade einen Entwicklungsschub erlebten. Seelhorst kam in Jena in die Obhut von Theodor Freiherr von der Goltz, wurde unter ihm mit einer



Conrad von Seelhorst Foto: Wikipedia

betriebswirtschaftlichen Arbeit promoviert und bekrönte diese Etappe 1890 mit der Habilitation. Es folgten die Tätigkeit am Landwirtschaftlichen Institut der Universität in Jena, die Hinwendung auf den Pflanzenbau und 1892 die Veröffentlichung eines ersten Lehrbuches, das binnen kurzem zum Standardwerk in der Moorkultivierung gedieh. Seelhorst hatte ein Nischenthema aufgewertet, wurde

deutschlandweit bekannt und in Jena befördert. Er wurde Professor und Chef der Versuchsstation der Universität.

Aber auch andere Universitäten zeigten an seiner Person Interesse. Es gab lukrative Angebote. Seelhorst entschied sich nach den Jahren in Jena 1896 für die Universität in Göttingen, wo er in der Nachfolge von Georg Liebscher als Professor für Pflanzenbaulehre wirkte und am Institut große Versuchsfelder, eine moderne Vegetationshalle und beste Forschungsbedingungen besaß. Nun legte er so richtig los. Er lehrte über Wiesen- sowie Weidenbau, Moorkultur, Pflanzenkrankheiten und Pflanzenzüchtung, nutzte die Versuchsfelder zur Forschung und für praktische Übungen und betrieb eine umfangreiche Forschungsarbeit. Er erschloss den Zusammenhang zwischen dem Tiefgang der Wurzeln und der Düngungsintensität des Bodens, wies nach, dass „optimal gedüngte Pflanzenbestände trockene Witterungsperioden besser überstehen“, und untersuchte die Nährstoffverluste durch Auswaschungen. Dabei entwickelte sich der Agrarpionier zum Spezialisten für den „Wasserverbrauch landwirtschaftlicher Kulturpflanzen“, ein Thema, das gerade zuletzt wieder an Bedeutung gewann. Seelhorst war darin seiner Zeit voraus und wies Wege auf, um

damalige und heutige Probleme zu überwinden. Er fungierte als Institutsdirektor, führte 30 Doktoranden zur Promotion und publizierte als Mitherausgeber des „Journals für Landwirtschaft“ seine wegweisenden Erkenntnisse. Das trug ihm zahlreiche Ehrungen ein wie die Erhebung zum Geheimen Regierungsrat und die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität in Halle, weitere Angebote anderer Universitäten und den deutschlandweiten Ruf eines Agrarpioniers.

Seelhorst wurde 1922 emeritiert, arbeitete seinen Schüler Otto Törnau als Nachfolger ein, und starb nach einem in Zurückgezogenheit verbrachten Lebensabend unverheiratet an den Folgen eines Herzschlages am 6. Juli 1930 in Göttingen. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Göttinger Stadtfriedhof.

Martin Stolzenau

● FORSCHUNGSFAHRT

Vom 21. Juni 1874 bis zum 28. April 1876 unternahm die Gazelle eine nahezu zweijährige und 48.797 Seemeilen umfassende Expedition, die sie von Kiel aus entlang der afrikanischen Westküste, zum Kap der Guten Hoffnung, zu den Kerguelen, nach Mauritius, in die Südsee, durch die Magellanstraße und über die Azoren zurück nach Kiel führte.

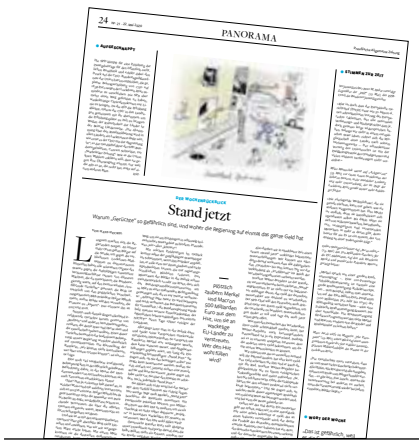
„Ein Ziel der Tschechen seit den Hussitenkriegen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Über den Wochenrückblick ‚Stand jetzt‘ habe ich sehr gelacht; aber eigentlich ist das alles sehr traurig“

Uwe Wagner, Bad Köstritz
zum Thema: Stand jetzt (Nr. 21)



Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LANGE GEPLANTE VERTREIBUNG ZU: TODESMARSCH AN FRONLEICHNAM (NR. 22)

Die „wilden Vertreibungen“, denen bis Juli 1945 etwa 750.000 Sudetendeutsche zum Opfer fielen, wurden am 25. Mai 1945 von der tschechoslowakischen Regierung verfügt. „Wild“, wie vor allem – aber nicht nur – in Brünn, war deshalb nicht ihre Spontaneität, sondern ihre Grausamkeit. Dies geschah vor der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges vom 17. Juli bis 2. August 1945, wo man die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ beschloss.

Das Argument der Tschechen, die brutale kollektive Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen ginge alleine auf das Konto der Potsdamer Vereinbarungen, ist deshalb nichts weiter als eine dreiste Geschichtslüge.

Die „Liquidierung der deutschen Frage“ (Edvard Beneš) war ein Ziel der Tschechen seit den Hussitenkriegen (1419–1436). Darauf wies auch Zdenek Nejedly, Schul- und Kulturminister der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung, hin. Bei einer Rede Anfang Juni 1945 äußerte er: „Schon die Hussiten begannen bei uns, die Frage der Beseitigung der Deutschen aus den böhmischen Ländern zu lösen. Wir sind ihrem Werk eine Zeit lang untreu geworden, aber jetzt werden wir ihre Arbeit zu Ende führen, und ich versichere euch, dass dies ganz auf hussitische Weise geschehen wird.“

Im gleichen Sinne tönte es auf dem Prager Slawenkongress im Juni 1848, wo die Vertreibung aller Deutschen östlich der Isthmuslinie Triest-Stettin verlangt wurde. Selbst Tomáš G. Masaryk, erster Präsident der 1918/19 gegründeten Tschechoslowakei, hegte ähnliche Gedanken. So schwadronierte er am 12. Januar 1919 in der französischen Zeitung „Le Matin“ von einer „sehr raschen Entgermanisierung“ der sudetendeutschen Gebiete.

Im geschichtlichen Einklang mit der sowohl während der Hussitenkriege und auf dem Prager Slawenkongress, als letztlich auch von Masaryk geforderten Ver-

treibung der Sudetendeutschen, proklamierte Beneš in seiner Weihnachtsansprache zum 24. Dezember 1946: „Das diesjährige Weihnachten bekommt eine besondere Bedeutung, einen eigenen Charakter auch dadurch, dass wir es in unserem Vaterland erstmals ohne Deutsche feiern. Das ist ein Ergebnis, auf dessen unermessliche historische Bedeutung ich schon mehrmals hingewiesen habe ... Mit dieser Tatsache wurde eines der großen Kapitel unserer Vergangenheit liquidiert.“

Dr. Walter Kreul, Germering

KRUDE PROFESSORALE IDEEN ZU: NAMENS-NARRETEIEN (NR. 24)

In dem sehr treffenden Kommentar (über Umbenennungen akademischer Einrichtungen, d. Red.) zitiert der Autor unter anderem Jürgen Zimmerer, Historiker und Afrikawissenschaftler und seit 2010 Professor für die Geschichte Afrikas an der Universität Hamburg. Er erwarb sich in der linksextremen Szene einen Namen, seit er 2011 seine Schrift „Von Windhuk nach Auschwitz“ veröffentlicht hatte, womit er glaubte, den Beweis erbracht zu haben, dass in der deutschen Kolonialpolitik vor allem Südwestafrika bereits die Weichen für den späteren Holocaust im Dritten Reich gelegt wurden.

Zimmerer ist schon lange einer der übelsten Verfechter solcher kruden Ideen, wofür Anti-Nationalisten der unterschiedlichsten Couleur ihn immer wieder loben und „auf den Schild heben“. Dabei ist der Professor geradezu von der krankhaften Vorstellung beseelt, überall „Spuren des Kolonialismus“ zu sehen, die auszutilgen sind. Liest man seine diversen Werke, kommt man letztlich zu dem Schluss, dass der Mann offenbar von einer Krankheit befallen ist, vielleicht der Schlafkrankheit oder einem anderen afrikanischen Virus, was man in dem von ihm gehassten Robert-Koch-Institut untersuchen lassen könnte.

Selbstverständlich bleibt es Zimmerer unbenommen, seine abenteuerlichen An-

sichten weiterzuverbreiten. Nachdenklich macht nur, dass sie von der Mehrheit der deutschen Medien wie ein Evangelium betrachtet und übernommen werden – wobei hier die *Preußische Allgemeine Zeitung* eine erfreuliche Ausnahme bildet. Also bitte weiterhin solche glänzenden „politisch unkorrekten“ Kommentare!

Wolfgang Reith, Neuss

EIN BEITRAG ZUR VOLKSBIILDUNG ZU: DER DICHTER LONDONS (NR. 23)

Den Überblick über das Werk Charles Dickens’ habe ich gern gelesen. Sehr interessant und hilfreich zur Einordnung seiner Werke sind die Bezüge, die der Autor zur damaligen gesellschaftlichen, zur politischen und wirtschaftlichen Lage und Entwicklung in England (und Berlin) aufzeigt. Und die zusammenfassende Schau über die damalige Literatur, der kurze Einblick in diese Phase europäischen literarischen Schaffens tragen gleichzeitig zu unserer Volksbildung bei. Chapeau!

Bernd Grossmann, Brackenheim

SOZIALISTISCHES KOLUMBIEN? ZU: KOCH UND KELLNER (NR. 23)

Seit Jahren lese ich die PAZ. Ich lese nicht immer alles (selbstverständlich nicht), aber was, das gründlich. Hans Heckel rettet fast jedes Wochenende; Straub, Nehring und andere aber natürlich auch.

Umso ärgerlicher, dass in der Kolumne „Koch und Kellner“ zwischen dreimal Venezuela zweimal Bogotá auftaucht. Einmal könnte das ein Versehen gewesen sein – aber doppelt? Eine sozialistische Regierung in Kolumbien zu vermuten, wo es (vermute ich) um Caracas ginge, müsste schon beim Schreiben auffallen. (Oder war Nicolás Gómez Dávila vielleicht doch Venezolaner?) „Geben die USA die Linie vor“, ist ein „Dreher“, das ist schon klar.

Nochmals: ärgerlich, denn der Beitrag beleuchtet die Vorgänge so, dass man diesen Artikel dem einen oder anderen gern als Kopie vorlegen wollte. Geht leider

nicht – wäre zu peinlich. Bitte kein „Dacapo“!

Thorsten Koye-Lemke, Berlin

US-SCHÜTZENHILFE FÜR STALIN ZU: KEIN NEUES „MIRAKEL DES HAUSES BRANDENBURG“ (NR. 14)

Vielen Dank für diese mutige Darstellung zum Kriegsgeschehen.

Jedoch möchte ich gegen die dem US-Präsidenten Roosevelt zugebilligte Illusion Stalin gegenüber, den er fast liebevoll mit „Onkel Joe“ titulierte, Einspruch einlegen. Stalin in Verbindung mit Demokratie und Frieden? (Ich bin in der DDR aufgewachsen!) Diese Relation kann man doch nur in dieselbe Kategorie verweisen wie seine Wahlversprechen, die USA neutral und aus Kriegen herauszuhalten: Propaganda fürs tumbe Volk.

So wie parallel zu den Wahlversprechen schon die Kriegsproduktion lief, wusste Roosevelt von Stalinschem Völkermord in Katyn und andernorts. Er hat diesen gedeckt und vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Dies fällt regelmäßig unter den Tatbestand der Beihilfe. Genauso wie er sofortige Kenntnis vom Zusatzprotokoll des Stalin-Hitler-Paktes hatte. Mit einer umgehenden Information der polnischen Regierung hätte er diese über ihre aussichtslose Position und damit zum Einlenken gegenüber den gerechten deutschen Verhandlungsangeboten bewegen und so den Krieg verhindern können.

Man dürfte weiter also nicht von einer Rooseveltischen Fehleinschätzung ausgehen, sondern davon dass die sich im und nach dem Krieg ergebende Entwicklung wenigstens zum Teil so geplant beziehungsweise einkalkuliert war. Genauso wie die US-Wirtschaft nur und ausschließlich durch Kriegsproduktion aus der Depression geführt werden konnte, hat sie durch den danach folgenden Kalten und mitunter auch sehr heißen Krieg weiter bestens geblüht. Also kann die These von dem „größten Kriegsverbrecher aller Zeiten“ offenkundig nicht ganz falsch sein.

Vielen Dank und weiter so!

Hans Püschel, Teuchern

ANZEIGE

Das legendäre Kräuterhausbuch für den ständigen Gebrauch in Garten und Küche!

Jetzt bei uns erstmals als preisgünstige Sonderausgabe!

■ Dieses Standardwerk verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit traditionellen Überlieferungen. Im umfassenden Pflanzenlexikon sind über 500 wirksame Heilpflanzen mit ihren Inhaltsstoffen und Anwendungen genau beschrieben.

Von Alant und Alpenveilchen bis Zwergholunder und Zwiebel

800 Farbfotos, Anbauanleitungen, Blüte- und Sammelzeiten, Trocknung, über 2000 Anwendungen als Hausmittel, rund 2000 Rezepte mit Zubereitungen für Tees, Tinkturen, Weine, Liköre, Schnäpse, Essig, Säfte, Speisen, Salben und Bäder. Unterstützende Edelsteinenergie, Kräutermagie und Planetenzuordnung, Homöopathie, Bach-Blüten, Schüßler Salze, Hildegardmedizin, Chinesische Medizin, Tabellen und Index zur Mittelfindung. Ein Symptome-Verzeichnis sowie ein Sachregister runden dieses große Kräuterhausbuch ab.

»Treten Sie unseren Heilkräutern mit Respekt entgegen, geben Sie ihnen in Ihrem Garten ein Zuhause, beugen Sie durch richtige Kräuterernährung Krankheiten vor.«

Siegrid Hirsch & Felix Grünberger: Die Kräuter in meinem Garten
großformatiges Paperback • Fadenheftung • 800 Seiten
durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 975 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Sonderausgabe nur 19.99 €* statt 34.90 €

Die Kräuter in meinem Garten

Siegrid Hirsch | Felix Grünberger

- 500 Heilpflanzen • 2000 Anwendungen
- 1000 Rezepte • Botanik • Anbau • Magisches
- Homöopathie • Hildegardmedizin • TCM
- Volksheilkunde • Bach-Blüten • Erkennen
- Sammeln • Konservieren

KOPP

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

GRENZERFAHRUNGEN

„Wie vor 1989“

Mit der Lockerung des Lockdowns stellen Deutsche und Tschechen fest, wie sehr sie sich vermisst haben

VON MARKUS BAUER

Seit Mitte März waren wegen Corona die Grenzen zu Polen und Tschechien geschlossen. Im Mai hatte sich daher überregional die Initiative „Samstage für Nachbarschaft“ gegründet, um mit Aktionen entlang der Grenze auf die Öffnung hinzuwirken. Mitte Juni wurden die Grenzen nun wieder geöffnet. Somit standen die 14-tägigen „Samstage für Nachbarschaft“ am 13. Juni unter dem Aspekt der Wiederöffnung auch an der bayerisch-tschechischen Grenze.

Gerade die Grenzregionen spürten die Schließung immens. Nicht nur, weil hier seit der 89er Revolution oft gute Nachbarschaftsbeziehungen und Kontakte gewachsen sind. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen, das heißt Arbeitsplätze und Pendler beiderseits der Grenze, gerieten durch Aus- und Einreiseverbote oder Quarantänen in Gefahr.

Betrübt über die geschlossene Grenze zeigte sich daher Ende Mai der Bürgermeister von Neukirchen beim Heiligen Blut und Stellvertretender Chamer Landrat Markus Müller. „Das ist ein Einschnitt in unser Zusammenleben, in die gegenseitige Verbindung. Das ist nun unterbrochen, eingeschränkt und schwieriger“, stellte er fest. Natürlich stehe der Gesundheitsschutz über allem, doch angesichts niedrigerer Infektionszahlen hoffte Müller zu diesem Zeitpunkt, „dass sich das Leben und auch das Zusammenleben normalisieren wird“.

„Unwürdige Lebenssituation“

Auf die guten Verbindungen der Bevölkerung von unten her, in den Vereinen und Gruppen, machte bei diesem Treffen am Wander- und Rad-Grenzübergang Hofberg-Fleky der Bürgermeister Jaroslav Bouzek von Chudiwa [Chudenín] aufmerksam. Diesen Weg gelte es auch künftig zu gehen.

Von deutscher Seite forderte der Landtagsabgeordnete Gerhard Hopp ein weiteres Zusammenwachsen Europas. „Sie alle beweisen, dass Bayern, Deutschland und Tschechien zusammengewachsen sind und zusammenhalten. Sie setzen ein klares Signal, dass wir die Herausfor-



Nette Grenznachbarn: Die Veranstalter von „Samstage der Nachbarschaft“ an der bayerisch-tschechischen Grenze Foto: Bauer

derungen der Corona-Krise gemeinsam bewältigen können“, zollte er den Organisatoren und Gästen Anerkennung. Neben den Lockerungen sei aber auch wichtig, das Gespräch zu suchen. „Halten wir Abstand, aber halten wir zusammen!“, brachte es Hopp auf den Punkt.

In einem „Aufruf zur freien Nachbarschaft“ haben die Initiatoren der „Samstage für Nachbarschaft“ ihre Ziele beschrieben. Die grenzüberschreitende Initiative entstand zunächst durch Treffen an der sächsisch-böhmischen Grenze und nahm mittels einer Facebook-Gruppe mit weit über 1200 Mitgliedern wahrhaft mitteleuropäische Ausmaße an.

„Ohne die Pandemie herunterspielen und die damit verbundenen Maßnahmen in Zweifel ziehen zu wollen, möchten wir auf die schwierigen und unwürdigen Lebenssituationen aufmerksam machen, die die Grenzschließungen mit sich bringen und Zehntausende bis Hunderttausende von Bewohnern der Grenzregion betref-

fen“, erklärt Jan Kvapil, Germanist an der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Aussig an der Elbe [Ústí nad Labem] und einer der informellen Sprecher der Initiative.

Seit 15. Juni ist Grenze wieder offen

Für 13. Juni waren die nächsten acht parallelen „Samstage für Nachbarschaft“ geplant – und scheinbar hatten die Aktionen auch gewirkt. Denn für 15. Juni wurde das Ende der Grenzschließungen in Aussicht gestellt, die Veranstaltungen wurden Grenzöffnungsfeiern. Der Bürgermeister von Neumark [Všeruby], Václav Bernard, bemerkte am bayerisch-tschechischen Grenzübergang Eschlkam/Všeruby, dass in Tschechien die Grenzschließung „völlig unterschiedlich aufgenommen“ worden sei, auch begünstigt durch unterschiedliche Informationen.

„Wir haben regelmäßig grenzüberschreitenden Kontakt, wir wussten, wie es im Nachbarland Deutschland aussieht“,

verdeutlichte Bernard und kritisierte Berichte in tschechischen Medien, die negative Stimmung gestreut und gar von einer zweijährigen Schließung der Grenze geschrieben hatten.

Bernard stellte die allgemeinen Corona-Maßnahmen nicht in Frage, wohl aber die Grenzschließungen, die sich besonders auf die Grenzpendler auswirkten. „Viele Male musste ich Falschmeldungen zurückweisen, die über starke Ausbrüche der Pandemie in Bayern berichtet haben“, führte der Rathauschef von Neumark aus.

Der stellvertretende Pilsener Bezirkshauptmann Pavel Čížek sprach von einer Erfahrung, „wie es vor 1989 war“. Daher war er erfreut, dass Mitte Juni alle Einschränkungen an der Grenze beendet seien. „Ich hoffe, dass wir daraus gelernt haben“, bilanzierte er. Wie Bürgermeister Bernard befürwortet auch er die Maßnahmen wie Mund-Nasen-Schutz und Abstandsregelung, wehrt sich aber gegen Grenzschließungen.

KIRCHE

Göttlicher Wasserhahn

Schluss mit der Angst vor der Seuche beim Bekreuzigen – In katholischen Kirchen gibt es jetzt Weihwasserspender

Das Bekreuzigen mit Weihwasser beim Betreten des Gotteshauses – ob zur Feier der Eucharistie oder zum persönlichen Gebet – ist bei gläubigen Katholiken unverzichtbarer Ritus. Doch die Weihwasserkessel sind seit Beginn der Corona-Krise aus Hygienegründen geleert. Wie kann dieses Defizit behoben werden? Die Firma foottec in Hemau (Oberpfalz) sorgt mit ihrem Weihwasserspender für berührungsfreies und somit hygienisch bereitgestelltes Weihwasser.

Mit dem im März verhängten Lockdown war auch das kirchliche Leben, und hier besonders die Liturgie, großen Einschränkungen unterworfen. Gottesdienste fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – und das in der für Christen wichtigsten Kirchenjahreszeit, den Kartagen und Ostern.

Seit Anfang Mai sind öffentliche Gottesdienste wieder erlaubt, aber unter Beschränkungen: Desinfektion beim Betre-



Weihwasserspenderfinder: Tobias Sturm in der Pfarrkirche St. Georg in Painten

ten der Kirche, Mindestabstand und damit starke Begrenzung der Besucherzahlen, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, kein oder nur wenig Gesang (geschweige denn Chorgesang), weniger Ministranten, andere Form der Kollekte, Mund-Nasen-Schutz der Kommunionsausteiler und Abstand der Empfänger. Und eben kein Weihwasser, was in der Pfarrei St. Johannes Hemau auch Johanna Sturm betrübt.

Doch ihr Ehemann Tobias, dessen junges Unternehmen foottec patentierte Soßen- und Hygienespender vertreibt, hatte die Lösung. Mit seinem Geschäftspartner Ludwig Eichenseher entwickelte er – analog zur Technik der bisherigen Geräte – einen Weihwasserspender.

In dem aus Edelstahl gefertigten Spender befindet sich ein Fünf-Liter-Behälter mit Weihwasser. Per Fußpedal wird über eine Pumpe ein Tropfen Weihwasser aus dem Auslaufhahn abgegeben. Das Weihwasser befindet sich im Rückteil des

Spenders in einem lebensmittelechten Kunststoffbehälter, der es vor Lichteinfall schützt. Somit bleibt das Weihwasser hygienisch einwandfrei und veraltet nicht.

„Völlig berührungsfrei und damit absolut hygienisch, da die Gläubigen im Gegensatz zum üblichen Weihwasserbecken mit dem vorgehaltenen Wasser an sich nicht in Kontakt kommen. Durch das rein mechanische System und die hochwertige Verarbeitung entsteht keinerlei Wartungsaufwand“, betont Sturm.

Aus Hygienegründen ist aber wichtig, den oder die Weihwassertropfen in die eine hohle Hand zu pumpen und dann mit der anderen Hand das Wasser abzustreifen und sich zu bekreuzigen.

Mittlerweile sind gut 30 Kirchen mit dem Weihwasserspender ausgestattet, teilweise wurden sie von Pfarreimitgliedern gestiftet. Apropos Spenden: Auch ein Opferstock kann in den Weihwasserspender integriert werden. M. Bauer

BRANDENBURG

Städte hören und sehen

Den Zweiten Weltkrieg haben die historischen Altstädte im Land Brandenburg meist ohne große Zerstörungen überdauert. Doch der sozialistischen Planwirtschaft, der Mangelwirtschaft in der DDR und dem ideologisch geprägten Umbau der Städte waren sie in vielen Fällen nicht gewachsen. So wurde in den 40 Jahren der DDR alte Bausubstanz dem Zerfall preisgegeben und war später unwiderruflich zerstört. Erst nach 1990 wurden die erhaltenen Stadtkerne umfangreich gerettet. Heute sind diese Altstädte wieder lebenswert.

Um daran zu erinnern, wie es dort bis lange nach der friedlichen Revolution aussah, hat die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg jetzt in Doberlug-Kirchhain eine von sechs neuen Stadtraumausstellungen eröffnet. Der Blick richtet sich dabei auf die wechselvolle Geschichte von Erhalt, Zerfall und Wiederaufbau. Die Ausstellungen werden teilweise durch Stadtrundgänge zum Hören ergänzt, die individuelle Stadtentdeckungen ermöglichen.

In der Stadt Doberlug-Kirchhain ist mit „Restauiert, Saniert und Wiederbelebt: Doberluger Baugeschichten“ zu erleben, wie der unter Denkmalschutz stehende Ortskern von Doberlug mit den Sanierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre eine enorme Aufwertung erfahren hat. Einige Profan-, Repräsentations- und Sakralbauten ragen aus dem 27 Hektar großen Sanierungsgebiet besonders hervor. Diese Gebäude stehen im Fokus der diesjährigen Stadtraumausstellung über den Zeitraum von 1950 bis heute.

Mit Startpunkt im Schloss Doberlug kann man bis Ende des Jahres an den kostenlosen Audio-Stadtrundgängen teilnehmen. Zu den fünf anderen Orten mit Stadtraumausstellungen gehören Brandenburg an der Havel, Bad Belzig, Wusterhausen/Dosse (ab 9. Juli), Altlandsberg (ab 18. Juli) und Beeskow (ab 31. Juli). Weitere Informationen gibt es bei der Arbeitsgemeinschaft Städte: Telefon (0331) 2015120, Internet: www.ag-historische-stadtkerne.de. H. Tews

FÜR SIE GELESEN

Skandal um einen Kanal

Das Jahr 1976 in der alten Bundesrepublik Deutschland: Fünf Wochen nach der Eröffnung des 116 Kilometer langen „Elbe-Seitenkanals“, der die Elbe mit dem Mittellandkanal verbindet, bricht das schon Jahrzehnte vorher konzipierte Bauprojekt an einer Unterführung bei Lüneburg. Es fehlte ein Sperrtor, das die Flut hätte aufhalten können. Die Folgen vor Ort sind verheerend. 3000 Retter retten, was zu retten ist, die Bundeswehr steht hilfreich zur Seite und am Ende befinden sich mehr als 1000 Hektar Land unter Wasser. Danach baut der Bund alles wieder auf, inklusive Unterführung, jedoch ohne zusätzliches Tor für den Ernstfall. Die Konsequenzen aus dem Skandal? Niemand wird zur Verantwortung gezogen.

Verantwortungslosigkeit

Der Autor des quellengesättigten Werkes „Der Deutsche Kanal“, der Historiker Frank Uekötter, sieht hierbei eine „Kunst der organisierten Verantwortungslosigkeit“ in der Bundesrepublik in Aktion, die er für typisch hält. Darüber lässt sich sicherlich streiten, wenngleich auch in anderen Fällen, siehe die vorhersehbare aktuelle Corona-Krise, die systematische Ausblendung des „Ernstfalls“ nicht nur für die alte Bundesrepublik kennzeichnend war und ist. Siehe auch die Pa-rallelen zur „Berliner Republik“ wie verunglückte Vorgänge unter den Stichworten „Stuttgart 21“, „Berliner Flugplatz BER“ oder „Elbphilharmonie“ zeigen.

Unterlassung

Was Uekötter im Bereich des Versagens bei groß-technischen Projekten hier beispielhaft am fehlerhaften Bauwerk eines kleinen Kanals beschreibt, erinnert in gewisser Weise an Günter Rohrmosers 1994 erschienenes Werk „Der Ernstfall“. Der konservative Philosoph zeichnete schon damals krisenhafte Entwicklungen vor und nach der Wiedervereinigung in Deutschland klarsichtig auf, wies unter anderem auf den islamischen Fundamentalismus hin und beklagte die sich abzeichnende Überforderung des Sozialstaates. Dabei mahnte er die defizitäre geistig-moralische Dimension staatspolitischer Führung an und problematisierte damit eine andere Form von „organisierter Verantwortungslosigkeit“ (Uekötter) durch Unterlassung. Denn, wer vorhersehbare „Ernstfälle“ konsequent ausblendet, gefährdet die Überlebensfähigkeit von Staat und Gesellschaft. So ergänzen sich beide Autoren, auch wenn sie sich der Grundproblematik von unterschiedlicher Seite aus nähern.

Das Werk von Uekötter ist in seiner optischen Präsentationsform vorzüglich ausgestattet: Eine augenfreundliche Satzgestaltung, ergänzt mit aufschlussreichen Karten, maßvoller Bildauswahl, einer Chronologie der Ereignisse sowie der ausführliche Anmerkungsapparat, zeichnen das Buch in ansprechender Weise aus.

Bernd Kallina

Frank Uekötter:
„Der Deutsche Kanal – Eine Mythologie der alten Bundesrepublik“, Franz-Steiner-Verlag, Stuttgart 2020, gebunden, 330 Seiten, 29 Euro



Preussen und Preußen Mit dem Begriff „das alte Preußen“ wird in der Regel nur ein kleiner Zeitabschnitt der Geschichte verbunden, nämlich der des Alten Fritz, seiner Schlösser, Fontanes „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ sowie die Residenz- und spätere Reichshauptstadt Berlin. Auch die preußischen Tugenden wie Ordnung, Fleiß, Sparsamkeit und Pünktlichkeit werden mit dem Begriff assoziiert. Preußen stand für fortschrittliche Staatsführung, die Aufklärung in Deutschland und Militär.

Daneben verdienen aber auch die Ureinwohner der Region zwischen Weichsel und Memel Beachtung, die eigentlichen Preußen – ein baltischer Volksstamm –, die in unterschiedlicher Schreibweise mal als „Preußen“, „Prussen“, „Prusen“ oder „Pruzen“ bezeichnet werden. In wissenschaftlichen Abhandlungen wird die Bezeichnung „Prussen“ bevorzugt.

Der Aufgabe, die weitgehend vergessene Epoche der Prussen ins „Licht der Geschichte“ zu rücken, haben sich die Stiftung EUFORI, die Prußen-Stiftung TOLKEMITA sowie die PRUSSIA-Gesellschaft gewidmet und eine verständliche und gut lesbare Studie „zur Sprache und Geschichte der Urweinwohner des Prussenlandes“ herausgegeben. Neben der kulturellen Entwicklung des Prussischen gibt sie Einblicke in Geografie und Geschichte des Siedlungs-

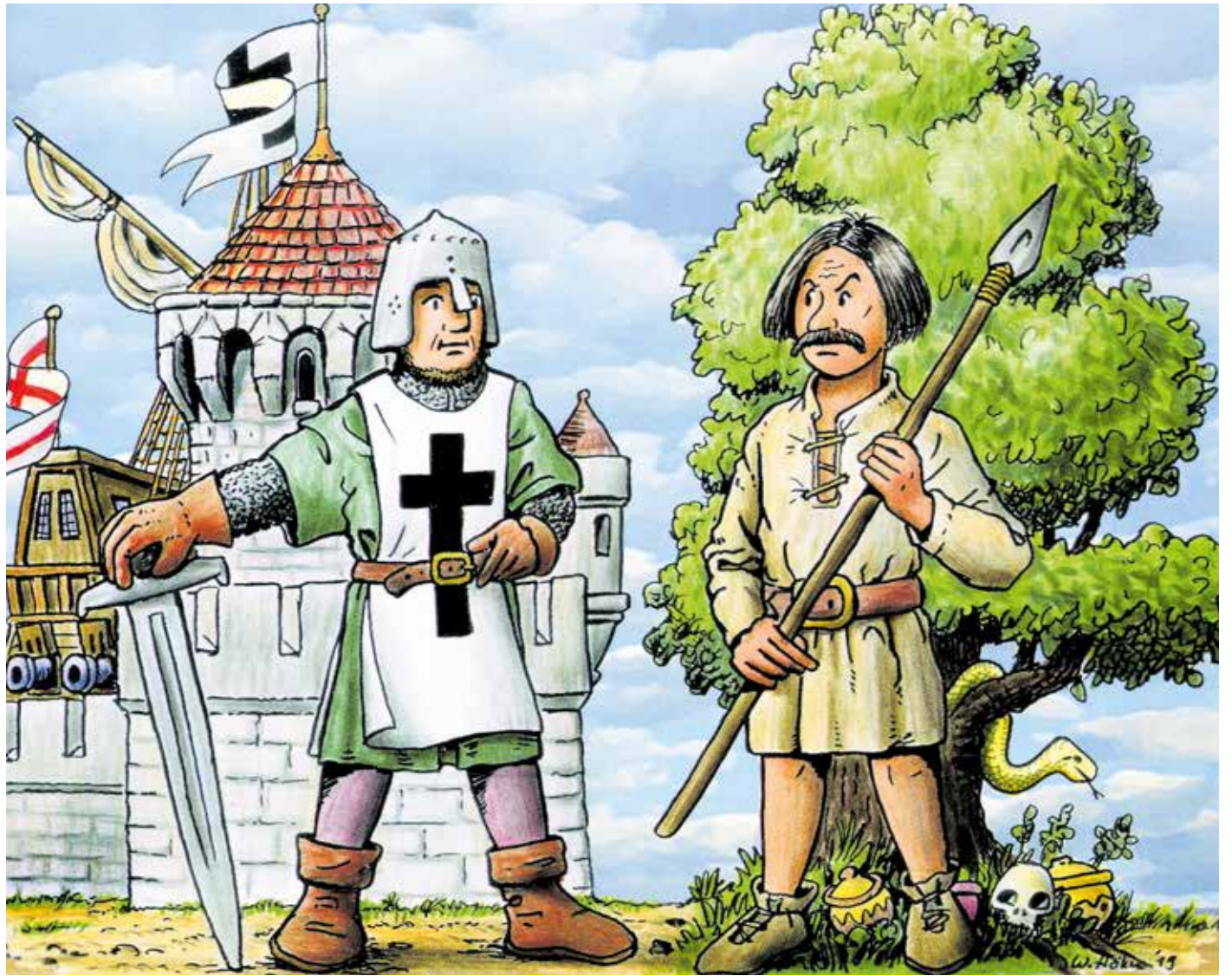


FOTO: COVER: HUSUM-VERLAG

raums und das neue Interesse der Forschung. Im Anhang finden sich historische Dokumente sowie Sprachbeispiele. MRK

Stiftung EUFORI/Prußen-Stiftung TOLKEMITA/PRUSSIA-Gesellschaft (Hg.): „Von Prussen und Preußen.“

Zur Sprache und Geschichte des Prussenlandes“, Husum Verlag 2019, 64 Seiten, 9,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Wichtiger als die deutsche Einheit war für Axel Springer die Freiheit

Der Historiker und Publizist Kai-Axel Aanderud beleuchtet den weitreichenden gesellschaftspolitischen Einfluss eines des bedeutendsten Verlegers und Medienmoguls im Nachkriegsdeutschland

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Ein zentraler Grundsatz des Verlegers Axel Springer (1912–1985) war sein unbedingtes Eintreten für die Wiedervereinigung. Dafür wurde er in beiden Teilen Deutschlands oft kritisiert und als „Kalter Krieger“ abgestempelt. Nach dem Mauerfall äußerten viele, darunter Willy Brandt, ihr Bedauern darüber, dass Axel Springer dieses Ereignis nicht mehr miterleben durfte.

Der Historiker und Publizist Kai-Axel Aanderud beleuchtet in seinem neuen Buch „Axel Springer und die deutsche Einheit“ den weitreichenden gesellschaftspolitischen Einfluss des erfolgreichen Verlegers Axel Springer, den er persönlich und durch seine Verlagspublikationen während der Ära des Ost-West-Konflikts ausübte. Mit im Blick ist die sensationelle Entwicklung des Axel Springer Verlags zu einem Medienkonzern mit ungeheurer Reichweite im Hinblick auf die Meinungsbildung in der „alten“ Bundesrepublik Deutschland. 1946 hatte Axel Springer in Hamburg zusammen mit seinem Vater, dem Verleger Hinrich Springer, den Axel Springer Verlag gegründet. Zu den ersten Publikationen „Hör zu!“, „Bild“ und „Hamburger Abendblatt“ kamen 1953 die Zeitung „Die Welt“, dann „Welt am Sonntag“ sowie „Das neue Blatt“.

Gegliedert in einzelne Blöcke hat der Autor im Zusammenhang mit seinem zentralen Thema das politische Geschehen mit Hintergrundberichten und zahlreichen Zitaten reportageartig aufbereitet: der Vier-Mächte-Status Berlins, die Vor-



Zufriedene Gesichter: Berlins damaliger Bürgermeister Willy Brandt, Bundespräsident Heinrich Lübke und der Verleger Axel Springer (v.l.n.r.) am 6.10.1966 Foto: pa

bereitung der Abriegelung Berlins, der Mauerbau und die Studentenunruhen Ende der 60er Jahre. Sein Quellenmaterial schöpfte er unter anderem aus eigenen Buchveröffentlichungen und stützte sich ferner auf die Korrespondenz Axel Springers, die er in monatelanger Arbeit ausgewertet hat.

Gestützt auf Briefwechsel

Springer befürchtete, dass der Sowjetblock West-Berlin vereinnahmen und sich noch weiter ausdehnen würde, so wie es ihm Chruschtschow bei seinem Besuch in Moskau 1958 angekündigt hatte. Unmittelbar danach fasste er den Entschluss, seinen Unternehmenssitz nach Berlin an die Sektorengrenze zu verlegen. Aus damaliger Sicht erschien dies eine Entschei-

dung wider jegliche wirtschaftliche Vernunft zu sein, da die Mehrzahl der Redaktionen und Mitarbeiter in Hamburg tätig war. Eindrücklich und spannend berichtet Aanderud über die sich oft überstürzenden innen- und außenpolitischen Ereignisse in den Jahren vor und nach dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961. Abermals sah sich die US-Regierung unter John F. Kennedy vor die Entscheidung für oder wider ein militärisches Eingreifen gestellt. Unterdessen stand Axel Springer in Kontakt mit US-amerikanischen Spitzenpolitikern.

Redaktion an der Sektorengrenze

Eingehend beschäftigt sich der Autor mit dessen wechselvoller Beziehung zu Willy Brandt. Zunächst im Schulterschluss mit

dem Regierenden Berliner Bürgermeister, wurde die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter dem Kanzler Brandt zum Auslöser für Springers noch härtere Haltung gegenüber Moskau und dem SED-Regime. Erst wenige Monate vor seinem Tod am 22. September 1985 kam es in Jerusalem zur Versöhnung der beiden Männer.

Im Zuge der Studentenunruhen Ende der 1960er Jahre geriet die „Springerpresse“ in den Ruf zu hetzen, was den Axel Springer Verlag bis heute beschäftigt. Auch der Verleger selbst wurde zur Hassfigur der revolutionären Jugend, die im Einklang mit dem MfS und konkurrierenden Hamburger Medienhäusern die Marktmacht seines Unternehmens und des pro-amerikanischen „Establishments“ anprangerte.

Hassfigur der 68er Jugend

Anderud hebt in seiner mit vielen, teils noch unveröffentlichten Fotos ausgestatteten Darstellung als eine Art von Gegenpol hervor, dass Axel Springer die Freiheit letztlich noch wichtiger war als die Einheit. Er wäre nach eigenem Bekunden auch mit zwei deutschen Staaten zufrieden gewesen, wenn auch die Bürger der DDR in voller Freiheit hätten leben können.



Kai-Axel Aanderud:
„Axel Springer und die deutsche Einheit“, Mittler Verlag, Hamburg 2019, broschiert, 439 Seiten, 24,95 Euro



Johannes Thiele
Rote Kirschen ess ich gern
Das allerschönste Kinderbuch
Können Sie noch Gedichte wie „Das Schlaraffenland“ oder „Die komischen Heinzelmännchen“ von August Kopisch auf sagen? Erinnern Sie sich an die Kinderlieder von damals, die Ihnen vorgesungen wurden und die Sie dann selbst gesungen haben, an „Maikäfer flieg“ und „Weißt du, wieviel Sternlein stehn“? Rote Kirschen ess ich gern ist ein fabelhaftes Hausbuch für Kinder und Erwachsene und ein Schatz für Jung und Alt. Eine unvergessliche Reise in die Kindheit mit all den Facetten, wie ein Kaleidoskop sie zeigt, das der Großvater aus ein paar bunten Glassplittern gebaut hat. In dieser Vollständigkeit und Anschaulichkeit darf es als einmalig bezeichnet werden. Dieses wunderschön nostalgisch gestaltete Buch verführt Sie zu einer Entdeckungsreise in die wunderbare Kinderwelt von damals. In dieser einmaligen Sammlung findet man alles, was die Tradition den Kindern manchmal über Jahrhunderte hinweg vermittelt hat. 360 Seiten
Nr. P A1223 Gebunden 24,00 €



Elisabeth Bangert
Backen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube“
Ein selbst gebackener Kuchen ist die Krönung jeder Kaffeetafel! Die köstlichen Rezepte von früher stehen so mancher aufwendigen Backreaktion die Show. Und dank moderner Küchengeräte sind gedeckter Apfelkuchen, Rotweinkuchen oder Waffeln schnell, einfach und gelingsicher gebacken. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0952 Gebunden 6,00 €



Joseph von Eichendorff/Hans-Jürgen Gaudeck
Wenn die Bäume lieblich rauschen
Joseph von Eichendorffs romantische Wortkunst zur Deutung von Welt, Natur und Seele stillt bis heute die Sehnsucht nach Idyllen. Die meisterhaften Werke des beliebten Dichters begeisterten Komponisten, und bietet Lyrikfreunden generationsübergreifend Lesegenüsse. Der Berliner Aquarellmaler Hans-Jürgen Gaudeck erschuf Aquarelle aus Sprachbildern, die er den Gedichten zur Seite stellte. Eine malerische Liebeserklärung an die Poesie der Worte. 84 Seiten.
Nr. A1397 Gebunden 19,95 €



Gerd Fesser
Reichskanzler von Bülow
Architekt der deutschen Weltpolitik
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1444 9,99 €

Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929) zählt zu den schillerndsten und umstrittensten Persönlichkeiten der wilhelminischen Kaiserzeit. Nach dem Urteil von Zeitgenossen war er ehrgeizig und auf dem gesellschaftlichen Parkett außerordentlich gewandt. Bereits mit 24 Jahren trat er in den diplomatischen Dienst ein. Er war von 1893 bis 1897 Botschafter in Rom, anschließend drei Jahre Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (Außenminister) und danach bis 1909 Reichskanzler sowie preußischer Ministerpräsident. Bülow gilt als der Architekt der deutschen „Weltpolitik“. Vor dem Panorama des Kaiserreiches beleuchtet der Historiker den Lebensweg und die Politik Bülows. Die umfassende Biographie liefert ein ausgewogenes, lebendiges Charakterbild dieses bedeutenden Mannes.



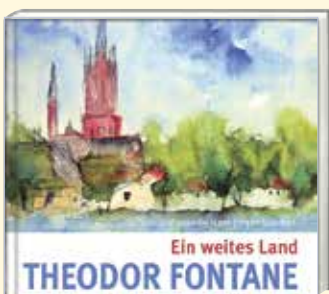
Elisabeth Bangert
Gugelhupf ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche“
Der Gugelhupf ist ein Kuchenklassiker, der trotz seiner Schlichtheit eine Vielfalt an köstlichen Variationen ermöglicht. Mit diesem Band aus der beliebten Schnickschnack-Serie kann man ihn neu entdecken. Die Rezepte sind genau erklärt und einfach nachzubacken.
Nr. P A1392 Gebunden 6,00 €



Elisabeth Bangert
Blechkuchen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche“
Blechkuchen sind das pure Kuchenglück – frisch aus dem Ofen und verführerisch duftend! Die schönsten Rezepte aus Omas Backstube sind gefragt wie eh und je: Mit Rhabarberkuchen, Apfel-Rahmkuchen oder Johannisbeerbaiser bringen Sie das Gefühl von früher auf die Kaffeetafel. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die verschiedenen Teigsorten, die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien.
Nr. P A1016 Gebunden 6,00 €



Elisabeth Bangert
Kochen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube“
Kochen und genießen wie zu Großmutterns Zeiten – ohne komplizierte und teure Zutaten! Die liebevoll zusammengestellten Rezepte erinnern an die gute alte Zeit. Überraschen Sie Ihre Familie oder Freunde doch einmal mit Himmel und Erde, frischen knusprigen Pfannkuchen oder einem Kirschenmichel. Die Rezepte sind so beschrieben, dass sowohl Anfänger gut damit zurechtkommen, als auch Geübte Spezielles nachschlagen können. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0951 Gebunden 6,00 €



Theodor Fontane & Jürgen Gaudeck
Ein weites Land
Theodor Fontanes Reiseschilderungen machen selig gleich, ob grüнемusterte Gärten oder Havelforsten beschrieben werden, neue Orange-riehäuser oder Schilfgürtel, fester Lehm und weißes Gewölk. Vielleicht ist es die ihnen innewohnende Behaglichkeit, vielleicht ist es diese nicht bemüht wirkende Leichtigkeit? Zuneigung zu Land und Menschen ist es auf jeden Fall, und Zuneigung birgt Licht. Dieses Licht ist den Aquarellen Hans-Jürgen Gaudecks eingefangen. 84 Seiten
Nr. P A1398 Gebunden 19,95 €



J. Bielefeld u. Alfred Büllensbach
Bismarcktürme
In Deutschland stehen heute noch 146 Bismarcktürme. Viele von ihnen dienen heute wie damals als Aussichtstürme. Mit vielen Details zeichnet dieser Bildband die Entstehungsgeschichte der Bismarcktürme nach und geht auch auf die architektonischen Besonderheiten der teils sehr kunstvollen Türme ein. Das Buch enthält ein Verzeichnis aller 240 jemals gebauten Bismarcktürme. 180 Seiten/Gebunden
Nr. P A1210 Gebunden 28,00 €



Izabelle Jardin
Bernsteintränen
Der große Roman
386 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1456 10,00 €

„Halt dich nicht mit Gefühlsduseleien auf. Geh deinen Weg, schau weder rechts noch links, nutz deine Bildung zum Erfolg!“ Mit diesem Leitspruch ist Nicola bisher ausgezeichnet durchs Leben gekommen. Als Justitiarin eines international agierenden Unternehmens steht ihr eine glänzende Karriere bevor. Eine große Liebe, die sie von ihrem Weg abbringen konnte, hat sie noch nie erlebt. Bis ausgerechnet eine Geschäftsreise in das Land des Bernsteins alles auf den Kopf stellt. Unversehens gerät sie in einen Strudel aus Vergangenheit und Gegenwart, der sie dazu bringt, ihr Lebensmotto infrage zu stellen und mehr als nur das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Ein Roman über Liebe, die jede Grenze überwindet. Übers Fortgehen und Zurückkehren, Verlieren und Wiederfinden.



Sophia von Dahlwitz
Das Licht zwischen den Zeiten
448 Seiten/Gebunden
Nr. P A1327 22,00 €

Eine Familiensaga, die auf der Familiengeschichte der Autorin beruht. Westpreußen 1918. Der Erste Weltkrieg ist praktisch verloren, das Deutsche Reich verarmt in rasender Geschwindigkeit, Revolten traumatisierter Kriegsheimkehrer brechen aus, nur auf dem Gut Frommberg bei der Familie von Dahlwitz scheint die Welt noch in Ordnung. Bis sich der junge Adoptivsohn Georg in seine Stiefschwester Helen verliebt - ohne zu ahnen, welche Ängste und Geheimnisse er damit zum Leben erweckt. Helens Schwester Rudela wird von Justus, einem entfernten Cousin, umworben. Er stammt aus einer renommierten Offiziersfamilie und war stets ein gern gesehener Gast auf Frommberg - bis sich herausstellt, dass er aktiver Nationalsozialist der allerersten Stunde ist...



Helfried Hölke
Usedomer Geschichten
Zwischen Stettiner Haß und Ostsee
206 Seiten/Kartiert
Nr. P A0681 12,90 €

Auf der Insel Usedom zwischen Stettiner Haß und Ostsee hat der Autor seine Kindheit und Jugend verbracht. Es war eine unruhige Zeit. Der Schulbeginn, noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges, der Bombenangriff auf Swinemünde, die Ankunft der Russen, die neue Grenze zu Polen, das Dorfleben, die Häffischerei und die Oberschulzeit haben seine frühen Lebensjahre geprägt. Vieles, was er damals erlebt hat und was ihm Freunde und Bekannte aus der Gegend erzählt haben, ist in diesem Buch niedergeschrieben: wahre Begebenheiten und Erlebnisse, Gedichte und lustige Anekdoten ... Tauchen Sie ein in eine Welt, die es so nicht mehr gibt.



Marcel Krueger
Von Ostpreußen in den Gulag
Eine Reise auf den Spuren meiner Großmutter
Viele Geschichten hat Marcel Kruegers Großmutter ihrem Enkel erzählt, als er klein war. Verstanden hat er sie damals nicht so recht, denn es waren Geschichten aus Ostpreußen und Russland, Geschichten von Kartoffelernten und Gefangenenlagern. War das, was die Oma im friedlichen Solingen der 1980er Jahre erzählte, wirklich geschehen? Nach dem Tod seiner Großmutter sucht Marcel Krueger nach Antwort und begibt sich auf ihre Spuren. Eine Reise voller bewegender, komischer und trauriger Momente beginnt. In Gesprächen zwischen Kuchen, Makrelen, Wodka und Bier erkundet Krueger die weißen Flecken in Oma Cillys Biographie. Er findet die wahre Geschichte einer bewundernswerten Frau, die sich nie unterkriegen lässt, die die Zwangsarbeit im sowjetischen Arbeitslager überlebt und sich ein neues Leben mit Familie in Deutschland aufbaut. 264 Seiten
Nr. P A1372 Gebunden 20,00 €



Charlotte Roth
Wenn wir wieder leben
Roman
608 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1328 10,99 €

Eine tragische Familiengeschichte und die Geschichte einer großen Liebe, die ins Nazideutschland zurückführt. Der neue große historische Roman von der Bestseller-Autorin Charlotte Roth. Das vornehme Ostseebad Zoppot bei Danzig in den 1920er-Jahren. Hier herrschen überschäumende Lebenslust und unbeschwerte Sommerfrische. Die vier Freunde Lore, Gundi, Julius und Erik erfreuen die Kurgäste mit flotten Rhythmen und eingängigen Melodien und träumen vom Durchbruch als Musiker. Bald ist ihnen tatsächlich Erfolg beschieden, auf dem Luxusschiff Wilhelm Gustloff befahren sie die Meere – und ignorieren, dass sich die Zeiten schon lange geändert haben. Gundi verliebt sich in den Sänger Tadek, aber dann beginnt der Zweite Weltkrieg, und Tadek schließt sich dem Widerstand gegen die Nazi-Besatzung an: Das Ende einer großen Liebe?



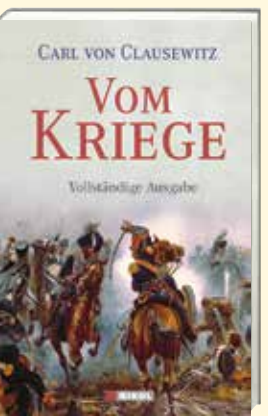
John Hirst
Die kürzeste Geschichte Europa
208 Seiten/Gebunden
Nr. P A1450 7,99 €

John Hirst, Australiens bedeutendster Historiker, nimmt das Fernglas zur Hand und Europa ins Visier. Fakten und Ereignisse bringt er in einen fassbaren Zusammenhang und bietet einen einzigartigen Überblick über die europäische Kulturgeschichte. Mit Humor erzählt er vom Ende des römischen Schmierentheaters durch die Germanen, die unbeabsichtigt das Weströmische Reich übernehmen oder wie 1066 die Normannen England erobern und ihnen damit bis heute als Letzte ein Einfall in das Inselland gelingt. Spannende, überraschende und witzige Einblicke in die Entwicklung der europäischen Kultur – mit garantiertem Aha-Effekt.



Hans-Joachim Schoeps
Preußen
Geschichte eines Staates
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A1478 7,95 €

Preußen als historische Größe des alten Europa ist heute versunken. Seine Staatsidee und sein Stil sind nur noch Reminiszenz. Der 1980 verstorbene Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen, Hans-Joachim Schoeps, hat sich mit seiner Geschichte Preußens nachdrücklich für eine historische Rechtfertigung dieses Staates eingesetzt. Die Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens wird durch einen Anhang ergänzt, der die wichtigsten Zeugnisse preußischen Geistes in charakteristischen Ausschnitten vorführt.



Carl von Clausewitz
Vom Kriege
Vollständige Ausgabe
912 Seiten/Gebunden
Nr. P A1504 9,95 €

Vom Kriege gilt als das bedeutendste Werk, das jemals über die Kriegsführung verfaßt wurde. Seinen Rang verdankt es insbesondere den ersten Kapiteln, in denen Clausewitz eine allgemeine Wesensbestimmung des Krieges vornimmt. In seinen Kernaussagen, wie der These vom politischen Charakter des Krieges, von seiner Doppelnatur als traditionellem und revolutionärem Krieg und seiner Bestimmung als Gewaltakt, der der Erfüllung des eigenen Willens dient, reicht sein Ansatz weit über den militärischen Bereich hinaus. »Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.« Carl von Clausewitz



Christian Pantle
Die Varusschlacht
Der germanische Freiheitskrieg
320 Seiten/Gebunden
Nr. P A1504 7,95 €

Was geschah wirklich im Jahre 9 n. Chr. in den Tiefen Germaniens? Was hatten die Römer im Teutoburger Wald zu suchen? Wer war Arminius, wofür kämpfte er, wie besiegte er die Legionen des römischen Heerführers Varus? Das alles und noch viel mehr weiß Christian Pantle ebenso kenntnisreich wie unterhaltsam zu beantworten. Im Stil einer Reportage führt er uns an die Anfänge unserer Zeitrechnung, als die antike Supermacht Rom dabei war, sich große Teile Germaniens einzuverleiben. Mit der spektakulären Niederlage am Teutoburger Wald wendete sich das Blatt in dem fast dreißigjährigen Krieg – mit bis heute spürbaren Folgen für die Geschichte Europas. Anschaulich schildert Pantle das dramatische Schlachtgetümmel und lässt die Protagonisten lebendig werden.



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner mit einer Abbildung des beliebten Königs Friedrich II. von Preußen
Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
Nr. P A1377 4,95 €



Friedrich der Große
Memoryspiel mit 72 farbigen Karten
Gedächtnisspiel mit 36 Motiven rund um den großen Preußenkönig wie seine preußischen Schlösser, die Schlossgärten, Gemälde, die den legendären Preußenkönig im Porträt, als Musiker und bei seinen vielfältigen Beschäftigungen zeigen.
Nr. P A1446 Memory 4,99 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

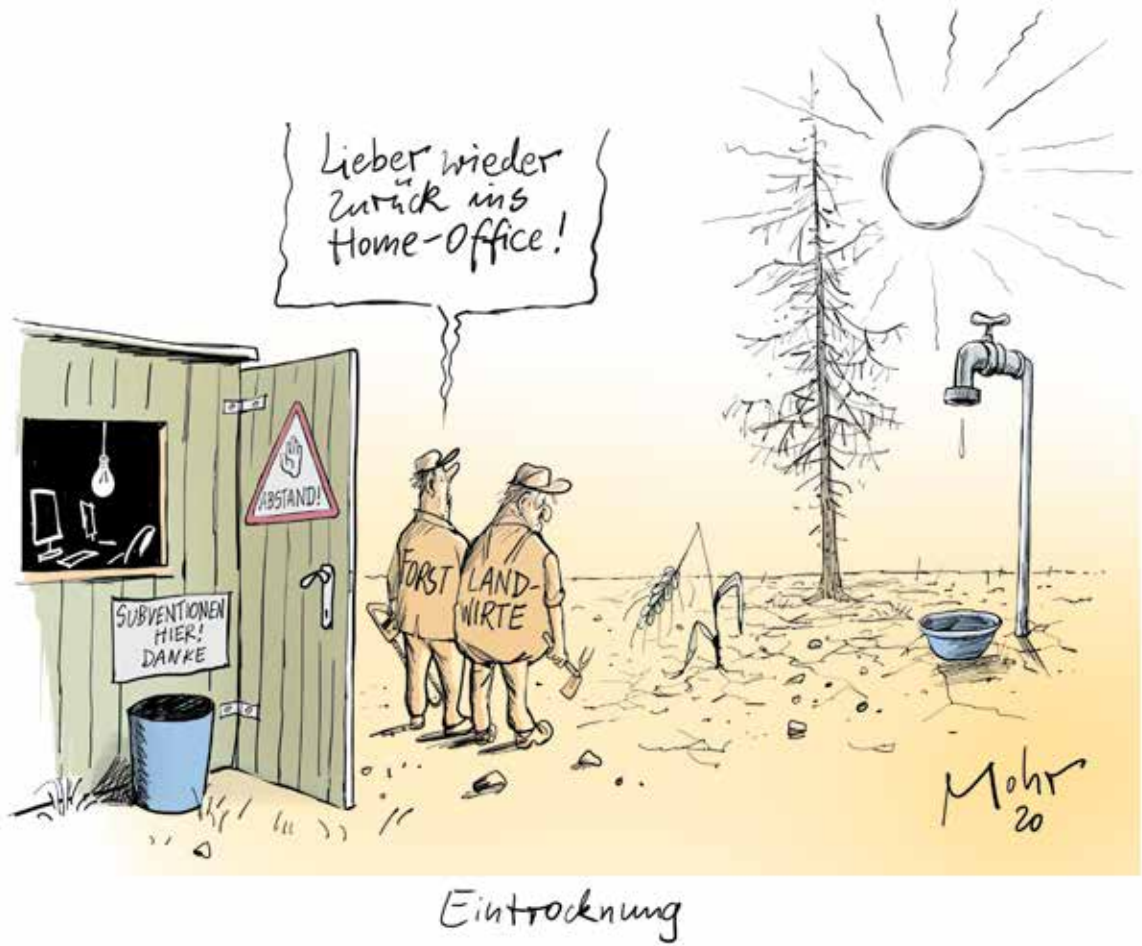
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

„Flugzeug fliegt mit rassistischer Parole über Stadion“ empörte sich „Spiegel online“ („Spon“) vergangenen Montag. Im Fußballstadion der englischen Stadt Burnley nahe Manchester hätten sich beide Mannschaften vor Spielbeginn niedergekniet, um „ihre Unterstützung im Kampf gegen Rassismus zu demonstrieren“. Kurz danach habe ein Kleinflugzeug die Arena überflogen, an dessen Heck der Spruch „White Lives Matter Burnley“ flatterte – als weiße Entsprechung zur schwarzen Losung „Black Lives Matter“. Der Fußballklub von Burnley habe die Aktion noch während des Spiels scharf verurteilt. Man wolle, wie „Spon“ berichtet, „eng mit den Behörden zusammenarbeiten, um die Verantwortlichen zu identifizieren und lebenslange Verbote zu erlassen“. Warum der Hinweis, dass auch weiße Leben zählen, also etwas wert sind, rassistisch sein soll, erschließt sich dem unvoreingenommenen Betrachter nicht. Die angebliche Empörung zeigt eher, dass sich längst ein neuer, weißenfeindlicher Rassismus etabliert hat. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Harald Martenstein erinnert im „Tagesspiegel“ (14. Juni) daran, dass 2019 in Deutschland 112 Kinder totgeschlagen oder zu Tode gefoltert wurden. Erstaunlicherweise erregten diese Gewaltopfer weit weniger Aufsehen als andere:

„Kein Gewaltopfer ist einsamer und ohnmächtiger als ein Kind ... Es wird keine Großdemonstrationen geben, wenn es stirbt, denn es gibt kein politisches Anliegen, für das die eine oder die andere Partei seinen Tod nutzen könnte. Niemand wird eine Straße nach ihm benennen oder ein Denkmal fordern, als Mahnung an die Nachwelt ... Auch in der Hierarchie der Opfer bleibt dieses Kind das, was es sein kurzes Leben lang war, ganz unten.“

In der Welt (19. Juni) erklärt Ryan Fournier, Co-Vorsitzender der „Studenten für Trump“, warum er glaubt, dass der US-Präsident die Wahl am 3. November gegen seinen Herausforderer Joe Biden gewinnen werde – trotz derzeitigen Rückstands in den Umfragen:

„Joe Biden bekleidet seit 1972 politische Ämter. Er hat im Laufe der Jahre seine Meinung ständig geändert. Er ist legendär für Versprecher. Er hat etliche Gesetzesvorlagen gegen Bürgerrechte unterstützt. Wir werden ihn angreifen für das viele Hin und Her bei den Themen. Dafür, dass er gestern das gesagt hat, während er heute das Gegenteil sagt.“

Der Psychologe Ahmad Mansour wirft dem deutschen Mainstream im Deutschlandfunk (22. Juni) vor, einer unbequemen Islamdebatten auszuweichen:

„Wenn wir einen Terrorismus von Rechtsradikalen haben, dann diskutieren wir über Rechtsradikale, als ob das die einzige Gefahr wäre, die wir in dieser Gesellschaft haben. Und keiner ist bereit, über Islamismus oder Linksextremismus zu sprechen.“

Der Autor und frühere Polizeibeamte Stefan Schubert wagt im Portal „Kopp Report“ (22. Juni) nach den Ausschreitungen von Stuttgart eine düstere Prognose:

„Die polizeifeindliche Hetze im Mainstream und deren verbreitete Rassismushysterie sorgen nun für amerikanische Verhältnisse in Deutschland. Stuttgart war und wird kein Einzelfall bleiben. Importierte Gewalt und ethnische Konflikte, sowie eine durch linken Polizeihass vollkommen demontierte Polizei, werden zu einer weiteren Destabilisierung Deutschlands führen.“

● WORT DER WOCHE

„Sollten im inneramerikanischen Machtkampf Bewegungen wie ‚Black Lives Matter‘ an Einfluss zunehmen, so ist das Ende der amerikanischen Demokratie zu erwarten. In Europa werden dann Wandalen, Klimaschützer und Faschisten herrschen.“

Nathan Waszawski, jüdischer Vorsitzender der Christlich-Jüdischen Gesellschaft zu Aachen, im Portal „tabularasamagazin“ am 17. Juni

DER WOCHENRÜCKBLICK

Alte weiße Narren

Wo das Attribut „deutsch“ auf einmal wichtig wird, und warum dunkle Kapitel hell sein müssen

VON HANS HECKEL

Wer erfolgreich lügen will, der muss vor allem eines sein: beinhart konsequent. Wer seine erfunkerte Version der Wahrheit mitten im Gerede plötzlich ändert, der fliegt nämlich auf. Die Schönredner und Zurechtschreiber der Stuttgarter Gewaltexzesse sind allesamt auf die Nase geflogen, weil sie diese Weisheit sträflich missachtet haben.

Die „Berichterstattung“ stolperte von Anfang an durchs politisch verminten Gelände: Auslöser der Krawalle sei die Kontrolle eines „17-jährigen deutschen Staatsbürgers mit weißer Hautfarbe“ gewesen. Schon da verspürte jeder medienerfahrene Bundesbürger einen faden Geschmack auf der Zunge. Warum werden Staatsangehörigkeit und Hautfarbe so demonstrativ herausgestellt? Haben sich linientreue Medien nicht dazu verpflichtet, Nationalität oder Hautfarbe eines Tatverdächtigen nur dann zu erwähnen, wenn es für die Beschreibung des Hergangs unerlässlich sei? Und war es das hier? Eindeutig nein. Schon mal merkwürdig.

Von da an drehte sich der politisch korrekte Tanz um den heißen Brei immer schneller, bis alle Tänzer mit Schmackes im Salat gelandet sind: Bei den rund 500 Randalierern habe es sich um „Kleingruppen“ gehandelt, die sich laut der baden-württembergischen Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz aus der „Party- und Eventszene“ rekrutierten. Politiker beeilten sich, die Gewalt scharf zu verurteilen – aber immer mit dem fertiggestanzten Nachsatz: „Egal woher sie kommt.“ Als Donald Trump den gleichen Nachsatz zu Gewalttaten mutmaßlich rechtsradikaler Täter benutzte, wurde ihm das als „Verharmlosung rechter Gewalt“ um die Ohren gehauen. Aber das nur am Rande.

Zu dem Zeitpunkt liefen die sozialen Medien bereits über von privaten Videos, auf denen die jungen Gewalttäter und Plünderer ausgiebig zu sehen waren. Es handelte sich beinahe ausschließlich um junge Männer mit orientalischem oder schwarzafrikanischem Aussehen, zu hören waren auch „Allahu akbar!“-Rufe. Nun gab die Polizeiführung bekannt, dass von den 25 Festgenommenen zwölf die deutsche Staatsbürgerschaft besäßen, drei davon mit „Migrationshintergrund“. Damit war der Schaden einigermaßen begrenzt: immerhin fast halbe-halbe. Bei dieser

Version hätte man bleiben sollen. Doch dann traten diese Idioten aus Politik und Medien auf den Plan, die sich entsetzlich verplappert und damit alles verdorben haben. So lasen wir in der „Süddeutschen Zeitung“ den Vorwurf: „Vom Streifenpolizisten bis hinauf in die Spitze des Bundesinnenministeriums herrscht ein Maß an Nicht-Wissen über die interkulturelle Gesellschaft, das nicht mehr entschuldigbar ist. Selbstverständlich ist Rassismus in Sicherheitsbehörden ein ernstes Problem ...“ Linkspartei-Chef Bernd Riexinger fragte spitz: „Geht’s hier um Ausgrenzung?“ Seine Genossin Ulla Jelpke spricht sogar glatt heraus von „Rassismus“.

Interkulturelle Gesellschaft? Ausgrenzung? Rassismus? Wie in aller Welt kann das von Belang gewesen sein, wenn die Herkunft der Täter doch überhaupt keine Rolle gespielt haben soll bei der „blindwütigen Gewalt“, und „Deutsche“ doch „ebenso“ beteiligt gewesen seien wie Andersstämmige?

Des Rätsels Lösung ist ebenso simpel wie platt: Wenn es um Täterbeschreibungen geht, sind Attribute wie „weiß“ oder „deutsch“ die erste Wahl. Wenn dagegen Opfer gesucht werden, handelt es sich bevorzugt um „Migranten“ oder Farbige oder Ähnliches. Da ist es sozusagen logisch, dass sich die ethnische Zuordnung der Beschriebenen mitten in der Erzählung abrupt ändert, wenn Täter zu Opfern umgedichtet werden sollen.

Ein junger Mann, der die Randalie beobachtet hat, meinte zu einer Zeitung, die Leute hätten da ein bisschen „Amerika gespielt“. In den USA gehen Demonstranten, darunter zahlreiche Gewalttäter, seit Wochen unter der Parole „Black Lives Matter“ (Schwarze Leben zählen) auf die Straße. Bekanntlich sind die Afroamerikaner in ihrer großen Mehrheit Abkömmlinge schwarzer Sklaven und meinen daher, mit den Weißen in ihrem Land noch ein Hühnchen rupfen zu müssen.

Dass junge Männer schwarzafrikanischer oder arabisch-orientalischer Herkunft in Deutschland aber meinen, das Schicksal ihrer vermeintlichen „Brüder“ in den USA zu teilen, muss irritieren. Bekanntlich wurden die allermeisten afrikanischen Sklaven von ebenso schwarzen Sklavenhändlern verkauft. Und zwar in der Mehrheit nicht an Europäer, sondern an arabische Schinder.

Gerade „wir als Deutsche“ haben ja ein recht strenges Verhältnis zu Begriffen wie „Verantwortung vor unserer Geschichte“ und „historische (also auf ewig vererbte) Schuld“.

—
Wenn schon „historische Schuld“, dann blühen die jungen Orientalen am Stammbaum der arabischen Sklaventreiber



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Nach dieser Lesart sind die Immigranten, die heute aus Afrika kommen, die Nachfahren der Sklavenhändler, welche die Vorfahren der Afroamerikaner ins Unglück gestürzt haben. Und die jungen Orientalen blühen am Stammbaum jener arabischen und türkischen Sklaventreiber, die mit den menschenhandelnden Vorfahren unserer schwarzafrikanischen Zuwanderer so glänzende Geschäfte gemacht haben.

Doch was heißt hier eigentlich „gemacht haben“. Das barbarische Geschäft mit Menschen geht in Teilen Afrikas bis in unsere Epoche munter weiter. Einen Brennpunkt der „modernen“ Sklaverei bildete bis in unser Jahrhundert der Sudan, das Land an der Schnittstelle zwischen arabischer und schwarzafrikanischer Welt.

Für das Schicksal der dort versklavten Schwarzen interessiert man sich allerdings weder in den Straßen von Seattle noch auf den Plätzen Stuttgarts, wo sie „Amerika spielen“. Das „dunkle Kapitel“ ist eben nur dann ein Thema, wenn es hell genug ist, was die Hautfarbe der Täter angeht. Und wenn sich die entfernten Nachfahren der Täter ein schlechtes Gewissen einreden lassen, wovon die orientalischen Krawalllos von Stuttgart weit entfernt sind. Auch dass nordafrikanische Araber jahrhundertlang, und noch bis 1830, europäische Mittelmeerorte überfallen und schätzungsweise eine Million christliche Europäer in die Sklaverei entführt haben, rührt sie nicht im Mindesten.

Britische Unternehmen wollen als Sühne für ihre historische Verstrickung in den Sklavenhandel nun für Projekte spenden, die ethnischen Minderheiten auf der Insel zugutekommen sollen. Nutznießer werden ganz sicher auch Gruppen sein, deren Vorfahren aus dem arabisch-muslimischen Raum nach Britannien kamen.

Da könnten sich interessante Konstellationen ergeben, was den Geldfluss angeht. Am Ende gar leisten Europäer, deren europäische Verwandte im Süden über zahllose Generationen der Gefahr der arabischen Verschleppung ausgesetzt waren, „Wiedergutmachung“ an die Nachfahren genau jener Menschenräuber, welche sich damals schuldig gemacht haben. Und diese Nachfahren werden das Geld gönnerhaft annehmen – nicht ohne den mahnenden Hinweis, dass damit die „Schuld der weißen Europäer“ ihnen gegenüber aber noch lange nicht getilgt sei. Helau, ihr alten weißen Narren!



Sonderveröffentlichung
Preußische Allgemeine Zeitung
Freitag, 26. Juni 2020 – 1,00 €

PAZ-SPEZIAL

Preußische Museen



FOTO: OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

Geschichte im Bild:
Das Gemälde
„Königin Luise von
Preußen begegnet
Napoleon Bonaparte
am 6. Juli 1807 in
Tilsit“ (Öl auf Lein-
wand, um 1895)
im Ostpreussischen
Landesmuseum in
Lüneburg

Erzähltes Preußen

Nach Wochen des Lockdowns sind auch die Museen wieder geöffnet.
Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise
von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen
berichten, (neu) zu entdecken

Preußische Museen

INHALT

Bandbreite
Schlesiens

Das Schlesische Museum
in Görlitz erzählt die
Geschichte des Landes
an der Oder
Seite 2

Weites Land und
große Namen

Ein Porträt des
Ostpreußischen
Landesmuseums
in Lüneburg
Seite 3

Schaufenster
der Kultur

Ein Gespräch über
Konzeption und Arbeit
des Ostpreußischen
Kulturzentrums in Ellingen
Seiten 4 und 5

Museum im
Ostseeraum

Das Pommersche Landes-
museum in Greifswald
präsentiert die Geschichte
des Landes am Meer
Seite 6

Im Westen
viel Neues

Aktuelle Entwicklungen
der Museen zur
preußischen Geschichte in
Nordrhein-Westfalen
Seite 7



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der
Preußischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappli, Harald Tevs
Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Geschäftsführer: Dr. Sebastian Husen
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.
Internet: www.paz.de
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

GÖRLITZ

Die ganze Bandbreite
Schlesiens

Das 2006 eröffnete Schlesische Museum in Görlitz präsentiert den geschichts-
trächtigen Kulturraum des Landes an der Oder. Der Weg zum Museum war lang. Auch
zu aktuellen Themen werden Akzente gesetzt

VON ERIK LOMMATZSCH

Die Stadt Görlitz, deren historische Bausubstanz in der DDR weitgehend dem Verfall überlassen wurde, stellt sich nach der Wiedervereinigung als restauriertes architektonisches Kleinod sondergleichen dar. Im äußersten Osten des heutigen deutschen Staatsgebietes gelegen, gehört die Stadt zum Bundesland Sachsen. Das ist historisch nicht falsch, schließlich zählte sie ab 1636 für knapp zwei Jahrhunderte zum entsprechenden Kurfürstentum. Andererseits wurde Görlitz 1815 Schlesien, also dem damaligen Preußen, zugeschlagen. Bei dieser Zugehörigkeit – zur Provinz Schlesien, bzw. zu Niederschlesien – sollte es bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs bleiben.

Schlesien selbst wiederum blickt auf eine lange, wechselvolle Geschichte zurück, mit verschiedenen Herrschern, Zugehörigkeiten, mit Teilungen und Abspaltungen durch Nachbarn, die die jeweiligen Gebiete dann ihren Territorien zuschlugen. Wenn auch sprachlich verschieden, so dominierte neben dem Polnischen, dem Tschechischen bzw. Mährischen und dem Jiddischen jahrhundertlang das Deutsche. Mit der Eroberungslust Friedrichs des Großen – er selbst wusste seine Kriege anders zu begründen – kam 1742 der bei weitem größte Teil Schlesiens zu Preußen. 1945 fiel dann der weitaus größte Teil Schlesiens an Polen, verbunden mit der Vertreibung der ansässigen Deutschen.

Schwierige Vorgeschichte

Die Idee, in Deutschland ein Museum zu gründen, das sich mit dem 1000jährigen schlesischen Kulturraum befasst, führte nahezu zwangsläufig zum Standort Görlitz – sichtbar geschichtsträchtig und bedeutendste bei Deutschland verbliebene schlesische Stadt. Nach einer Zeit der Interimslösungen präsentiert sich das Schlesische Museum zu Görlitz seit 2006 in einem Komplex aus mehreren Gebäuden, deren bedeutendstes zweifelsfrei der Schönhof ist. Wie Museumsdirektor Markus Bauer darlegt, geht dieser Bau „im Kern bis in die Gründungszeit der Stadt im 13. Jahrhundert zurück, ist eines der ersten profanen Gebäude in Deutschland, das Architekturformen der Renaissance zeigt und war Leitbau der Stadt nach dem Stadtbrand von 1525.“

Allerdings hat das Görlitzer Museum eine Vorgeschichte. Während in der DDR die Erinnerung der Vertriebenen nicht gepflegt werden durfte, in opportuner Anlehnung an die Sowjetunion sprach man offiziell von „Umsiedlern“, entstanden in der Bundesrepublik bereits früh „Heimastuben“. Diese widmeten sich auch museal Traditionen der nun nicht mehr zum deutschen Staatsgebiet gehörigen Territorien. Die Landsmannschaft Schlesien forcierte bereits seit den 1970er Jahren ein größeres, zentrales Museum. Nachdem der Bundestag 1982 eine „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“ beschlossen hatte, boten sich neue Möglichkeiten. Für Oberschlesien – die Landsmannschaft der Oberschlesier ist nicht identisch mit der Landmannschaft Schlesien – wurde ein Museum in Ratingen realisiert. Für Schlesien insgesamt war, unter den Bedingungen vor dem Mauerfall, ein Museum im niedersächsischen Hildesheim vorgesehen. Direktor Bauer weist darauf hin, dass der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht (CDU), das Projekt tatkräftig unterstützte, während Gerhard Schröder (SPD), der Albrecht 1990 ablöste und in einer Koalition mit den Grünen regierte, das Vorhaben als „politisch heikel“ beendete. Mit der deutschen Einheit boten sich jedoch andere Perspektiven, schnell rückte Görlitz in den Fokus.

Träger des nunmehrigen Schlesischen Museums zu Görlitz ist eine Stiftung, der die Bundesrepublik, das Land Sachsen, die Stadt sowie die Landsmannschaft

Schlesien angehören. Der Vorstand der Stiftung stellte anlässlich des Todes von Herbert Hupka (1915–2006) fest, der langjährige Bundestagsabgeordnete – erst für die SPD, nach seinem Übertritt aus Protest gegen die Ostpolitik für die CDU – sowie Präsident der Landsmannschaft sei „der eigentliche Gründervater des Schlesischen Museums“.

Neue Wege für eine alte Kulturlandschaft

In seinem Selbstverständnis sucht das Museum – unter der Maßgabe, dass es sich bei den Traditionen Schlesiens um ein gemeinsames Erbe von Deutschen, Polen und Tschechen handle – „nach neuen Wegen zu dieser alten Kulturlandschaft“. Zum Aufbau der Sammlung erhielt das Museum eine Vielzahl von privaten Schenkungen, vor allem aber profitiert es von der 2001 ergangenen Entscheidung der Bundesregierung, einen großen Teil der in Bundeseigentum befindlichen schlesischen Exponate nach Görlitz zu geben.

Attraktion an sich sind bereits die historischen Gebäude. Hervorzuheben sind die reichhaltigen Wandmalereien. Um den ursprünglichen Eindruck zu erhalten, bleiben die Wände ansonsten frei – abgesehen vom Feuerlöscher, wie gern betont wird. Wer es kurios mag, der sei auf die Reste des jahrhundertealten WC verwiesen. Damit es seinen Dienst tun konnte, wurde Regenwasser mittels Sandsteinröhren zugeführt.

Die Dauerausstellung an sich ist – erwartungsgemäß – äußerst facettenreich. Kunst und Kunsthandwerk werden ebenso präsentiert wie Alltags- und Industriekultur. Die Hauptstadt Breslau wird hervorgehoben und der „schlesische Barock“. Es erfolgt der Übergang zur Zeitgeschichte mit den Vertreibungen und dem Blick auf die Nachkriegszeit. Informationen über die Präsentation sowie Publikationen erfolgen auf Deutsch sowie in polnischer Sprache – was unterstreicht, dass sich das Ganze ausdrücklich auch an ein polnisches Publikum richtet.

Bei den Einzelstücken der Ausstellung darf Bunzlauer Keramik mit dem typischen Pfauenaugendekor

nicht fehlen, ebenso wenig wie Fayencen aus Proskau und Glinitz. Kannen in Tierform erfreuten sich seinerzeit großer Beliebtheit. Porzellan stellte die Firma C. Tielsch & Co. in Altwasser her. Eisenkunstguss aus Gleiwitz ist zu bestaunen und „Die Häutung des Heiligen Bartholomäus“ von Michael Willmann (1630–1706), der einigen als der bedeutendste schlesische Barockmaler gilt. Zeitliches Gegenstück ist der Sammlungsschwerpunkt zur klassischen Moderne im Zusammenhang mit der Breslauer Staatlichen Akademie für Kunst- und Kunstgewerbe, die 1911 gegründet und 1932 wieder geschlossen wurde. Die Vertreibung wird unter anderem thematisiert in einer Bronzeskulptur von Herbert Volwahn, eindrucksvoller aber vielleicht mittels eines um 1900 gefertigten pelzgefütterten Mantels, den sein Besitzer im Januar 1945 auf der Flucht trug.

Ein vielfältiges Programm

Aktiv ist das Schlesische Museum bei Sonderausstellungen. Davon gibt es allein in diesem Jahr drei. So ist noch bis Anfang August aufwändig gestaltetes Glas aus der von Friedrich Wilhelm Heckert (1837–1887) in Petersdorf gegründeten Manufaktur zu sehen. Im September eröffnet eine Ausstellung mit Zeichnungen und Gemälden des 19. Jahrhunderts von schlesischen Künstlern. Von etwas anderem Charakter ist die Ausstellung „Nieswojóś | Unheimisch“ geben, die nach Verlängerung nun noch bis Ende Juni in der Galerie Brüderstraße zu sehen ist. Fotos von Agata Pankiewicz und Marcin Przybyłko thematisieren „die kulturellen und in der Landschaft sichtbaren Folgen des beinahe vollständigen Bevölkerungsaustauschs nach dem Kriegsende 1945“. Es spricht für das Schlesische Museum, dass es, neben dem Erinnern und Weitertragen von kulturellen Traditionen mit derartig provokanten Themen aktuelle Diskussionen befördert. Ein Grund mehr für eine Reise nach Görlitz.

• Weitere Informationen unter:
www.schlesisches-museum.de



Historische Pracht: Der im 13. Jahrhundert entstandene Schönhof ist das zentrale Gebäude des Schlesischen Museums in Görlitz

Foto: imago images / Stefan Hässler

Preußische Museen

VON JOACHIM MÄHNERT

Warum gibt es in Lüneburg ein Ostpreußen-Museum“ lautet eine der häufigsten Fragen, welche die Mitarbeiter im Ostpreußischen Landesmuseum tagtäglich hören. Die Frage ist durchaus berechtigt, liegt doch die traditionsreiche Hansestadt ca. 800 Kilometer westlich von Königsberg. Zunehmend aber häufen sich Anfragen, die erkennen lassen, wie wenig gerade die Jungen überhaupt noch über die einst östlichste Provinz im Deutschen Reich wissen. 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung mag dies kaum überraschen – wer noch über eigene Erinnerungen an ein deutsches Ostpreußen verfügt, ist heute im fortgeschrittenen Alter. Besorgniserregend aber ist, dass seit Jahrzehnten die früheren preußischen Ostprovinzen keine nennenswerte Rolle in der hiesigen Erinnerungskultur oder in der schulischen Vermittlungsarbeit spielen, und auch das Öffnen der Grenzen nach Osten vor dreißig Jahren hat daran wenig verändert.

Für ein Land, das sich selbst gern als Kulturation versteht, wird man dies als Armutszeugnis interpretieren dürfen. Schon 1972 schrieb der Danziger Günter Grass an seinen Freund Willy Brandt: „Ein Volk, das durch Krieg und Kriegsschuld mehr als drei Provinzen verliert, ist geschlagen und hat Verlust erlitten; ein Volk jedoch, das aus freien Stücken darauf verzichtet, einen Teil der kulturellen Substanz jener verlorenen Gebiete zu sammeln, zu retten und abseits vom üblichen musealen Denken andernorts öffentlich, das heißt weiter wirksam zu machen, ein solches Volk versagt erbärmlich vor sich und seiner eigenen Kultur“.

Der kulturelle Reichtum des Ostens

Grass wusste nur zu gut, welch kulturhistorischer Reichtum mit dem „deutschen Osten“ verbunden ist. Allein Ostpreußen, als erstes protestantisches Land, als Wirkungsort von Nikolaus Kopernikus und Immanuel Kant, als Ausgangspunkt der Befreiungskriege, als Herkunftsland von Persönlichkeiten und Künstlergrößen wie Johann Gottfried Herder, E.T.A. Hoffmann, Lovis Corinth und Käthe Kollwitz, erwächst für das Werden und Sein der heutigen Bundesrepublik, ja des westlich-europäischen Kulturverständnisses, eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Daran zu erinnern ist eine der wichtigsten Aufgaben des 1987 eröffneten, institutionell von Bund und Niedersachsen finanzierten Ostpreußischen Landesmuseums.

Dieses hat sich nach seiner Wiedereröffnung 2018 vollständig neu aufgestellt und konnte sich so auf die gegenwärtigen Herausforderungen einstellen. Denn es ist weltweit das einzige Museum mit dem Auftrag, Geschichte, Kunst, Kultur und Landschaft Ostpreußens möglichst vollständig abzubilden – eine Aufgabe, die sich in den verschiedenen Bundesländern üblicherweise mehrere Museen teilen. Niedersachsen etwa hat sechs Landesmuseen. Das Ostpreußenmuseum, auf sich allein gestellt, muss dagegen spartenübergreifend und interdisziplinär arbeiten. Seine Dauerausstellung ist entsprechend gegliedert in eine historische Abteilung, die von den Prußen und dem mittelalterlichen Ordensstaat bis in die Gegenwart führt und nicht zuletzt ein großes Modul zu Flucht, Vertreibung, Ankunft und Integration aufweist.

Eine eigene Abteilung „Bildende Kunst“ widmet sich der Königsberger Kunstakademie sowie der Künstlerkolonie Nidden und zeigt auch bedeutende Werke von Käthe Kollwitz und Lovis Corinth. Das Kunsthandwerk spielt insbesondere in der Abteilung „Bernstein – das Gold der Ostsee“ eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt wird die einzigartige Landschaft Ostpreußens in mehreren naturkundlichen Abteilungen thematisiert, darunter die besondere Bedeutung der Jagd sowie das Trakehner Pferd. Gänzlich neu ist eine eigenständige Deutschbaltische Abteilung. Diese Vielfalt an Themen hat einen großen Vorteil: Die Ausstellungen sind abwechs-



Breites Spektrum: Die Ausstellungen und Sammlungen des Museums reichen von Aspekten der ostpreußischen Geschichte (oben links die Flucht über das Haff) bis zu einer umfangreichen Sammlung an Gemälden. Oben rechts ein Bismarck-Porträt von William Voss, darunter eine Sicht auf Nidden-Purwin von Carl Knauf



FOTOS: OSTPREÜSSISCHES LANDESMUSEUM

Geschichte und Kultur einer preußischen Provinz

Ostpreußen hat für das Werden und Sein der heutigen Bundesrepublik sowie des westlich-europäischen Kulturverständnisses eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Daran zu erinnern ist eine der wichtigsten Aufgaben des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg

lungsreich, hier findet jedes noch so unterschiedliche Interesse einen passenden Anknüpfungspunkt.

Natürlich kann dabei nur ein kleiner Bestand aus der über Jahrzehnte gewachsenen Sammlung präsentiert werden, die unter anderem viele tausend Gemälde und Grafiken umfasst. Die reiche Auswahl ermöglicht viele Sonderausstellungen, die nicht nur in Lüneburg, sondern auch im Bundesgebiet und in Ostpreußen selber gezeigt werden. Nicht selten sind pro Jahr über 1.000 originale Exponate im Leihverkehr zu managen. Damit erfüllt das Museum zudem die wichtige europäische Aufgabe, im länderübergreifenden Kulturdialog an ein gemeinsames Erbe zu erinnern. Ostpreußens Kultur „gehört“ den Heimatvertriebenen genauso wie den heutigen Bewohnern der Region, die sich selbstverständlich für die Geschichte ihrer Städte und Landschaften interessieren, auch wenn sie bis 1945 deutsch waren. Zahlreiche Kooperationen wie Ausstellungen, Studienreisen oder gemeinsame Schulklassenbesuche werden daher mit den fünf Partnerländern des Museums – Russland, Polen, Litauen, Lettland und Estland – alljährlich im Sinne der Verständigung und des gegenseitigen Verständnisses umgesetzt.

Herausforderung Generationswechsel

Außerhalb Deutschlands gibt es keine vergleichbare Einrichtung wie das Lüneburger Landesmuseum. Auch wenn in Russland, Polen und Litauen das deutsche Kulturerbe durchaus museal dargestellt wird, denkt man eher regional und in den Grenzen nach 1945, fokussiert also weniger auf den über Jahrhunderte gewachsenen Kulturraum von ganz Ostpreußen. Dem Ostpreußischen Landesmuseum erwächst damit ein Alleinstellungsmerkmal, dessen Arbeit umso wichtiger wird, je weniger die Zeitzeugen werden.

Der Generationenwechsel ist angesichts der gewaltigen Lücken in den schulischen

Lehrplänen eine der wesentlichen Herausforderungen für die Erinnerungsarbeit des Museums. Die neue Dauerausstellung will daher vor allem Familien, besonders Großeltern mit ihren Enkelkindern, ansprechen und für das Land und sein Schicksal interessieren. Die Vielfalt an Themen garantiert einen abwechslungsreichen Besuch; zudem gibt es zahlreiche Mitmachangebote und Medienstationen. Ein eigener Familienpfad mit „Ingo, dem Fischotter“ richtet sich speziell an Kinder und führt kindgerecht durch die verschlungene Kulturgeschichte Ostpreußens.

Noch bis zum 25.10.2020 ist die Sonderausstellung „Sielmann!“ über Leben und Wirken des beliebten, in Ostpreußen aufgewachsenen Tierfilmers Heinz Sielmann zu sehen. Es ist eine „Entdeckerausstellung“ – viele der spannenden Inhalte sind nur mit Entdeckerlinsen erlebbar, das reiche Naturgeschehen will erkundet werden. Ein loh-

Besorgniserregend ist, dass die früheren preußischen Ostprovinzen keine nennenswerte Rolle in der hiesigen Erinnerungskultur spielen

nender Spaß für die gesamte Familie, der auch unter den vielen derzeitigen Corona-Auflagen sichergestellt ist.

Ein Anbau für Königsberg und Kant

Spannend werden die kommenden Jahre: Eine weitere, auch bauliche Erweiterung ist geplant, um die umfangreichen Sammlungen des Museums Stadt Königsberg präsentieren zu können und dem berühmtesten und wichtigsten Ostpreußen, Immanuel Kant, erstmals in Deutschland eine eigene, ständige Präsentation zu widmen. Der international verehrte, wohl wichtigste Denker der Moderne wird viele neue Besuchergruppen erschließen, die sich über den Philosophen, aber auch über seine Heimatstadt am Pregel informieren werden.

Ostpreußen – das Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen, das Land von Elch und Storch, Haff und Nehrung! Wer die einzigartige Schönheit der Landschaft genießen will, sollte dort Urlaub machen. Wer aber das reiche Kulturerbe, die oft dramatische Geschichte in einzigartigen Zeugnissen erleben will, wird um eine Reise nach Lüneburg nicht umhinkommen.

Und warum nun findet sich ein Ostpreußenmuseum ausgerechnet im kleinen Lüneburg? Schon 1958 haben sich hier weitsichtige Ostpreußen um den Erhalt ihres Kulturerbes bemüht und mit dem von Hans-Ludwig Loeffke geleiteten „Ostpreußischen Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde“ ehrenamtlich eine nicht unbedeutende Sammlung sowie einen weiten Unterstützerkreis aufgebaut, weshalb bei der Standortdiskussion eines öffentlich finanzierten Landesmuseums Lüneburg den größten Erfolg versprach. Wie wir heute wissen, war es eine gute Entscheidung.

● Dr. Joachim Mähner ist Historiker und seit 2009 Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums.
www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Heimstatt ostpreußischer Kultur: Einer der beiden Eingänge zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg

Foto: Nehring

„Ein Schaufenster ostpreußischer Kultur“

Im Gespräch mit Wolfgang Freyberg

Während es für die einstigen ost-deutschen Provinzen in der Regel nur ein großes Landesmuseum gibt, haben die Ostpreußen neben dem Museum in Lüneburg noch ein Kulturzentrum in Ellingen. Ein Gespräch mit dem Direktor über die Konzeption des Hauses, seine Erfahrungen in der Begegnung mit russischen, polnischen und litauischen Kollegen sowie Ostpreußen als bleibender Teil der deutschen Kulturnation.

Herr Freyberg, warum gibt es neben dem Ostpreußischen Landesmuseum in Niedersachsen ein weiteres Kulturzentrum im Freistaat Bayern?

Als das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen 1981 ins Leben gerufen wurde, hat es das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg unter diesem Namen und in diesem Gebäude noch gar nicht gegeben. Auch die Trägerschaft beider Häuser war damals noch getrennt. Das Kulturzentrum ist ein Kind der Patenschaft des Freistaats Bayern für die Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Diese hatte damals neben der ideellen Unterstützung durch den Freistaat auch eine Möglichkeit gesucht, Exponate und Dokumente, die sich in der Bundesgeschäftsstelle in Hamburg angesammelt hatten, sachgerecht unterbringen und zugleich auch repräsentativ zeigen zu können.

Bei der Suche nach einem geeigneten Ort kamen beide Parteien ins Gespräch mit der Bayerischen Schlösserverwaltung, die auf den Westflügel des Deutschordensschlosses in Ellingen hinwies, der damals leer stand. Dort wurden dann zunächst im Erdgeschoss die Räumlichkeiten für Ausstellungen, eine Bibliothek und einen kleinen Verkaufsraum geschaffen. Das Haus in Lüneburg hieß damals noch „Ostpreußisches Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde“.

Wie gestalteten sich die Anfänge?

Unter den Mitstreitern der ersten Jahre – ich selbst habe 1985 hier angefangen – ist besonders der in Königsberg aufgewachsene Architekt Dietrich Zlomke aus Ravensburg zu nennen, unter dessen Ägide die Ersteinrichtung entstand. Hinzu kam Hanna Wangerin aus Hamburg, die den Textilienraum einrichtete. Wobei man sagen muss, dass zu Beginn einige Exponate lediglich als kurzzeitige Leihgaben zu uns gekommen sind. So waren die Anfänge hier durchaus bescheiden, bis sich allmählich ein regelmäßiger Ausstellungsbetrieb entwickelte.

Groß war allerdings von Beginn an das Besucherinteresse. Zur damaligen Zeit war die Heimat für die nach Krieg, Flucht und Vertreibung in der alten Bundesrepublik gelandeten Ostpreußen nur schwer und teilweise gar nicht erreichbar. Deshalb waren sie froh, in unseren Ausstel-

lungen wenigstens gedanklich nach Osten reisen zu können.

Unser Ansatz ist jedoch seit Beginn, hier keineswegs etwas über jede Region oder jeden großen Ort Ostpreußens zeigen zu wollen; vielmehr widmen wir uns in thematischen Ausstellungen übergreifenden Aspekten der Geschichte und Kultur des Landes, zum Beispiel besonderen historischen Persönlichkeiten oder dem Bernstein oder dem textilen Gestalten. Ein wichtiger Partner war dabei der Freundeskreis der Kunst- und Gewerkschule Königsberg. So entwickelte sich ein fruchtbarer Draht zu namhaften, noch in Ostpreußen geborenen Künstlern, denen das Kulturzentrum eine willkommene Plattform für ihre Präsentationen bot.

Hat sich nie jemand darüber gewundert, dass inmitten des Frankenlandes ein Haus zur Erinnerung an die preußische Geschichte entstand?

Nein, ganz im Gegenteil! Dass wir uns in Mittelfranken in einem barocken ehemaligen Deutschordensschloss befinden, ist sogar ein Schlüssel zum Erfolg. Wir haben hier einen authentischen Ort, um ostpreußische und preußische Geschichte darzustellen. Ohne den Deutschen Orden gäbe es Ellingen in dieser Form gar nicht. Viele Ordensritter, darunter die Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen, Heinrich von Hohenlohe und Albrecht von Brandenburg-Ansbach (der spätere erste Herzog des Preußenlandes) kamen aus Franken. Es gibt in Deutschland kaum eine Region, die so enge Bindungen an Ostpreußen hat. Insofern ist unser Haus ideal für einen Brückenschlag zwischen Franken und Ostpreußen. Besonders stimmig finden dies übrigens unsere Gäste aus dem Ausland, speziell auch polnische, russische oder litauische Kollegen. Wenn sie zu uns kommen, ist es für sie sinnstiftend, dass wir unsere beeindruckenden Räumlichkeiten in einem einstigen Deutschordensschloss haben.

Was unterscheidet das Kulturzentrum konzeptionell vom Landesmuseum in Lüneburg?

Vor allem, dass wir kein klassisches Museum sind. Wir sind im Grunde wie das Schaufenster eines Kaufhauses. Dort kann man auch zahlreiche schöne Gegenstände sehen, aber niemals das ganze Angebot. Wir sind gewissermaßen ein Schaufenster ostpreußischer Kultur, das viele Höhepunkte zeigt, aber niemals das ganze Kulturleben abbilden kann.

Unser Haus hat drei Abteilungen: 1. den Ausstellungsbereich für die Dauer- und Wechselausstellungen, 2. das Archiv und 3. die Bibliothek. Eine besondere Stärke unserer Arbeit sind die Wanderausstellungen, aber auch Dauerausstellungen zu vielfältigsten ostpreußischen Themen, die wir inzwischen auch auf Polnisch, Russisch und Litauisch haben. Damit konnten wir in den vergangenen fast dreißig Jahren nach dem Fall des Eisernen

Vorhangs Dutzende grenzüberschreitende Projekte mit unseren Partnern in Ostpreußen durchführen.

Im Archibereich finden sich unter anderem die Archivbestände der Landsmannschaft Ostpreußen sowie Nachlässe von Privatpersonen. Es ist jedoch keineswegs so wie manche Besucher glauben, dass wir nur in eine Schublade zu greifen bräuchten und zu jedem Dorf in Ostpreußen sämtliche Informationen bis hin zu Abstammungsurkunden und Kirchenbüchern parat hätten. Das ist nicht der Fall. Unsere Sammlungsbestände sind eher heterogen, zum Beispiel haben wir einmal ein ganzes Konvolut ostpreußischer Sparkassenbücher erhalten oder ein andermal eine Sammlung von Fremdenverkehrsprospekten. In jüngster Zeit kommen auch die Archivbestände von Heimatkreisgemeinschaften hinzu, die diese selbst nicht mehr lagern können. Diese Aufgabe übernehmen wir übrigens zusammen mit den Kollegen in Lüneburg.

Wenige Jahre nach der Gründung Ihres Hauses öffneten sich 1989/90 die Grenzen nach Ostpreußen. Wie hat dies Ihre Arbeit beeinflusst?

Das hat alles verändert. Als ich hier Mitte der 80er Jahre anfang, war Königsberg ein Wunsch-, ein Traumort. Wir hatten uns ja bis dato mit Themen und Orten beschäftigt, die in der Realität kaum erreichbar waren. Und plötzlich war Anfang der 90er Jahre auf einmal alles möglich.

Spannend waren auch die ersten grenzüberschreitenden Ausstellungsprojekte. Ich kann mich noch sehr gut an das erste Gespräch hier in Ellingen mit Juri Iwanow, dem Vorsitzenden des Kulturfonds Kaliningrad erinnern, der im Juli 1990 mit seiner Frau hierherkam. Im Jahr darauf wurde dann in der Kunstgalerie die erste große deutsche Kunstaussstellung seit über 45 Jahren in der Stadt am Pregel gezeigt, bestückt mit Exponaten von Dietrich Zlomke und Martin Schmidtke. Da war es sehr hilfreich, dass ich immer ein wenig übersetzen und dolmetschen konnte. Dies führte wiederum zu weiteren Gesprächen mit anderen Akteuren des Kulturlebens vor Ort, zum Beispiel mit Elena Penkina, der Direktorin des Gebietsmuseums in der einstigen Königsberger Stadthalle. Auch in Memel entstanden schnell Kontakte, unter anderem hergestellt durch den damaligen Kulturreferenten der Landsmannschaft Ostpreußen, Volker Schmidt.

Es war eine einzigartige Aufbruchstimmung. Wir haben damals auch heikle Projekte realisiert, etwa eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen, bei der auch Bilder von den schrecklichen Geschehnissen mit der deutschen Zivilbevölkerung in Nemmersdorf gezeigt wurden. Ich weiß nicht, ob das heute noch möglich wäre.

Ebenso spannend war es über die Jahre, den Transformationsprozess, den das nördliche Ostpreußen in den letzten rund



Wir stellen Ostpreußen weniger als etwas Exotisches dar, sondern vielmehr als eine Landschaft und Provinz, die selbstverständlich zum Kontext unserer Kulturnation und zur europäischen Geschichte gehört

30 Jahren durchlaufen hat, zu beobachten. Das Kaliningrad von heute – ich gebrauche jetzt bewusst den russischen Namen – hat mit der Stadt Anfang der 90er Jahre kaum noch etwas gemein.

Wie haben die heutigen Bewohner darauf reagiert, dass sie nun eine gänzlich andere Sichtweise auf die Geschichte derjenigen Region zu sehen bekamen, in der sie lebten, als sie zuvor die jahrzehntelange kommunistische Propaganda vermittelt hatte?

Mit den Russen gab es überhaupt keine Probleme, im Gegenteil. Es war vielmehr, als träfe man alte Bekannte. Die Russen haben alles, was wir ihnen an Wissen über die Geschichte und Kultur Ostpreußens vermitteln konnten, aufgesogen wie ein Schwamm. Sie haben auch jedes Buch und jede Broschüre dankbar angenommen, weil sie selbst kaum etwas hatten. In Memel, bei den Litauern, war es ähnlich.

Auf polnischer Seite war die Situation etwas anders, aber auch hier hat sich enorm viel getan. Ich habe meine erste Reise nach Ostpreußen 1986 – also noch in kommunistischer Zeit – unternommen, unter anderem mit einer Führung durch die Marienburg. Wenn ich diesen Rundgang damals mit einer heutigen Führung vergleiche, könnte man glauben, das ist ein ganz anderes Bauwerk. So radikal sind die Texte und Darstellungen verändert worden, weg von der kommunistisch-nationalistischen Ideologie hin zu einer offenen, an den historischen Tatsachen orientierten Betrachtungsweise. Mit dem jetzigen Direktor verbinden uns freundschaftliche Beziehungen. So hat er beispielsweise ein bemerkenswertes Referat auf einer unserer Landeskulturtagungen gehalten. Hinzu kommen dort eine Vielzahl großartiger denkmalpflegerischer Ergebnisse, etwa die phantastische Restaurierung des Großen Remters und die Wie-

Preussische Museen



Heimstatt des Kulturzentrums Ostpreußen: Die Residenz Ellingen – von 1216 bis 1789 Sitz des Landkomturs der Ballei Franken des Deutschen Ordens
Foto: Mauritius

derherstellung der Marienfigur. Das sind einmalige Leistungen.

Welchen Einfluss hatte der Beitritt Polens und Litauens zur Europäischen Union im Jahre 2004 auf Ihre Arbeit?

Zum einen sind natürlich die Grenzkontrollen und der damit verbundene Aufwand weggefallen. Wir können uns seitdem völlig frei bewegen und uns auch unsere Partner frei suchen. Hilfreich war auch, dass der bayerische Regierungsbezirk Mittelfranken, in dem Ellingen liegt, eine Partnerschaft mit der Woiwodschaft Pomorskie, die den Osten Hinterpommerns, Teile Westpreußens und Danzig umfasst, eingegangen ist. Hier können wir inzwischen auf eine zwanzigjährige Partnerschaft blicken, die unserer Arbeit einen ganz anderen Rahmen gibt.

So fragte uns 2002 der polnische Bürgermeister von Stuhm, ob wir nicht eine Ausstellung zur Geschichte seiner Stadt zeigen könnten. Das haben wir dann im darauffolgenden Jahr auch gern getan, und zwar in der alten Deutschordensburg in Stuhm, die im Mittelalter die Sommerresidenz der Hochmeister gewesen war. Diese Ausstellung war die Initialzündung für unsere ganze Arbeit mit polnischen Kultureinrichtungen. Außerdem haben wir zu der Ausstellung eine kleine Broschüre erstellt, die weit herumgereicht wurde und vielen Bürgermeistern der Region so gut gefiel, dass sie ebenfalls zu uns kamen und fragten, ob wir so etwas nicht auch in ihren Städten auf die Beine stellen könnten. Das haben wir dann tatsächlich so gemacht, unter anderem in Preußisch Holland, in Saalfeld, in Rastenburg, Lötzen und Johannisburg – jeweils mit zweisprachigen Tafeln und Broschüren, die sich die Menschen mit nach Hause nehmen konnten. Projekte kamen auch zustande mit den deutschen Gruppen im südlichen Ostpreußen, besonders

erfolgreich seit vielen Jahren im Wasserturm in Lyck.

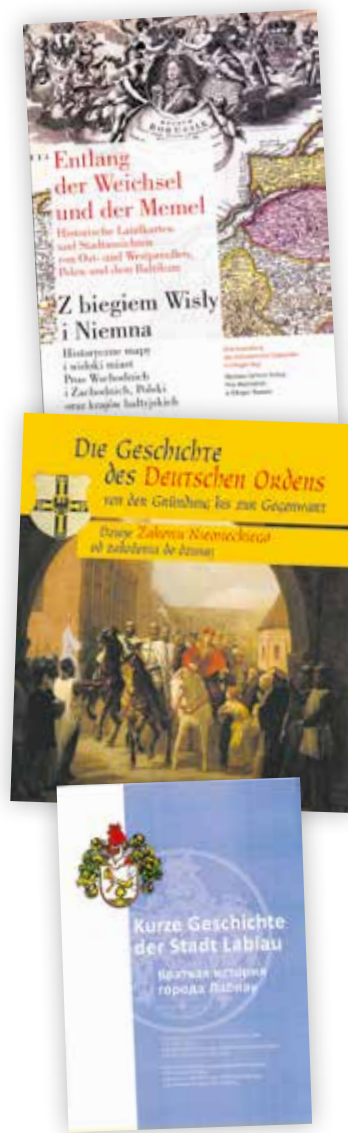
Aber auch im heute russischen Teil Ostpreußens konnten wir eindrucksvolle Ausstellungen zur Regionalgeschichte zeigen, unter anderem in Königsberg im Gebietsarchiv, im Friedländer Tor oder im Stadtmuseum Tilsit. Das Pensum war und ist schon enorm. Der Erfolg und die Freude der Besucher haben uns immer recht gegeben.

Wie hat die Bevölkerung diese Aktivitäten aufgenommen? Sind die Ausstellungen gut besucht?

Es ist ähnlich wie bei uns. Es gibt ein kulturinteressiertes Publikum. Das gibt es in Hamburg, in Lüneburg, in Ellingen – und eben auch in Allenstein oder Tilsit. Dieses Publikum ist natürlich sehr aufgeschlossen und besucht auch immer wieder unsere Ausstellungen.

Daneben wollen wir aber auch die deutschen Touristen in Ost- und Westpreußen erreichen. Das ist etwas schwieriger, weil wir diese vor Ort nur dann erreichen, wenn sie in die Ausstellungsorte der polnischen, russischen und litauischen Kollegen gehen. Am besten gelingt uns das in der Feste Boyen in Lötzen, wo mehrere Ausstellungen von uns permanent zu sehen sind. Wer diese Festung, die zu den größten Touristenattraktionen Ostpreußens gehört, besucht, sieht beispielsweise unsere zweisprachigen Ausstellungen über die Geschichte der Stadt Lötzen, den Ersten Weltkrieg und über die Festungsbauten in Ostpreußen. Die gehören zum Standardrundgang in der Festung und niemand hat jemals etwas daran zu kritisieren gehabt.

Ähnlich verhielt es sich mit einer Ausstellung in Marienwerder über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen nach dem Versailler Vertrag. Den zweisprachigen Katalog verkaufen wir bis heu-



Grenzen überschreiten: Mit zahlreichen Ausstellungen hält das Ellinger Kulturzentrum diesseits und jenseits von Oder und Neiße das Wissen über Ostpreußen lebendig



Engagiert in der Vermittlung des Wissens über Ostpreußen: Seit 1985 leitet Wolfgang Freyberg das Kulturzentrum Ostpreußen
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

te gut. Und nie hat sich jemand beschwert über unsere Darstellung der Geschichte, obwohl unsere Texte bei Ausstellungseröffnungen sofort kritisch beäugt wurden.

Gibt es bei den Themen der Ausstellungen einen Wandel? Zum Beispiel von der Erlebnissgeneration hin zu einer Generation, der man sozusagen Ostpreußen nicht nur in Erinnerung rufen muss, sondern der man überhaupt erst einmal erklären muss, was das ist?

Durchaus. Allerdings war es nie der Anspruch unseres Hauses, die Geschichte und Kultur Ostpreußens im Ganzen zu zeigen, sondern eher, anhand besonderer Themen den Beitrag der Provinz zur deutschen und europäischen Geschichte zu verdeutlichen sowie die Verbundenheit damit. Ostpreußen haben ja nicht nur in Ostpreußen gelebt und im Lauf ihres Lebens gearbeitet, sondern haben auch ihre Heimat verlassen; dafür haben wiederum viele bedeutende Personen aus Politik und Kultur, die nicht von dort stammten, zwischen Weichsel und Memel gewirkt. Zum Beispiel: Wenn wir eine Ausstellung über Herder erarbeiten, der in Mohrunge geboren wurde, hat dies natürlich viel mit Ostpreußen zu tun. Andererseits ist er einer unserer großen deutschen Klassiker, der auch in Riga, in Bückeburg und in Weimar gelebt hat und zahlreiche Reisen durch Europa unternommen hat. Insofern ist Herder kein ausschließlich ostpreussisches Thema.

Allerdings widmen wir uns keineswegs nur den Politik- und Geistesgrößen. Unsere diesjährige Sonderausstellung erinnert zum Beispiel an den Schuhmacher Wilhelm Voigt, der 1906 als Hauptmann verkleidet die Köpenicker Stadtkasse raubte und so zu zweifelhafter Berühmtheit gelangte. Voigt wird, nicht zuletzt durch den Film mit Heinz Rühmann, immer als ein Berliner Original gesehen. Dabei wurde er in Tilsit geboren. Und anhand einer Originalaufnahme seiner Stimme, die wir in unserer Ausstellung präsentieren, kann man deutlich hören, dass der Hauptmann von Köpenick mit leicht ostpreussischem Dialekt gesprochen hat.

Ein weiteres Beispiel ist unsere Ausstellung „Bier und Brauereien in Ostpreußen damals und heute“, die 2016 zum Jubiläum des Reinheitsgebotes entstand. Da hatten wir am Anfang nicht einmal viele Exponate und Vorlagen, vielleicht sechs oder sieben Flaschen und ein paar Etiketten sowie Heimatbriefe zur Recherche. In diesem Fall halfen uns Sammler, deutsche und polnische, so dass wir viele Lücken schließen konnten. Das Thema lief so gut, dass die Ausstellung etwa im Allensteiner Haus Kopernikus, dem Sitz der deutschen Landsleute, so viele Besucher anzog wie nie eine Ausstellung zuvor. Ein großer Erfolg war auch die Präsentation dieses Themas auf dem Potsdamer Tag der Wissenschaften 2019 zusammen mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Muss man Ostpreußen nach dem allmählichen Ableben der sogenannten

Erlebnissgeneration erst einmal wieder erklären?

Das würde ich nicht sagen. Erstens sind die meisten Menschen, die zu uns kommen, schon vorab informiert. Und zweitens ist Ostpreußen dank vieler TV-Dokumentationen, Bücher und Artikel sowie nicht zuletzt als normales Reiseziel im heutigen Deutschland wahrscheinlich besser präsent als Anfang der 80er Jahre.

Also bleibt Ostpreußen gewissermaßen als Teil unserer Kulturnation erhalten?

Das ist es ja auch! Ostpreußen gehört zur deutschen Landes- und Kulturgeschichte dazu wie das Rheinland oder Hessen auch. Das ist einfach nicht zu trennen. Wenn ich wieder das Beispiel Herder nehme oder Immanuel Kant oder Lovis Corinth und viele mehr, dann gehören diese Personen gleichermaßen in die ostpreussische, in die deutsche und in die europäische Geschichte und Kultur. Deshalb stellen wir Ostpreußen weniger als etwas Exotisches dar, sondern vielmehr als eine Landschaft und Provinz, die selbstverständlich zum Kontext unserer Kulturnation und zur europäischen Geschichte gehört.

Mir ist natürlich klar, dass es bei dem Wort Ostpreußen gelegentlich eine Art Erklärungsbedarf gibt, den andere Orte nicht haben. Ein Museum in Hamburg etwa zeigt zwar die Geschichte der Stadt, aber es muss nicht Hamburg als Ort vermitteln, weil jeder Gast der Stadt diese täglich erleben kann. Auch die Pommern und selbst die Schlesier haben eine andere Situation, weil zumindest Teile der alten Provinzen wieder zum Bundesgebiet gehören. Unsere Einrichtungen in Lüneburg und Ellingen sind immer auch ein bisschen Ersatz und zugleich Botschafter dieses alten schönen Landes Ostpreußen in der Gegenwart. Aber wenn die Menschen erst einmal verstehen, dass es auch hunderte Kilometer von den heutigen Grenzen entfernt deutsche Geschichte gibt, dann finden sie das sehr spannend. Die Auswirkungen betreffen uns bis heute, denken Sie beispielsweise an das Hitler-Attentat in der Wolfsschanze 1944.

Welche Projekte Ihres Hauses stehen als nächstes an?

Vor allem der Fortgang unserer Wilhelm Voigt-Ausstellung. Wir konnten diese noch am 7. März feierlich eröffnen; unter anderem mit dem Schauspieler Jürgen Hilbrecht aus Köpenick, der den „Hauptmann“ auch vor Ort in Berlin spielt. Gleich danach mussten wir jedoch wegen der Anti-Corona-Maßnahmen schließen. Wegen dieser unfreiwilligen Pause haben wir die Ausstellung bis zum 22. November verlängert, so dass man sie noch lange sehen kann – und wir hoffen natürlich, dass möglichst viele Besucher in diesem Jahr zu uns finden.

Das Interview führte René Nehring

● Nähere Informationen zu Geschichte und Programm des Hauses unter www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Preußische Museen

VON JULIA KRUSE

Das Zusammenwirken engagierter Partner führte 1996 nach mehrjährigen Bemühungen zur Gründung der „Stiftung Pommersches Landesmuseum“. Pommersche Geschichte, Kultur und Kunst sollten ins Blickfeld gerückt, wissenschaftlich dargestellt, didaktisch vermittelt und gepflegt werden.

Die Greifswalder Universität und der Senat der Hansestadt Greifswald griffen die Vision auf, ein Landesmuseum an den Greifswalder Bodden zu holen. Die Stadt stellte Liegenschaften und städtische Sammlungen bereit, die Universität brachte ihre wertvollsten Kunstschatze ein. Mit dem Bund und dem Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützten zwei weitere starke Partner das Projekt. Für die inhaltliche Ausrichtung des Landesmuseums wurde ein wissenschaftlicher Beirat berufen, in dem Fachvertreter aus Polen, Schweden und Dänemark mitwirkten.

Im Jahr 2000 öffnete zunächst die Gemäldegalerie, 2005 wurde die gesamte, aus sechs Häusern und vier Außenanlagen bestehende Einrichtung der Öffentlichkeit übergeben. Neben der Darstellung der pommerschen Landes- und Kulturgeschichte profiliert sich das neue Haus als Begegnungsstätte – als Forum im Ostseeraum – für grenzüberschreitende Projekte, insbesondere auch für die Jugendarbeit.

Vom Franziskanerkloster zum Museum des 21. Jahrhunderts

Der Reiz des Museums beginnt bereits mit der Architektur: weiße, weithin leuchtende klassizistische Gebäude, die moderne Glas- und Stahlkonstruktion der Museumsstraße und die Klosterbibliothek mit ihren roten Backsteinen – ein reizvolles Ensemble unmittelbar am historischen Markt der alten Hanse- und Universitätsstadt Greifswald, eingebettet in die historische Wallanlage und lauschige Gärten und Höfe.

Kurz nach 1250 waren hier die ersten Baulichkeiten des Franziskanerklosters entstanden. Im Zuge der Reformation ergriff die Stadt von den Klostergebäuden Besitz. Auf den Fundamenten der Klosterkirche entstand von 1793 bis 1795 die Stadtschule – Architekt war kein Geringerer als Johann Gottfried Quistorp, der Zeichenlehrer Caspar David Friedrichs. Wenig später nochmals umgebaut, beherbergt sie heute die Gemäldegalerie. 1845 errichtete man eines der modernsten Armen- und Altenheime Neuorpommerns, auf das der Name „Graues Kloster“ überging.

Zwischen Mittelalter und Moderne

Das heutige Hauptgebäude des Museums nimmt die Dauerausstellungen zur Erd- und Landesgeschichte Pommerns sowie den gesamten Servicebereich mit Foyer, Café und Museumsshop auf. Der mittelalterliche Komplex um die Klosterbibliothek steht für Sonderausstellungen und Museumspädagogik zur Verfügung. Als Verbindung für alle historischen Gebäude dient die gläserne, multifunktionale Museumsstraße, die den Tagungs- und Veranstaltungsbereich aufnimmt. Zusammen mit dem Kloster- und dem Findlingsgarten sowie dem großzügigen, in Granit gestalteten Vorplatz lässt sich nun das ehemalige Areal des Franziskanerklosters an der Stadtmauer wieder erleben. Ein historisch gewachsener Ort mit vielen Gesichtern, der sich einem breiten Publikum mit unterschiedlichsten Veranstaltungen öffnet.

Mit der lichtdurchfluteten, verglasten Museumshalle, die alte und neue Bausubstanz elegant und fast schwerelos verbindet, ist ein modernes und gefragtes Tagungszentrum entstanden. Mit Blick auf die Wallanlagen finden hier etwa 120



Das Hauptgebäude des Pommerschen Landesmuseums: Zu sehen sind hier unter anderem die Dauerausstellungen zur Erd- und Landesgeschichte Pommerns. Ebenso untergebracht ist der Servicebereich mit Café und Museumsshop



Gewebte Historie: Eines der herausragenden Exponate des Museums ist der 1554 von Herzog Philipp I. in Auftrag gegebene „Croy-Teppich“, der von der Geschichte der Reformation in Pommern erzählt

Fotos: Pommersches Landesmuseum

Ein Museum im Ostseeraum

Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald erzählt die wechselhafte Geschichte des Landes an den Ufern des baltischen Meeres von der Eiszeit bis in die Gegenwart

Der Reiz des Museums beginnt mit der Architektur: weiße klassizistische Gebäude, die moderne Glas- und Stahlkonstruktion der Museumsstraße und die Klosterbibliothek mit ihren roten Backsteinen

Konferenzteilnehmer aller Fachbereiche ausgezeichnete Bedingungen, die jede Tagung zugleich zum Erlebnis werden lassen. Moderne Medien und Simultandolmetscheranlagen haben sich bei internationalen Kongressen bereits bewährt.

Pommern, lange bevor die ersten Menschen hier siedelten... Im Zeitraffer erkundet der Besucher die Erdgeschichte: von der Kontinentalverschiebung über die Saurier bis zur Eiszeit, von den Urmeeren bis zur heutigen Küstenlinie, von der Kreide bis zum Bernstein.

Auf den Spuren der Eiszeit

Im Kellergewölbe des Grauen Klosters wird der abenteuerlichen Reise des Bernsteins nach seiner Bildung vor 50 Millionen Jahren nachgegangen; Bohrkerne enthüllen Millionen Jahre alte, fossile

Reste: Ammoniten, Muschelschalen oder auch Schwämme. Die Kreidezeit, deren felsige Hinterlassenschaft direkt an der vorpommerschen Küste liegt, kann der Neugierige in den Tiefen des Kreidemeer-Dioramas erforschen.

Taucht man aus den tiefer liegenden Erdgeschichtsformationen auf, begegnet man den allgegenwärtigen Spuren der Eiszeit. Im bläulichen Schimmer des von Studio Babelsberg nachempfundenen Gletschers erfährt man, wie die letzte Eiszeit abließ und welche Landschaftsformen sie schuf, die sich dem Touristen in voller Schönheit und Eigenart präsentieren. Und nicht zuletzt raunt unser erster Gast aus Südschweden – ein gewaltiger, vom Eis nach Pommern geschobener Findling – den Kindern Sagen über „Riesensteine“ zu. Weitere „Eisreisende“ fin-

det der Besucher im Findlingsgarten, wo sie nach der Lage ihrer Herkunftsgebiete gruppiert sind.

14.000 Jahre Geschichte der Menschen an der südlichen Ostseeküste präsentieren sich im „Grauen Kloster“. Auf 550 Quadratmetern werden die Kultur, das Leben, die große Politik, aber auch die bemerkenswerten Besonderheiten der Region von den ersten menschlichen Spuren in der Altsteinzeit bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges erfahrbar gemacht. Rasch werden die jüngeren Epochen bis ins 21. Jahrhundert folgen.

Eine Reise durch die Jahrtausende

In der Urgeschichte ist das älteste von Menschen gefertigte Werkzeug Pommerns oder ein fast 2 Kilogramm schwerer Goldring aus den Wirren der Völkerwanderungszeit zu bestaunen. In Erinnerung bleiben sicherlich die Leistungen

In der Backsteinwerkstatt kann man sich als mittelalterlicher Baumeister üben, als Hansekaufmann auf dem Rechenbrett rechnen oder sich an der Suche nach der versunkenen Stadt Vineta beteiligen

der slawischen Handwerker, die brennende Tempelburg Arkona, die reiche materielle Kultur der Hansestädte oder die Umwälzungen der Reformation.

Höhepunkt der Ausstellung ist der einzigartige, 4 x 7 Meter große Croy-Tepich aus dem 16. Jahrhundert. Zusammen mit dem über Jahrhunderte in Gebrauch befindlichen Rektorornat der Universität Greifswald lässt dieses Zeugnis der pommerschen und sächsischen Vergangenheit die Kulturregion in neuem Licht erscheinen.

Geschichte auf moderne Weise nah gebracht: Zeitzeugen erzählen ihre Sicht der Dinge. In der Backsteinwerkstatt kann man sich als mittelalterlicher Baumeister üben, als Hansekaufmann auf dem Rechenbrett rechnen oder sich an der Suche nach der versunkenen Stadt Vineta beteiligen. Musikstücke, Hörspiele und Filmsequenzen runden die Ausstellung ab.

Seit Juni 2010 wird der Bogen weiter gespannt und die Ausstellung berichtet von der Schwedenzeit in Pommern, der Preußenzeit bis zur Entstehung der Kaiserbäder auf Usedom.

Friedrich, van Gogh & Co.

Wo einst im Mittelalter die „Grauen Mönche“ beteten und später Schüler paukten, geben sich heute nicht zuletzt hochkarätige Maler ein Stelldichein: Frans Hals, die norddeutschen Romantiker mit Philipp Otto Runge und dem in Greifswald geborenen Caspar David Friedrich, Max Liebermann, Max Pechstein, Vincent van Gogh und viele andere mehr.

So bildet das Pommersche Landesmuseum insgesamt eine stille Welt in edlen klassizistischen Räumen, die jenseits aller Alltagshektik zum Schauen, Nachdenken und Entspannen einlädt.

● **Weitere Informationen** zur Geschichte des Hauses und zu seinem aktuellen Programm unter www.pommersches-landesmuseum.de

Im Westen viel Neues

In Nordrhein-Westfalen erinnern gleich mehrere Häuser an verschiedene Regionen und Provinzen des alten Preußen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Weiter so!“ lautet das Motto des vom Landschaftsverband Rheinland getragenen Niederrheinmuseums in Wesel bei der Fortentwicklung seiner Dauerschau. „Neue Wege“ will das von der Stiftung Haus Oberschlesien geführte Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen gehen. „Alles beim Alten“ meldet das in der Trägerschaft der Kulturstiftung Westpreußen stehende Westpreußische Landesmuseum in Warendorf. Mit dem Slogan „Platz da, das Museum kommt!“ macht das vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe unterhaltene Preußenmuseum Minden auf seine Neueröffnung im kommenden Jahr aufmerksam.

Preußen am Rhein

Im LVR-Niederrheinmuseum gelten seit der Wiedereröffnung am 30. Mai für die Besucher zum Schutz vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus neue Regeln. Man kann sie in der eigens erstellten Anlage zur Hausordnung nachlesen. Maximal 50 Besucher dürfen sich in dem zum Museum ausgebauten ehemaligen Getreidespeicher der Zitadelle Wesel aufhalten. Sie müssen einen Mund- und Nasenschutz tragen, sich an die üblichen Abstandsregeln halten und sollten die an den Haupteingängen und an den Toilettenanlagen installierten Spender mit Handdesinfektionsmittel benutzen. Eine Neuheit ist das Einführungsvideo in die derzeitige Dauerausstellung, zu der jeder Besucher obendrein einen Lageplan mit eingezeichneten Laufrichtung erhält.

Seitdem das frühere Preußenmuseum Wesel 2018 als Niederrheinmuseum neu eröffnet wurde, arbeitet das Museumsteam um Direktor Veit Veltzke an der schrittweisen Verwirklichung der neu konzipierten Dauerausstellung. Die soll 2024 abgeschlossen sein. Standen früher einzig und allein die Bedeutung Preußens für die Region Niederrhein und Wesel als ehemalige preußische Festungs- und Garnisonsstadt im Blickpunkt, weitet sich nun die Perspektive. Vermittelt werden jetzt auch die historischen Verflechtungen mit dem niederländischen Raum und die europäische Dimension der nieder-rheinischen Geschichte.

Geschichte Oberschlesiens

Während die Besucher des Niederrheinmuseums vorerst freien Eintritt haben, Spenden jedoch gern gesehen sind, gelten in dem seit 5. Mai wieder offenen Oberschlesischen Landesmuseum die üblichen Eintrittspreise. Aber während man in Wesel selbst für seine Schutzmaske sorgen muss, bietet das Ratinger Museum den Besuchern Masken und Handschuhe an. Laufrichtungspfeile und Abstandslinien leiten durch die Dauerausstellung. Das Museum hat nach den Worten von Susanne Peters-Schildgen die Aufgabe, der Öffentlichkeit „ein Bild von der Geschichte und Kultur der schlesischen Regionen zu vermitteln und somit auch über das heutige Polen und Tschechien zu informieren“.

Bis die Stelle der Museumsleitung neu besetzt ist, leitet Susanne Peters-Schildgen kommissarisch das Museum. Sie kündigt die Neukonzeption der 22 Jahre alten Dauerschau an: Diese „soll die wechselvolle Geschichte Oberschlesiens und der



Die „wechselvolle Geschichte Oberschlesiens und der Menschen, die in dieser Region zu verschiedenen Zeiten gelebt haben, in Beziehung zu aktuellen Fragestellungen setzen“:
Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen Foto: OSLM

„Ich möchte preußische Geschichte pfiffig erzählen. Es braucht dringend neue Perspektiven und Interpretationen, zumal das Thema ja oft erst einmal Abwehr hervorruft“

Sylvia Necker
Direktorin des LWL-
Preußenmuseums in Minden

Menschen, die in dieser Region zu verschiedenen Zeiten gelebt haben, in Beziehung zu aktuellen Fragestellungen setzen. Stichworte wären hier zum Beispiel Migration, Minderheiten, ethnische Vielfalt und Diversität, Identität, Fremdsein, Toleranz und Integration.“ Im Herbst dieses Jahres sollte eine Sonderausstellung über schlesische Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Politik, Industrie und Sport beginnen. Zu ihnen gehören beispielsweise Joseph von Eichendorff, Bernhard Grzimek und Lukas Podolski. „Die Einhaltung des ursprünglichen Starttermins hängt davon ab, ob wir angefragte Exponate von unseren Partnermuseen in Polen wegen der Corona-Krise termingerecht nach Ratingen transportieren können“, erklärt Peters-Schildgen.

Nicht viel Neues gibt es aus Warendorfs seit dem 19. Mai wieder offenem Westpreußischen Landesmuseum zu be-

richten. Deutschlands zentrale Einrichtung zur Erforschung und Vermittlung von Geschichte und Kultur des historischen Westpreußen residiert in einem ehemaligen Franziskanerkloster. Die angesichts der Corona-Krise eingeführten Hygienevorschriften fallen knapp aus. Im Eingangsbereich stehen Spender mit Handdesinfektionsmitteln, das Tragen eines Nasen- und Mundschutzes ist Pflicht, die üblichen Abstandsregeln sind einzuhalten. Und: „Bitte nichts anfassen.“ So instruiert kann der Besucher den Parcours durch die Stationen der westpreußischen Geschichte und die Dokumentation landmannschaftlicher Aktivitäten antreten.

Ein Kompetenzzentrum für Preußen

Seit 2014 ist das in der alten Defensionskaserne der ehemaligen Garnisonsstadt Minden untergebrachte Preußenmuseum zwecks denkmalgerechter Sanierung des Gebäudes und Einrichtung einer neuen Dauerausstellung geschlossen. Auf dem Museumsplatz steht neuerdings ein Container. Ab September soll in, um und an ihm ein buntes Kulturprogramm auf die für 2021 vorgesehene Eröffnung des Museums neugierig machen. Dessen Leiterin ist Sylvia Necker. Sie kündigt an: „Ich möchte preußische Geschichte pfiffig erzählen. Es braucht dringend neue Perspektiven und Interpretationen, zumal das Thema ja oft erst einmal Abwehr und Augenrollen hervorruft.“ Titel der geplanten Dauerschau ist „Potz Blitz – Preußen!“

In ihr will Necker zum Beispiel mit gängigen Klischees wie dem der Gleichsetzung von Preußen mit der Pickelhaube aufräumen, auf heute alltäglich erscheinende preußische Errungenschaften wie die Sozialversicherung und die zivile Ehe aufmerksam machen und eine Galerie der Preußinnen einrichten, in der etwa Königin Luise und Käthe Kollwitz zu Ehren kommen. Besonders wichtig ist ihr

der Gegenwartsbezug der preußischen Geschichte. Die in der künftigen Dauerschau angesprochenen Themen werden in Sonderausstellungen vertieft. Sie tragen Arbeitstitel wie „Preußen im Film“, „Die preußische Amtsstube“ oder „Preußen, Protestantismus und Pflichtbewusstsein“. Die rührige Direktorin hat den ehrgeizigen Anspruch, das Museum als bundesweites Kompetenzzentrum zum Thema Preußen zu etablieren.

Kaiser Wilhelm in Porta Westfalica

Sylvia Necker ist auch für eine der großen Touristenattraktionen Ostwestfalens zuständig: das auf dem Wittekindsberg von Porta Westfalica stehende Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Mittelpunkt des vom Architekten Bruno Schmitz entworfenen, weithin sichtbaren Wahrzeichens der Region ist das vom Bildhauer Caspar von Zumbusch geschaffene Standbild Kaiser Wilhelms I. Die 88 Meter hohe Anlage ist das zweitgrößte deutsche Nationaldenkmal, übertroffen nur vom drei Meter höheren Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Seit 28. Mai steht das auf der Ringterrasse eingerichtete Besucherzentrum wieder offen. Es informiert an sechs Stationen über die Geschichte des 1896 eingeweihten Monuments und seiner Umgebung.

• Weitere Informationen:

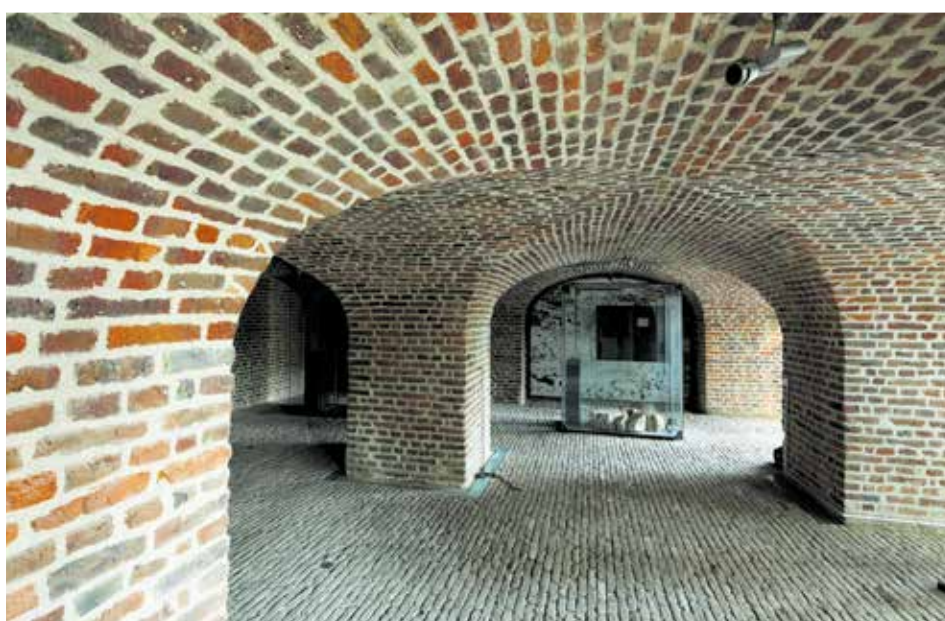
LVR-Niederrheinmuseum

An der Zitadelle 14-20, Wesel
www.niederrheinmuseum-wesel.lvr.de

Oberschlesisches Landesmuseum
Bahnhofstr. 62, Ratingen
www.oberschlesisches-landesmuseum.de

Westpreußisches Landesmuseum
Klosterstraße 21, Warendorf
www.westpreussisches-landesmuseum.de

LWL-Preußenmuseum
Simeonsplatz 12, Minden
www.lwl-preussenmuseum.de



Perspektive erweitert: Das in dem ehemaligen Getreidespeicher der Zitadelle Wesel errichtete frühere Preußenmuseum erzählt nun auch über die historischen Verflechtungen des Niederrheingebiets mit dem niederländischen Raum Foto: Mauritius

Preußische Museen

IN KÜRZE

Unterwegs in preußischen Landen

So vielfältig das alte Preußen war, so breit ist heute das Angebot an Häusern und Einrichtungen, die von seiner Geschichte erzählen. Einige Anregungen für den bevorstehenden Sommer



Brandenburg und Preußen

Im Jahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau im Norden der Mark Brandenburg eine vollständig überarbeitete Hauptausstellung. Beginnend mit der einzigen kompletten Porträtgalerie aller brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens vom Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Zudem lädt das Museum mit wechselnden Sonderausstellungen und einer engagierten Museumspädagogik für jährlich über 2000 Schüler zur Auseinandersetzung mit der brandenburgisch-preußischen Geschichte ein. Die diesjährige Sonderausstellung „Wilde Heimat Brandenburg“ ist dem Ruppiner Seenland gewidmet und zeigt atemberaubende Tier- und Landschaftsfotografien der Naturfotografin Anke Kneifel, Steinmetzmeisterin aus Neuruppin.

Nach der Lockerung der Corona-Maßnahmen warten Museum und Sonderausstellung auf Besucher. Zu letzterer ist ein reich bebildeter Katalog erschienen (116 Seiten, 20 Euro), der im Museum zur Zusendung bestellt werden kann.

Brandenburg-Preußen Museum

Eichenallee 7a, 16818 Wustrau
Telefon 03 39 25 – 7 07 98
www.bpm-wustrau.de



Geschichte des Ordenslandes

Von 1309 bis 1454 war die Marienburg Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens im Deutschordensstaat. Danach gehörte sie mit Unterbrechungen von 1457 bis 1772 zu Königlich-Preußen, einer Provinz des polnischen Königreiches, und wurde in dieser Zeit als Residenzort polnischer Könige genutzt. Nach der Teilung Polens 1772 kam die Burg wieder zurück zu Preußen, das seit 1701 Königreich war.

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die im Laufe der Zeit stark verfallene Burg aufwendig wiederhergestellt, unter anderem unter Mitwirkung von Joseph v. Eichendorff. Es war eine der ersten Rekonstruktionen der deutschen Geschichte.

In den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs wurde die Marienburg bei Kämpfen weitestgehend zerstört. Umso bewundernswerter ist ihr Wiederaufbau durch Polen, zu dem Westpreußen nach dem Kriege kam, in den letzten Jahrzehnten. Dieser dauert bis heute an.

Seit Dezember 1997 gehört die Marienburg zum Weltkulturerbe der UNESCO. Die Burg wird außerdem in der höchsten Kategorie der polnischen Liste staatlicher Kulturgüter geführt. Vor einigen Jahren wurde ein modernes Besucherzentrum errichtet.

Schlossmuseum Marienburg

ul. Starościńska 1, 82-200 Malbork
Telefon +48 – 55 647 09 78
www.zamek.malbork.pl/de



Preußischer Kulturbesitz

Etwa 4,7 Millionen Objekte aus den Bereichen Kunst, Archäologie und Ethnologie bewahren die Staatlichen Museen zu Berlin. Ihre 15 Sammlungen zählen in ihrer Breite und Qualität zu den bedeutendsten in Europa. Zu den Staatlichen Museen zu Berlin gehören außerdem drei renommierte Forschungsinstitute und die Gipsformerei.

Kernstück der zur Stiftung Preussischer Kulturbesitz gehörenden Museumslandschaft – und mit über vier Millionen Besuchern jährlich zugleich beliebtestes Ziel der Hauptstadtgeste – ist die Museumsinsel in der Spree mit ihren fünf Häusern Altes Museum, Neues Museum, Alte Nationalgalerie, Bode-Museum und Pergamonmuseum. Hinzu kam zuletzt die als Besucherzentrum fungierende James-Simon-Galerie.

Herausragende Exponate sind unter anderem die Büste der ägyptischen Königin Nofretete, der Pergamonaltar, das Markttor von Milet, das Ishtar-Tor samt Prozessionsstraße aus Babylon sowie Gemälde von Caspar David Friedrich über die französischen Impressionisten bis zu Fresken der in Rom tätigen Nazarener und Münzen vom Beginn der Münzprägung im 7. Jh. v. Chr. bis in die Gegenwart.

Staatliche Museen zu Berlin

Museumsinsel
Telefon 030 – 266 42 42 42
www.preussischer-kulturbesitz.de



Meisterwerk der Backsteinkunst

Im Jahre 1144 wurde in der Nähe des Marktes von Jerichow ein Kloster von Erzbischof Hartwig I. von Bremen als Prämonstratenserstift gegründet. Vier Jahre später wurde das Kloster nach außerhalb des Ortes an seine heutige Stelle verlegt. Dort begann 1149 der Bau der Stiftskirche St. Marien und St. Nikolaus. Sie ist die älteste Backsteinkirche im Ostseeraum und hat damit eine Schlüsselstellung für die Entfaltung der Backsteinarchitektur insgesamt und gehört zur Straße der Romanik. Neben den einfachen und klaren Proportionen im Inneren des Kirchenschiffs besticht die Kirche auch mit ihren reichen äußeren Baudetails wie Lisenen, Friesen und Fensterrahmungen.

Verwaltet wird die Anlage durch die Stiftung Kloster Jerichow, zu deren Stiftern das Land Sachsen-Anhalt, die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), der Landkreis Jerichower Land, die Stadt Jerichow, die evangelische Kirchengemeinde Jerichow und der Förderverein „Erhaltet Kloster Jerichow e. V.“ gehören. Das Kloster kann regelmäßig besichtigt werden, bei Voranmeldung sind auch besondere Führungen – zum Beispiel durch den Klostergarten oder zum Thema Backstein – möglich.

Kloster Jerichow

Am Kloster 1, D-39319 Jerichow
Telefon 039343 – 285
www.kloster-erichow.de



Geschichte der Altmark

Die Altmark im Norden Sachsen-Anhalts gehört zu den Kernregionen der preußischen Geschichte. Alte Hansestädte wie Stendal, Gardelegen, Salzwedel und Havelberg künden ebenso von einer großen Vergangenheit wie die Namen bedeutender Adelsfamilien wie der Alvenslebens, Bismarcks und Jagows.

Um diese Geschichte zu bewahren, wurde 1888 von den Mitgliedern des Altmärkischen Museumsvereins das Altmärkische Museum in Stendal gegründet. Den Grundstock bildeten Sammlungen aus der Familie von Alvensleben, des damaligen Literarischen Vereins zu Stendal und einiger privater bürgerlicher Stifter.

Seit 1963 befindet sich das Museum im ehemaligen Kloster St. Katharinen, von dem die 1468 geweihte Kirche sowie Teile des Kreuzgangs erhalten sind. Schwerpunkte sind die Kulturgeschichte der östlichen Altmark und die neu gestaltete Ausstellung „Die alte Hansestadt Stendal – Stadt der Backsteingotik“. Auch der Klostergarten ist ganzjährig zu sehen.

Nach Abschluss von Renovierungsarbeiten sollen im Südflügel neue Ausstellungsgebiete zu Persönlichkeiten der Stadt, zur Garnionsgeschichte und zur Industrialisierung gezeigt werden.

Altmärkisches Museum

Schadewachten 48, 39576 Stendal
Telefon 03931 65 – 1700
www.museum.stendal.de

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt



Zusätzlich zu Ihrem Probe-Abo der PAZ schenken wir Ihnen eine einzigartige Sammlung von Lebensgeschichten bedeutender Preußen.

☐ **Ja**, ich bestelle 4 Wochen lang kostenlos zur Probe die Preußische Allgemeine Zeitung. Das Probeabo endet automatisch mit dem Erhalt der letzten Ausgabe. Als kleines Geschenk erhalten ich die Broschüre „20 große Preußen“.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-01-B



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de